

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement Preis: 1.10 Mark pro Monat
Einzelnheft 3.50 Pf. monatlich 1.10 Mk.
wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus
Einzelnnummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf.
Postabonnent: 1.10 Mark pro Monat
Eingetragen in die Post-Bestellungs-
Preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rundbrief, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Interflora-Gebühr
Beträgt für die hochgehaltene Rollen-
geile über deren Raum 60 Bg. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Beraternungs-Kreisläufe 30 Bg.
„Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt
Blatt 20 Bg. (täglich 2 Bg. gedruckt
Blatt), jedes weitere Blatt 10 Bg.
Streckengröße und Schließstellen-
anzeigen das erste Blatt 10 Bg., jedes
weitere Blatt 5 Bg. Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Inserate
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 3. November 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Stadtverordnetenwahlen in Berlin und Charlottenburg
finden am nächsten Sonntag, den 5. November, statt.

Parteigenossen! Nützt die kurze Zeit zur wirksamen Agitation für die sozialdemokratischen Kandidaten!

Der Anschlag auf die freie Presse.

Die Strafprozessreformwürfe sind von der Tagesord-
nung des sterbenden Reichstages gestrichen worden. Es mißte
geschehen, da die Verabschiedung der umfangreichen Vorlage
von über 600 Paragraphen nicht mehr möglich gewesen wäre.
Das deutsche Volk verliert nichts dabei, im Gegenteil. Denn
da die angebliche Reform in Wirklichkeit ein gefährlicher An-
schlag auf die wichtigsten Reichsgarantien des Strafver-
fahrens ist, den die Regierung allerdings schlauerweise unter
einigen Scheinzugeständnissen an die populären Forderungen
der Berufung gegen Strafkammerurteile und der Väterrichter
zu verdecken sucht, so wird durch die Abhebung der Vorlage
mindestens eine Galgenfrist gewonnen. Ob der Anschlag
dauernd abgeschlagen wird, das wird zu einem gewissen Teil
von dem Ausfall der Wahlen am 12. Januar abhängen und
von dem Druck, den die öffentliche Meinung auf den Fort-
schritt und die Nationalliberalen auszuüben weiß, die beide
in dieser Hinsicht unsichere Stantonisten sind.

Vorkäufig ist die Pseudoreform des Strafprozesses un-
schädlich gemacht. Aber eine andere, bedrohliche Gefahr ist
in bedenkliche Nähe gerückt, eine dringliche Gefahr für das
freie Wort und vor allem für die freie Presse. In der Mitte
des November soll, so hat der Senatorenkonvent des Reichs-
tages beschlossen, die kleine Strafgesetznovelle weiterberaten
werden. Und dieser Entwurf enthält die Lex Wagner, die
Bestimmungen zur Verschärfung der Beleidigungspara-
graphen, die geschaffen wurden zur Vernichtung, zur Dezi-
mierung der oppositionellen Presse, insbesondere der Arbeiter-
presse.

Zwei Lesungen hat die Strafgesetznovelle schon passiert.
Nur die dritte steht noch aus. Da der Entwurf nur aus
10 Nummern und 16 Paragraphen besteht — die zweite
Lesung im Plenum hat noch einige hinzugefügt —, so ist er
in verhältnismäßig wenigen Sitzungen zu erledigen, sofern
die Beratung normal verläuft. Den Reaktionsären liegt viel
daran, das haben die „Deutsche Tageszeitung“, die „Kreuzzeitung“
und ähnliche Organe genugsam gezeigt. Schon vor dem
Zusammentritt des Reichstages haben sie mehrfach die Ver-
abschiedung der Novelle gefordert. Und dabei haben sie auch
plump verraten, weshalb der Entwurf ihnen so sehr am
Herzen liegt. Nicht um der Verbesserungen des Strafrechts
wegen, die er enthält — nicht um der Milderung der Para-
graphen über Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Haus-
friedensbruch, nicht um der Verschärfung der Bestimmungen
gegen Tierquälerei und Kindermisshandlung, nicht um der
Aenderung des Erpressungsparagraphen willen — sondern
lediglich der Verschlechterung des geltenden Rechts wegen,
die er bringt! Um der Erhöhung willen, die die Geldstrafen
für Beleidigungen und die Bußen durch die Vorlage erfahren
und um der Ermächtigung willen, neben der Geldstrafe
auch noch auf Gefängnisstrafe zu erkennen, die sie dem Richter
erteilt. Denn die genannten eifrigen Reaktionsorgane wukten
in ihren Sinweisen auf die Notwendigkeit, das Gesetz
fertigzustellen, aus seinem Inhalt stets nur die Lex Wagner,
den Anschlag auf Rede und Presse anzuführen. In den
übrigen Bestimmungen zeigten sie keinerlei Interesse, sie
waren ihnen der Erwähnung nicht wert. Wenn die Blätter
der Rechten die Verabschiedung der Strafgesetznovelle fordern,
so lediglich um des kleinen Sozialistengesetzes willen, das
darin steckt oder das doch die Praxis der Gerichte daraus
machen soll und daraus machen würde.

Wir haben hier schon mehrmals auseinandergesetzt, daß
die Verschlechterung der Beleidigungsparagraphen das bisher
kümmerliche Preßrecht, das wir in Deutschland noch be-
sitzen, vollends vernichten würde, daß sie den Behörden ein
bequemes Mittel an die Hand gäbe, unbequeme Zeitungen,
die ja jetzt nicht mehr wie früher einfach verboten werden
können, durch Beleidigungsklagen finanziell so zu schädigen,
daß sie die Existenzmöglichkeit einbüßen. Denn die Befugnis
des Richters, Geldstrafen bis zu 10 000 M. neben Gefängnis-
strafe bis zu zwei Jahren — jetzt entweder Geldstrafe
bis zu 1500 M. oder Gefängnis bis zu 2 Jahren! — für
einfache Beleidigung (Behauptung nicht erweislich wahrer
Tatsachen) zu verhängen, wenn die Beleidigung öffentlich
oder durch die Presse geschah, ist die Befugnis, kleinere Blät-
ter finanziell zu ruinieren, mittlere in ihrer Entwicklung zu
hemmen und große erheblich zu schädigen. Die Erhöhung des
Maximalbetrages der Buße an den geschädigten Beleidigten
von 6000 auf 20 000 M. schärft noch das Scharfrichterswert,
das dem Richter durch die Aenderung des § 186 wider die
Presse und wider die Rede in die Hand gegeben werden soll.
Daß es nicht in der Eheide stecken bleiben wird, darüber ist
niemand im Zweifel, der die deutsche Justizpraxis kennt.

Man braucht nur die Strafen anzusehen, die nicht selten wegen
wahrer Bagatellden gegen Arbeiterblätter gefällt werden,
um zu wissen, daß die Möglichkeit, noch höhere Strafen zu
verhängen, nicht ungenützt bleiben wird. Das heißt gegen
die oppositionelle Presse, was unter den heutigen Verhältnissen
in 99 von 100 Fällen bedeutet, gegen die sozialdemokratische
Presse und die Organe der freien Gewerkschaften. Denn daß
es nicht dasselbe ist, wenn zwei dasselbe tun, das ist in
Preußen-Deutschland seit langem anerkannter Rechtsgrund-
satz. Das eklatanteste Beispiel dieser doppelten Buchführung
haben wir seinerzeit erlebt, als der Reichswahrheitsverbands-
general Liebert wegen der hahnenbüchernen Beleidigung, die er
in einem der Späuge-Peters-Prozesse hohen Reichsbeamten zu-
fügte, überhaupt nicht angeklagt wurde. Eine billige Ent-
schuldigung, die sachlich nichts zurücknahm, genügte, um dem
Kommandeur der staatsbehaltenden Reichswahrheitsverbands-
kämpen jede Unannehmlichkeit zu ersparen. Und wie oft
haben wir erlebt, daß sozialdemokratische Zeitungen wegen
derselben Sache angeklagt und verurteilt wurden, die Ord-
nungsblätter ohne Anklage durchgingen. Im selben Gerichts-
bezirk, unter den Fittichen derselben Staatsanwaltschaft, die
über die Freveln des sozialdemokratischen Organs nicht laut
genug zu donnern wukte.

Deshalb auch der Gleichmut, mit dem die bürgerliche
Presse im allgemeinen dieses Attentat auf die Preßfreiheit
behandelt, sofern sie sich nicht gar direkt dafür ins Zeug legt.
Sie vertraut darauf, daß diese Bestimmung sie nicht treffen
wird, daß sie in ihrer praktischen Anwendung lediglich ein
Ausnahmengesetz gegen die Arbeiterpresse sein wird. Daran
ist etwas Wahres. Aber die liberale und die Zentrums-
presse, die als Stützen der Ordnung in den Augen der Staatsobrig-
keit doch nur zweiter Güte sind im Verhältnis zu den
Zuckerblättern, dürfen doch nicht darauf bauen, daß ihnen
jegliche schmerzliche Verührung mit der Lex Wagner erspart
bleiben wird. Zuweilen, wenn auch selten, kommen sie wohl
einmal in die Verlegenheit, mit einer hohen Behörde oder
einer Respektsperson anbinden zu müssen, und was dem
Reichswahrheitsverbandsgeneral recht ist, das ist nicht jedem
Zeitungsredakteur recht, auch wenn er für gewöhnlich ein
Kämpfer für Ehre und Altar ist. Diese bittere Erfahrung
hat erst jüngst der Verleger und Redakteur des „Mainzer
Neuesten Anzeigers“, ein untadeliger Ordnungsmann, machen
müssen. Er wurde bekanntlich wegen Beleidigung der
Mainzer Polizeiaufseherin und eines Polizeioberwärters zu sechs
Monaten Gefängnis verurteilt. Daß der Herr Birch die
beiden genannten Beamten beleidigt hat, steht außer Frage.
Aber da er in gutem Glauben und nicht aus unehrenhaften
Motiven gehandelt hat, so ist das Urteil von unnötiger Härte.
Der nationalliberalen „Kölnischen Ztg.“, die die härtesten
Verurteilungen sozialdemokratischer Preßflünder in ihrem
Seelenfrieden nicht stören, waren nach dieser harten Be-
strafung eines der übrigen vöthlich die Augen aufgegangen
über die Notwendigkeit, das deutsche Preßrecht zu verbessern.
Sie schrieb in einer Besprechung des Mainzer Prozesses:

„Es ist für die anständige Presse nicht angenehm, wenn ein
Redakteur in einem Beleidigungsprozess mit der Begründung
zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wird, er habe nicht den
Beweis für die von ihm aufgestellten ehrenrührigen Behaupt-
ungen zu erbringen vermocht. Solche Urteile untergraben das
Ansehen der Presse und leisten der namentlich in Beamtenkreisen
bestehenden Neigung Vorwand, die ganze kritische Wirksamkeit
der Presse als unbefugte Einmischung in die Angelegenheiten
einer allein zuständigen hohen Staatsregierung abzutun. Diese
Auffassung besteht tatsächlich heute noch in den weitesten
Arceisen. Aus ihr erklärt sich der Widerstand, den man der For-
derung der Presse hartnäckig entgegensetzt, für ihre Behauptungen
den Schutz des § 103 des Strafgesetzbuches zugebilligt zu erhalten,
d. h. nur dann wegen Beleidigung bestraft zu werden, wenn die
Absicht der Beleidigung erkennbar sei. Diefenigen, die sich
dieser Forderung widersetzen, mögen erwägen, daß damit die
Presse, einschließlich der anständigen, münd-
tot gemacht wird. Wer freilich das für ein erstrebens-
wertes Ziel hält, der wird gerade darum gegen die Aenderung
sein. Wer aber liberal genug denkt, um trotz aller Fehlgriiffe
die kritische Wachsamkeit der Presse für ein
Balladium der bürgerlichen Freiheit zu
halten, der wird den heutigen Zustand für reform-
bedürftig ansehen. Denn wie steht es heute? Eine Zeitung
mag noch so segensreich damit gewirkt haben, daß sie eine An-
gelagenheit zur öffentlichen Erörterung gestellt hat: irgend
jemand wird sich immer finden, der sich durch die Kritik beleidigt
fühlt. Und bei der oft allzu weitherzigen Auslegung des Be-
griffs der Beleidigung findet er auch leicht einen Richter. Kann
der Angeklagte dann beweisen, daß er zu 99/100 wahrer Behaupt-
ungen aufgestellt hat, so muß er doch wegen des fehlenden 1/100
verurteilt werden; denn er ist für alles beweispflichtig. Außerst

selten aber nur wird er begrifflichweise imstande sein, unter
dem Kreuzfeuer des offiziellen Beweisapparats, der ihm ja vor-
her als Privatmann gar nicht zur Verfügung stand, alle seine
Behauptungen im vollen Umfange aufrechtzuerhalten. Das gleich-
laufende Interesse der Presse wie der Allgemeinheit geht dahin,
daß man sich hier zur Freisprechung mit dem Nachweis der an-
ständigen Gesinnung und der möglichst gewissenhaften Prüfung
begnüge.“

Diese Forderung der „Kölnischen Zeitung“ erschöpft nicht
das, was zu einer gründlichen Reform des Preßrechts gehört.
Und sie könnte vielleicht gar zu einer Verschärfung der
Klassenjustiz, zur Verschärfung des Unterschiedes in der Be-
handlung bürgerlicher und proletarischer Preßflünder führen,
indem die Richter diesen die anständige Gesinnung nicht zu-
billigen würden, die sie bei jenen anerkannten. Aber an sich
ist die Forderung der „Köln. Ztg.“ gut und wir hätten nur
zu wünschen, daß sie die Forderung aller Nationalliberalen
wäre. Dann hätten nämlich der Reichstagsabgeordnete Seitze
und verschiedene seiner Fraktionskollegen nicht den Antrag
Wagner unterschreiben können, der statt einer Verbesserung
eine erhebliche Verschlechterung des Rechts der Presse bringt,
und die Gefahr vergrößert, „daß damit die Presse einschließ-
lich der anständigen mundtot gemacht wird“. Die „Köln.
Ztg.“ sollte diese Stelle als Separatdruck den Freunden der
Lex Wagner im nationalliberalen Lager debizzieren und nicht
minder den Zentrumsabgeordneten, die denselben Weg gehen
und in ihrem blinden Haß gegen die Sozialdemokratie nicht
bedenken, daß sie damit eine Schlinge drehen helfen, die ihren
eigenen Zeitungen und insbesondere den Organen der christ-
lichen Gewerkschaften gefährlich werden kann. Auch den Sieg-
fried Beckfäders in der Fortschrittspartei, die für die Erhöhung
der Geldstrafen für Beleidigung schwärmen, könnte die Lek-
türe dieses Zitats vielleicht nützlich sein. Jedenfalls wird
die Sozialdemokratie seiner nicht vergessen, wenn demnächst
der Versuch unternommen wird, die Lex Wagner in dieser
Session noch durchzuführen. Die Sozialdemokratie muß
dem Versuche, die Presse noch schnell vor dem Wahlkampfe
zu knebeln, mit Aufgebot all ihrer Kraft entgegentreten. Wenn
die Blauschwarzen und die Nationalliberalen Wert darauf
legen, noch am Vorabend der Wahlkampagne vor aller
Oeffentlichkeit in einem aufriittelnden parlamentarischen
Kampfe als die Feinde des freien Wortes und der freien
Presse gebrandmarkt zu werden, so mögen sie den Tanz be-
ginnen, die Sozialdemokratie wird ihnen aufspielen, daß sie
für längere Zeit genug haben sollen.

Ein neuer Wahlrechtswechselbalg
in Sicht!

Unserem Parteiorgan in Frankfurt a. M., der „Volks-
stimme“, geben von sehr gut unterrichteter Seite hochbedeut-
same Mitteilungen über die neueste Geheimgeschichte der
preussischen Wahlreform zu. Danach liegt zurzeit schon
ein neuer Wahlrechtsreformentwurf fertig und
fertig vor und zwar ein Entwurf mit
mehreren Varianten. Daß man bisher noch nichts
über die Pläne der Regierung erfahren hat, liegt mit daran,
daß sie selbst noch schwankt, welcher der verschiedenen Ver-
sarten sie den Vorzug geben soll.

Der neue Entwurf, der in allen seinen Formen an Volks-
feindlichkeit den früheren noch weit hinter sich läßt, ist vor
einiger Zeit an sämtliche Landräte und eine An-
zahl von Gemeindeverwaltungen gesandt worden
— natürlich als strengste Geheimsache! —, damit
diese aus ihren Wahlakten feststellen
sollen, bei welcher Variante die Sozial-
demokratie das schlechteste Geschäft machen
würde. Sobald die Zentralregierung die Antworten der
Landräte und Gemeinden zusammengestellt hat und daran
ermessen kann, welches System sich in seinen Wirkungen auf
die Zusammenfassung des preussischen Abgeordnetenhauses am
wenigsten von dem heutigen Wahlrecht entfernt, soll der Ent-
wurf dem Landtage unterbreitet werden. In den
Anweisungen an die Landräte und Gemeinden ist zwar nicht
nicht ausgesprochen worden, mit ausdrücklichen Worten dieser
Plan erwähnt worden, daß es der Regierung darauf an-
kommt, die Erfolgsaussichten der Sozialdemokratie vorher
kennen zu lernen, aber dieser Wunsch ist andererseits doch
zwischen den Zeilen zu lesen und wird in den Landrats-
bureaus und Gemeindestuben ganz gewiß verstanden werden.

Es verlautet, daß die Regierung an die verschiedenen
Bureaus verschiedene Schemata gesandt hat, um zu

berhüten, daß bei einer Indiskretion gleich die ganze unerhörte Gemeingefährlichkeit ihrer Pläne an den Tag kommt. Nur so viel sei für heute mitgeteilt, daß Vethmann Hollweg wieder auf das Ziel des Mehrstimmenrechts unter Aufrechterhaltung der Klassenerteilung losfeuert. Er verfolgt persönlich mit größter Spannung den Wahlausfall in Hessen und hat im vertrauten Kreise geäußert, er hoffe unter Anlehnung an das hessische System eine Wahlreform zu Stande bringen zu können, die unter dem Anschein einer gewissen Liberalität eine sichere „Kontingenzierung“ der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate ermögliche.

Diese Aufdeckung volksfeindlicher Pläne wird der Regierung, die ohnehin schon die gewaltige Mehrheit des Volkes gegen sich hat — die letzten Wahlen waren doch wahrhaftig ein deutliches Zeichen! — recht un bequem sein. Aber kein Dementi, mag es auch noch so bestimmt gefaßt sein, schafft die Tatsachen aus der Welt, auf die wir oben hinwiesen.

Die „Frankfurter Volksstimme“ äußert sich zu diesen nichtseuen Wahlrechtsplänen in folgender Weise: „Jedem Versuche, ihn zu einem gerade vom Standpunkte der „Staats-erhaltenden“ Politik verständigen Vorgehen in Sachen der preussischen Wahlrechtsreform zu bewegen, setzt der Ministerpräsident die stürmische Bemerkung entgegen, daß er nach dem voraussehbaren Ausgang der Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 die besondere Pflicht zu haben glaube, Preußen vor einer „Radikalisierung“ zu schützen, das heißt, die Vorrechte des Geldsacks im allgemeinen und der Junkereliquie im besonderen weiterhin aufrecht zu erhalten.“

Um so sicherer wird der neue Anschlag auf die Volksrechte bereitete werden, je entschiedener die Wähler am 12. Januar ihrer Meinung Ausdruck geben. Mit dem Beschluß des Drotroucheartarifs, dem Organisator der Präfektenwahlen, mit dem Staatsmann der Volkserziehung muß am Wahltage Fraktur geredet werden.

Nieder mit der Volksausplünderung, nieder mit den Entzernern der breiten Massen!

Auf Preußen kommt für die Entwicklung Deutschlands außerordentlich viel an. Wir hoffen, daß die Aufdeckung des gemeinschädlichen Anschlages genügen wird, um unsere preussischen Kampesbrüder zu den äußersten Anstrengungen zu entflammen.“

Die Meldung der „Frankfurter Volksstimme“ klingt in der Tat gar nicht unwahrscheinlich. Die Regierung hält es ja seit Jahren mit Ueberraschungen. Sie hat ein so schlechtes Gewissen, daß sie sich aus ihren Verlegenheiten nur durch Ueberrumpelungen retten zu können glaubt.

Schon die letzte Wahlrechtsvorlage war ja eine solche Ueberrumpelung. Zwar hatte die Thronrede im Herbst 1908 die Wahlreform feierlichst versprochen, allein dann verging wieder mehr als ein Jahr, bevor man von der Wahlreform wieder etwas hörte. Erst Ende Dezember 1909 fidierte das Gerücht durch, daß die „Erwägungen“ und „Borarbeiten“ der Regierung ihrem Abschluß nahe seien, so daß dem Landtag in der nächsten Session vermittels der Entwurf zugehen werde. Am Neujahr kam die berüchtigte Denkschrift heraus, aber erst am 11. Januar 1910 erfuhr man aus der Thronrede, daß dem Landtag nun faktisch demnächst die Wahlrechtsvorlage vorgelegt werden solle. Und am 5. Februar ging dann die Spottgeburt tatsächlich dem Landtag zu. Sechs, sieben Wochen vorher hatte die Öffentlichkeit noch keine Ahnung von den Absichten der Regierung!

Daß man aber die Sache mit argem Vorbedacht so heimlich betrieben hatte, daß eine Ueberrumpelung beabsichtigt war, bewies klärlieh der Inhalt der Vorlage, bewies obendrein auch die skandalöse Hast, mit der die Vorlage in den Kommissionen und dem Plenum durchgepeitscht wurde. Die schände betrogenen Wähler sollten gar nicht erst zur Besinnung kommen, damit die Empörung der Massen gegen die unerhörte Täuschung des Volkes nicht in voller Stärke zum Ausdruck käme!

Deshalb liegt der Verdacht nur zu nahe, daß die Regierung auch diesmal dieselbe Ueberrumpelungsstaktik versuchen möchte.

Aber die Massen sind nun gewarnt. Sie wissen, was auf dem Spiele steht. Sie werden nun der Regierung des Lebensmittels und der Wahlentrechtung bei der Reichstagswahl den nötigen Denzettel geben!

Zum Wahlkampf in Schleswig-Holstein.

Aus Kiel wird uns geschrieben: Mit Ungeduld sehen unsere Genossen in der meczumschlungenen Provinz dem Wahlkampfe entgegen, gilt es doch für sie, die 1907 dabongetragenen Verluste wieder weit zu machen und darüber hinaus neue Erfolge zu erringen. Die Wahl nach der Annahme des rigorosen Jolltarifs, die Wahl im Jahre 1903, brachte der schleswig-holsteinischen Sozialdemokratie fünf Mandate von den zehn, die die Provinz im ganzen zu vergeben hat. In Altona-Stormarn, Kiel-Neumünster, Rendsburg und Pinneberg-Eimsbörn wurden die sozialdemokratischen Kandidaten im ersten Wahlgange glatt gewählt, in der Stichwahl fielen und die Kreise Flensburg-Apenrade und Lauenburg zu. Diese Vertretung der Sozialdemokratie war etwas mehr, als ihr nach der für sie abgegebenen Stimmenzahl zuzum. Von insgesamt 247 631 bei der Hauptwahl in der Provinz abgegebenen Stimmen waren 109 810 auf die sozialdemokratischen Kandidaten entfallen. Die Stichwahlstiege im Flensburger und Lauenburger Kreise waren der Hilfe der Freisinnigen zu verdanken und zwar hauptsächlich deshalb, weil in beiden Kreisen der mit der Sozialdemokratie in Stichwahl stehende Kandidat der widerlichsten antisemitischen Couleure angehörte. Bei der Wahl im Jahre 1907 änderte sich das Bild. Die beispiellose Wahlmache des Hottentottenbodts brachte auch in Schleswig-Holstein Tausende von bürgerlichen Wählern auf die Beine, die sonst hinterm Ofen sitzen bleiben. Die Sozialdemokratie konnte im ersten Wahlgange nur die Kreise Altona und Kiel behaupten. In Eimsbörn-Pinneberg wurde sie in die Stichwahl gedrängt. Außerdem stand sie wieder in Stichwahl in Flensburg und Lauenburg und dazu noch im Wahlkreise Jyehoe-Steinburg. Die Kreise Lauenburg und Eimsbörn-Pinneberg fielen in der Stichwahl mit Hilfe der rechtsstehenden Parteien an den Freisinn. Die Kreise

Flensburg und Jyehoe hätten der Sozialdemokratie gewonnen werden können, wenn der Freisinn in der Stichwahl für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hätte; er zog es aber vor, in beiden Kreisen für ausgesprochen bündlerisch-nationalliberale Kandidaten zu stimmen. Ein Verhalten des Freisinn, das um so bemerkenswerter ist, als er drei von seinen fünf Reichstagsmitgliedern in der Provinz nur der sozialdemokratischen Stichwahlhilfe verdankt: Die Kreise Husum-Londern, Schleswig-Eckernförde und Plön-Oldenburg.

Aufgabe der Sozialdemokratie ist es also zunächst, ihren Besitzstand von 1903 wiederherzuzuerobern. Der Altonaer Wahlkreis ist bombensicher. Auch der Kieler Wahlkreis wird der Sozialdemokratie nicht wieder entzissen werden, trotz der schon an amerikanische Verhältnisse erinnernden Reskame, die die Fortschrittler nicht für ihre programmatischen Forderungen, sondern für die Person ihres Kandidaten machen. Verließ sich doch das in Neumünster erscheinende Freisinnblatt sogar soweit, den als Politiker wie als Sozialpolitiker recht unbedeutenden Theologieprofessor Titius-Göttingen, den fortschrittlichen Kandidaten, den Heros der Gegenwart und Zukunft zu nennen.

Für die Wiedereroberung des Kreises Eimsbörn-Pinneberg — und zwar im ersten Wahlgange — ist die beste Hoffnung vorhanden. Dieser Kreis hat übrigens von einer Nachwahl 1894 an bis 1907 der Sozialdemokratie gehört. Der jetzige Vertreter des Kreises, der reaktionäre, schützpolnerisch gesinnte und arbeitserfeindliche freisinnige Reichstagsabgeordnete Carstens, hat erst vor wenigen Wochen ganz plötzlich seine Kandidatur zurückgezogen. An seiner Stelle hat die Fortschrittspartei den Führer der Hamburger Liberalen, das Bürgerlichkeitsmitglied Dr. Brabant aufgestellt. Man ist dabei gleich ins andere Extrem verfallen, denn Dr. Brabant gilt als wirklich liberal. Damit ist nur bewiesen, wie sehr den Freisinnigen das Feuer auf die Kugel brennt. Wahlen wie 1907 lassen sich 1912 nicht wieder machen. Aber auch ein Liberaler wie Dr. Brabant dürfte die Wahl unseres Genossen A. v. Elm nicht verhindern.

Bedeutend schwieriger liegen die Verhältnisse im Flensburger Kreise. Hier dürfte — das Stimmenverhältnis von 1907 zugrunde gelegt — der Freisinnige oder der Nationalliberale mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl gelangen. Der Flensburger Freisinn schleppt das Schandmal des freisinnig-bündlerischen Vertroges mit sich herum. Der Bund der Landwirte hat sich verpflichtet und diese Pflicht auch erfüllt, bei der preussischen Landtagswahl 1898 den Freisinn zu unterstützen. Der Freisinnige Dr. Duus ist auf bündlerische Kruden in das Preussische Abgeordnetenhaus gekommen. Dafür hat sich die freisinnige Parteilicheit im Kreise verpflichtet, falls bei der Reichstagswahl der Kandidat des Bundes der Landwirte mit einem dritten Kandidaten, einerlei welcher Partei, in die Stichwahl kommt, öffentlich und privatim die freisinnigen Wähler aufzufordern, für den Kandidaten des Bundes der Landwirte einzutreten. Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, ihre Stimmengahl so zu steigern, daß die Stichwahlhilfe der Dänen zur Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten genügt, ist die Gewinnung des Wahlkreises nicht ausgeschlossen. Da die Flensburger Genossen seit dem 1. April 1911 ein eigenes Organ haben, darf man das Beste hoffen. Allerdings, außerordentliche Anstrengungen sind nötig.

Außerordentlich verworren liegen die Verhältnisse im Kreise Lauenburg. Hier stehen sich nicht weniger als fünf Kandidaten gegenüber. Neben dem Sozialdemokraten kandidieren ein Freisinniger, Nationalliberaler, Konservativer und Antisemit. Die Fortschrittler sind um ihren Kandidaten, dem 1907 mit antisemitischer Stichwahlhilfe gewählten Wochensänger Dr. Hefcher, einen der reaktionärsten Freisinnsmänner, sehr besorgt. Bezüglich für diesen Freisinnskandidaten ist es, daß selbst der Kreisvorstand des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie seit Wochen schon den Nationalliberalen in den Ohren liegt, sie sollen ihre Kandidatur zurückziehen, damit die Stimmenspaltung nicht letzten Endes zu einer Wahl des vaterlandsfeindlichen Sozialdemokraten führt, sondern der Freisinnige wieder gewählt wird. Die Chancen der Sozialdemokratie stehen in diesem Kreise nicht ungünstig.

Ob es schon bei der nächsten Wahl im Kreise Jyehoe-Steinburg gelingt, die Gegner schon im ersten Wahlgange zu schlagen, ist sehr fraglich, wenn auch nicht unter allen Umständen ausgeschlossen. Das Resultat der Hauptwahl 1903, das zur Beurteilung der Wahlchancen jedenfalls zuverlässiger ist als das von 1907, ist folgendes: Sozialdemokrat 10 901, Freisinn 6880, Freisinnige Vereinigung 5964, Nationalsozial 3220 Stimmen. 1907 wurde der nationalliberal-bündlerische Dr. Gerd gewählt, der auch diesmal wieder kandidiert. In der Stichwahl ist auf einen Sieg der Sozialdemokratie wohl nur zu rechnen, wenn der sozialdemokratische Kandidat mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl kommt und die an der absoluten Mehrheit fehlende Stimmengahl nicht allzu groß ist.

Noch in einem Wahlkreise wäre mit einem Erfolge der Sozialdemokratie zu rechnen, wenn der Freisinn wirklich liberal wäre, nämlich im Wahlkreise Schleswig-Eckernförde. Hier wird der Sozialdemokrat in Stichwahl kommen und aller Voraussicht nach mit dem nationalliberalen Kandidaten, einem Agrarier, der sich voll und ganz dem Bunde der Landwirte verschrieben hat. In den übrigen drei Wahlkreisen der Provinz sind positive Erfolge der Sozialdemokratie vollständig ausgeschlossen. Im Kreise Habersleben-Sonderburg ist die Wahl des dänischen Kandidaten sicher, in Husum-Londern und Plön-Oldenburg werden wir nach freisinnlicher Richtung hin in der Stichwahl den Ausschlag geben können.

Interessant ist, daß der Bund der Landwirte in fünf Kreisen Sonderkandidaturen aufgestellt hat, von denen sich vier speziell gegen die Nationalliberalen richten. In den übrigen Kreisen bietet der nationalliberale resp. konservativ Kandidat dem Bunde Gewähr genug, daß er für seine Forderungen eintritt. Wie schroff der Bund der Landwirte den Nationalliberalen gegenübertritt und immer bestrebt ist, sie unter seinen Willen zu beugen, geht daraus hervor, daß er von den nationalliberalen Kandidaten die Zusicherung verlangt, daß sie sich einer gleichgerichteten Führung wie der jetzigen Führung der nationalliberalen Reichstagsfraktion nicht unterwerfen wollen. Und dabei sind die schleswig-holsteinischen Nationalliberalen die reaktionärsten im ganzen Reiche. Es gibt kaum noch eine Grenzlinie zwischen Nationalliberalen und Konservativen in der Provinz, sind doch die nationalliberalen Reichstagswähler bei der preussischen Landtagswahl die freikonservativen Wähler.

Es bedarf gewaltiger Anstrengungen, um die Gegner aus ihren Schanzungen hinauszudrängen, aber bei der günstigen Entwicklung unserer Organisation in der Provinz darf man zu unseren schleswig-holsteinischen Genossen das Zutrauen haben, daß sie das menschenmögliche im Wahlkampfe leisten.

Der Krieg.

Alle verlässlichen Nachrichten stimmen darin überein, daß die italienische Kriegsführung den Eingeborenen, die ihr Land gegen den räuberischen Ueberfall verteidigen, in geradezu bestialischer Weise gegenübertritt. So berichtet der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ aus Tripolis:

„Durch die Koppligkeit der italienischen Offiziere wurde eine wilde Menschenjagd eröffnet. Den Truppen wurde befohlen, auch auf Frauen und Kinder zu schießen. Bis hier sind mindestens 3000 Eingeborene sülliert oder auf der Stelle niedergemacht worden. Die Italiener erschossen einen Maltefer und einen Griechen, weil sie sie für Eingeborene hielten. Der Korrespondent sah mit eigenen Augen unerhörte Grausamkeiten. Hunderte von Krabereichen liegen in den Gassen umher. Die allgemeine Unsicherheit nimmt infolgedessen in der Stadt zu.“

Aber selbst italienische Blätter, obwohl die meisten die Schandtaten frech ableugnen, enthalten einzelne Schilderungen der Grausamkeit und Brutalität der italienischen Kriegsführung. So gibt der Berichterstatter der konservativen „Stampa“ eine Schilderung, wonach die italienischen Soldaten die arabischen Greise, Frauen und Kinder splitternackt ausgezogen und in diesem Zustande fest aneinandergebunden durch die ganze Stadt bis in die Gefängnisse getrieben hätten. Die unglücklichen Menschen hätten mehr vor Scham als vor Furcht gezittert. Der „Stampa“-Korrespondent erzählt, daß er sich selbst ins Mittel gelegt habe, um diese unmenschliche Behandlung, die von dem Vorgesetzten befohlen worden war, zu verhindern. Eine gewisse Entschuldigung der fürchterlichen Erbitterung der Italiener könne in dem Umstand gesehen werden, daß ihre Kameraden von den Arabern in ebenso grausamer Weise hinterücks niedergemetelt wurden.

Dieselben Grausamkeiten werden auch von englischen Berichterstattern bestätigt. Drei Tage lang schossen diesen Berichten zufolge die Italiener alles nieder, was ihnen gerade vor die Finte kam. Nichtkombattanten, Frauen und Kinder sind dabei nicht geschont worden. Die Opfer dieses Gemetels werden mit viertausend angegeben. Der Korrespondent der „Times“ sagt:

„Selbst wenn man die besonderen Gebote der Kriegslage in Betracht zieht, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß diese Abscheulichkeiten auch Grund zu einem blutigen Kriege und zu erbarmungsloser Wiedervergeltung geben müssen. Ich habe Grausamkeiten erlebt, die im zwanzigsten Jahrhundert kaum durch militärische Gründe gerechtfertigt werden können.“

So sieht kapitalistische Kolonialpolitik in Wirklichkeit aus!

Die Lage der Italiener in Tripolis ist nach wie vor kritisch. Trotz aller Dementis scheint soviel sicher zu sein, daß die Italiener sich in die Stadt haben zurückziehen müssen und sich hier nur mit Mühe gegen die türkisch-arabischen Angriffe halten können. Eine Verbesserung ihrer Position können sie nur von rechtzeitiger Ankunft der erbetenen Verstärkungen erwarten.

Und noch ein unheimlicher Feind bedroht sie. Die Cholera — anfangs abgelehnt, wie die Niederlagen — greift noch um sich und fordert zahlreiche Opfer unter den Italienern wie unter den Arabern. Und Hunderte von Leichen liegen umher und verpesten die Luft.

Und um das Bild noch zu vervollständigen, wird berichtet, daß die Italiener zu ihrer militärischen Sicherheit mit ihren Schiffslanonen die Liban- und Dattelpalmenpflanzungen, die den Feinden als Deckung dienen, niedergelegt haben. Sie haben damit auf Jahre hinaus das einzig wirklich Wertvolle, das in Tripolis zu finden ist, vernichtet.

Ein neuer Angriff.

Tripolis, 2. November. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Der gestrige Tag sowie die Nacht sind abgesehen von einem Angriffsversuch, der abends gegen 5 Uhr vorgenommen wurde, bis jetzt ruhig verlaufen. Die Bitterungsverhältnisse haben keine radiotelegraphischen Nachrichten aus Tobruk, Derna, Benghasi und Doms zugelassen.

Heute gegen 5 Uhr früh unternahm die feindliche Artillerie erfolglose Angriffe auf die italienischen Linien im Südosten. Um 8 Uhr hörte das Feuer auf und bis gegen 9^{1/2} Uhr vormittags wurde kein weiteres Anzeichen einer Tätigkeit des Feindes wahrgenommen.

Steuernpflicht der Italiener.

Konstantinopel, 2. November. Die Porte veröffentlicht ein Zirkular des Ministeriums des Innern, in dem genaue Instruktionen darüber gegeben werden, wie alle bisher nur von den Osmanen gezahlten Steuern und Abgaben auch auf die Italiener angewendet werden sollen. Die türkischen Behörden sollen die italienischen Unternehmungen wie ottomanische behandeln.

Die Lage vor Tripolis.

Konstantinopel, 2. November. Nach zuverlässigen Informationen war am 30. Oktober die Lage bei Tripolis folgende: Der türkische Heerführer drängte trotz der energischen Gegenwehr der Italiener, deren linken Flügel zurück, wobei die Forts Wisiri und Hanni genommen wurden. Das türkische Zentrum warf das italienische Zentrum bis hinter die Mauern von Tripolis zurück. Im Zentrum besetzte Oberst Reshat Bei, auf dem rechten Flügel Oberst Abdmed. Altem der rechte Flügel der Italiener konnte seine Stellung vier Kilometer vor Tripolis behaupten. Die Türken besetzten die wiedergewonnenen Forts. Die Stadtmauer ist fünfzehn Meter hoch und einen Meter breit. Die türkischen Truppen befanden sich in gehobener Stimmung. — Nach weiteren Meldungen sollen am nächsten Tage die Italiener auf der ganzen Linie geworfen und hinter die Mauern von Tripolis zurückgedrückt worden sein. Die Demoralisierung unter den Italienern sei sehr groß.

Italienische Ablenkungen.

Rom, 2. November. Die „Agenzia Stefani“ erklärt: Einige Blätter haben Nachrichten gebracht über Kämpfe, die am 30. und 31. Oktober bei Tripolis stattgefunden hätten und von denen die italienische Regierung der Presse keine Mitteilung gemacht hätte. Diese Behauptungen entbehren jeder Begründung. Außer dem, was offiziell durch Vermittlung der „Agenzia Stefani“ mitgeteilt worden ist, ist bis jetzt keine andere Nachricht von Kämpfen oder Scharmützeln von dem Generalkommando in Tripolis eingetroffen.

Eine Anfrage über die Westfronten.

London, 2. November. Unterhaus. Der Abgeordnete Beach fragte Sir Edward Grey, ob er den Einfluß Großbritanniens benutzen würde, um der Lösung arabischer Männer, Frauen und Kinder durch die Italiener ein Ende zu bereiten.

Grey erwiderte, die militärischen Operationen der italienischen Regierung in Tripolis sind Angelegenheiten, in die sich die britische Regierung nicht einmischen kann, eine jede andere Haltung würde mit der Neutralitätserklärung, die wir abgegeben haben, unverträglich sein. Ich erlaube, daß die in Frage stehende Meldung von der höchsten Autorität in Abrede gestellt worden ist. Ich muß auf das ernstlichste bedauern, daß Anfragen in einer Form gestellt werden, die für andere Länder verlegend sein muß.

In Erwiderung auf eine andere Frage sagte Sir Edward Grey, die erste Andeutung einer Absicht, Tripolis zu besetzen, war die

Kollisionsvertrag der Kriegserklärung vom 30. September. Wir haben darauf sofort unsere Absicht kundgegeben, eine Neutralitätsklärung zu erlassen. Der Sozialist Lansbury fragte, ob die britische Regierung die Wirkung in Betracht zöge, die das von einer zivilisierten Regierung durch Ausbeutung eines friedlichen Landes gegebene Beispiel auf die ärmere Bevölkerung der verschiedenen europäischen Staaten ausübt. Grey erwiderte: Lansbury fordert mich auf, einen Kommentar zu dem Zustande der Dinge zu geben, der uns zu dem Erlass einer Neutralitätsklärung veranlaßt hat. Wenn ich die Ereignisse, denen gegenüber wir unsere Absicht, neutral zu bleiben, ausgedrückt haben, kommentieren wollte, so würde ich damit keinem guten Zwecke dienen.

Die chinesische Revolution.

„New York Herald“ berichtet aus Peking: Es besteht kein Zweifel mehr, daß die Autorität der Mandschu ein nicht wieder gutzumachenden Schlag erhalten hat. Die große Schlacht um die konstitutionelle Regierung ist von den Chinesen vorgestern nachmittag gewonnen worden, nachdem der Regent die Demission des Kabinetts anerkannt hatte. Die politische Revolution hat den Sieg über die offene Revolte davongetragen, und Juanshikai ist zum Premierminister ernannt worden, mit Vollmachten, wie sie bis jetzt außer dem Kaiser noch niemals in China einer Person übertragen worden sind. Die Mandschu macht ist in nichts zerfallen und man erwartet allgemein, daß die Revolution in wenigen Tagen zu Ende gehen wird. (?) Die kaiserliche Regierung hat der Nationalversammlung bestätigt, daß sie bereit sei, auf alle Forderungen der Armee einzugehen, und daß sie es der Nationalversammlung überlasse, die einzelnen Fragen auszuarbeiten, namentlich soweit sie die neuen Reformen betreffen. Diese Versicherung ist der Nationalversammlung in einer geheimen Sitzung gegeben worden, an welcher mehrere Prinzen und Mitglieder des ehemaligen Kabinetts teilnahmen. Das Ministerium des Auswärtigen teilte in der Nationalversammlung mit, wie dringend notwendig es sei, daß Frieden geschlossen würde, da Japan und Rußland hierdurch nur profitieren, indem sie China diplomatische Schwierigkeiten bereiten. Japan verlangt eine Verminderung um ein Drittel der Zollentnahmen für alle Waren, die in die Mandschurei auf dem Eisenbahnwege aus Rußland eintreffen. Von Rußland ist ein Ultimatum in Peking eingelaufen, das von China die Anerkennung der strittigen Grenze an der Mandschurei verlangt. Diese Erklärung hat auf die Nationalversammlung einen tiefen Eindruck gemacht, und die Furcht vor einer ausländischen Einmischung hat alle Parteien dahin geeinigt, so schnell wie möglich an der Wiederherstellung des Friedens zu arbeiten.

Konstitution oder Republik?

Peking, 2. November. Die Nationalversammlung beschloß, sofort eine Verfassung, die sich auf den konstitutionellen Grundgesetzen Großbritanniens aufbaut, aber die Südprowinzen verlangen doch eine republikanische Union. Dies ist die Hauptschwierigkeit der Lage, doch erwartet man, daß Juanshikai sie überwinden wird.

Prinz Tsching hat sich bereit erklärt, dem Thron eine Denkschrift einzurichten, in der darum ersucht wird, alle konstitutionellen Grundgesetze zu widerrufen und ohne Verzug die Wahl von Parlamentsmitgliedern vorzunehmen zu lassen.

Die Nationalversammlung als Friedensvermittler.

Peking, 2. November. Der Thron hat Juanshikai befohlen, sofort nach Peking zurückzukehren. Gleichzeitig hat die Nationalversammlung den Führer der Aufständischen Lihuanheng telegraphisch ersucht, die Feindseligkeiten einzustellen, während sie sich bemühen werde, die Streitpunkte zwischen allen Parteien beizulegen.

Verhandlungen mit den Truppen.

Peking, 1. November. Sämtliche Minister wohnten am Mittwoch einer geheimen Sitzung der Nationalversammlung bei, in der, wie verlautet, in der Hauptsache die von den Truppen von Panschu aufgestellten zwölf Forderungen verhandelt wurden. Die Nationalversammlung habe allen Forderungen zugestimmt mit Ausnahme der einen, daß die Bestimmungen über die Einberufung des Parlaments und die Einführung einer konstitutionellen Regierung ebenso wie die Erledigung aller wichtigen Fragen der Zustimmung der Armee unterliegen sollen. Von dem Kriegsministerium soll mit den Truppen von Panschu verhandelt werden.

Revolutionäre Erfolge.

Kanton, 2. November. Die Rebellen von Swatow haben den Polizeichef abgesetzt, sämtliche Waffen und Munition beschlagnahmt und den Regierungsbanken verboten, Geld auszugeben, vielmehr dasselbe zu ihrer Verfügung zu halten.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. November 1911.

Die Krise innerhalb der Reichsregierung.

Trotz eines amtlichen Dementis wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß zwischen dem Staatssekretär v. Lindquist auf der einen, dem Reichsminister und dem Staatssekretär v. Riederlen-Waechter auf der anderen Seite Unstimmigkeiten bestehen. Dem „Fränkischen Kurier“ wird z. B. neuerdings aus Berlin gemeldet, daß Herr v. Lindquist seine Entlassung eingereicht hat, sie aber auf Zureden wieder zurückgenommen hat.

Die Unterzeichnung des Marokkoabkommens

hat sich in letzter Stunde wieder etwas verzögert. Wie behauptet wird, hat es sich um redaktionelle Änderungen am Schluß des Protokolls gehandelt. Französische offizielle Blätter teilen mit, daß die Unterzeichnung des Abkommens durch die beiden Regierungen am Freitag erfolgen werde. Nach einer deutschen halbamtlichen Meldung soll die Veröffentlichung des Protokolls in Berlin und Paris am Montag erfolgen; der Reichstag soll die Aktenstücke über den Marokkohandel erst am Dienstag in Form eines Reichsbuchs erhalten. Infolgedessen sollen die Marokkointerpellationen im Reichstage erst Donnerstag, den 9. November, beantwortet werden, wie auch die französische Kammer an dem gleichen Tage die Marokkoangelegenheit behandeln wird.

Wichtig ist, daß im Anschluß an diese Meldungen auch davon gesprochen wird, daß Deutschland Verhandlungen mit Spanien anknüpfen werde über den Erwerb der

kleinen spanischen Kongokolonie und der der Mündung des Kamerun-Flusses vorgelagerten Insel Fernando Po. Diese Verhandlungen sollen aber erst dann in Angriff genommen werden, wenn Frankreich und Spanien sich unter der Vermittlung Deutschlands wegen Marokkos auseinandergesetzt haben.

Es wird also immer klarer, daß Herr Riederlen-Waechter dem deutschen Volk als Abschlagszahlung aus dem bevorstehenden diplomatischen Schachergeschäft ein größeres west- und mittelafrikanisches Kolonialreich präsentieren wird. Damit werden sich schließlich auch unsere jetzt so ungeberdigen Kolonialschwärmer und Imperialisten abfinden. Für die deutschen Steuerzahler bedeutet es aber neue Koloniallasten, Vermehrung der kolonialen Kriegsgesahren und damit neue Steuern.

Berlin, 2. November. (B. L. B.) Der Vertrag über den Kongo ist heute abend von dem Staatssekretär v. Riederlen-Waechter und dem Botschafter Cambon paraphiert worden. Die Unterzeichnung der ganzen deutsch-französischen Vereinbarung dürfte nächsten Sonnabend erfolgen.

Saugrob.

Trotz des nationalliberal-fortschrittlichen Wahlblossens für Thüringen haben die Erfurter Nationalliberalen mit den Konservativen noch eine besondere Rüderversicherung für die Stichwahl getroffen. Das „Berliner Tageblatt“ hatte bescheidene Zweifel geäußert, ob dieses Vorgehen mit den Tendenzen des nationalliberal-fortschrittlichen Blocks in Einklang sei. Darauf erfolgt nun in der „Nationalliberalen Korrespondenz“ vom 2. November eine recht grobe Antwort, in der es heißt:

Wir weisen diese Ausfälle und Drohungen zurück, indem wir es für selbstverständlich halten, daß im Falle der Erfurter Stichwahl die Konservativen den Nationalliberalen und die Nationalliberalen den Konservativen unterstützen. Das „Berl. Tagebl.“ möge die nationalliberale Partei mit seinen zudringlichen Großblockredereien versehen und versichert sein, daß die nationalliberale Partei alles tun wird, um Deutschland vor der sozialpolitisch-freihändlerisch-demokratischen Gefährdung zu bewahren, in der das „Berl. Tagebl.“ unseren festgesetzten Staat erschüttern möchte.

Die Antwort ist nicht gerade manierlich — wahrscheinlich hat sie Herr Stephan Neumann, der früher in der „Tägl. Rundschau“ als Unterredakteur fungierte und, da sich keine geeignete journalistische Kraft für die „National. Correspondenz“ fand, selbst geschrieben. Aber vielleicht ist diese Keltion dem „Berl. Tagebl.“ ganz dienlich. Es hat in letzter Zeit unbedingt in der Ueberschätzung des Nationalliberalismus zu viel geleistet.

Reichs- und Staatsarbeiter zur Teuerungfrage.

In dem Kriegervereinshaus in der Chausseestraße fand am Mittwochabend eine von mehreren tausend Arbeitern und Handwerkern der Reichs- und Staatsbetriebe besuchte Versammlung statt, die sich mit der Frage der Teuerung beschäftigte. Der ehemalige Telegraphenarbeiter Valentin vom Kartell deutscher Reichs- und Staatsarbeiterverbände unterzog den Verlauf der Teuerungsdiskussion im Reichstag einer kritischen Betrachtung. Zeigten sich Reichsminister und Regierung dem Volkstheile ihrer Arbeiter gegenüber auch weiterhin laub, so werde sich die Kartelleitung wahrscheinlich direkt an den Kaiser wenden.

In einer längeren Resolution, die einstimmig angenommen wurde, sprach die Versammlung ihr tiefstes Bedauern über die Haltung des Reichsministers und der übrigen Regierungsvertreter bei der Beratung der Teuerungsdiskussion aus. Vereits vor Eintritt der anormalen Teuerung sei durch eine Eingabe der Reichs- und Staatsarbeiterverbände der Regierung die an Unterernährung grenzende Beschränkung des Lebensunterhalts dargelegt worden. Es sei die höchste Zeit, Maßnahmen gegen die unerträgliche Lage zu ergreifen, nämlich die Grenzen für ausländisches Vieh und Fleisch zu öffnen und die Lebens- und Futtermittelzölle zu suspendieren. Geschiehe das nicht, so sei es wenigstens die Pflicht der Regierung, durch unverzügliche Gewährung einer allgemeinen Lohnaufbesserung wenigstens in etwas zur Milderung des Notstandes beizutragen.

Ein zweiter Redner führte lebhaft Beschwerde darüber, daß durch eine neuerdings ergangene Verfügung der Oberpostdirektion Berlin den Arbeitern der Post- und Telegraphenverwaltung Groß-Berlins das ihnen bisher eingeräumte Recht genommen worden sei, gemeinschaftlich eingekaufte Waren in den Diensträumen während der Dienststunden zu verteilen. Auch eine Resolution, die diese Verfügung als eine unsoziale, jedes Verständnisses für die Lage der Staatsarbeiter entbehrende Maßregel kennzeichnete, fand einstimmig Annahme.

Dem Fremden erregen auch eine Neuerung, die wenigstens nach dem Bericht der liberalen Presse, der Bundessekretär Valentin in seiner Rede gemacht haben soll. Er soll danach nämlich hervorgehoben haben, daß lediglich die fortschrittliche Volkspartei mit Verständnis und Energie für eine Lohnaufbesserung der Reichs- und Staatsarbeiter eingetreten sei. Auch Herr Valentin muß bekannt sein, daß es leider auch die fortschrittliche Volkspartei sowohl im Reichstag als auch im preussischen Landtag sehr oft an der nötigen Energie des Vertretens der Wünsche und Forderungen der Reichs- und Staatsarbeiter hat fehlen lassen, während gerade die Sozialdemokratie sich der Interessen dieser Arbeiterschichten mit äußerster Entschiedenheit angenommen hat. Die Klame für den Freisinn hätte sich Herr Valentin also ehrlicherweise schenken sollen!

Genosse Liebknecht, der als Landtagsabgeordneter der Versammlung beiwohnen wollte, teilt uns mit, daß er nicht zugelassen wurde; er fand aber schließlich durch eine Seitentür Einlaß und nahm auf der Bühne Platz. Als der Vorsitzende bekanntgab, daß ein nationalliberaler und ein freisinniger Abgeordneter erschienen seien, überreichte Liebknecht einen Zeitel und bat, der Versammlung mitzuteilen, daß auch ein sozialdemokratischer Abgeordneter anwesend sei. Dies lehnte der „unparteiische“ Vorsitzende ab. Auch wurde dem Genossen Liebknecht das Wort nicht erteilt.

Keine Teuerung?

„Ein frivolales, direkt volkschädliches Gebaren“ soll die Protestaktion der Sozialdemokratie gegen die Teuerung sein. So sagt der liberale „Schw. Merkur“ in Stuttgart. Zum Beweise dessen führt er das Ergebnis der Untersuchung des statistischen Landesamts Württemberg über die Bewegung der Lebensmittelpreise in den letzten Jahren an. Was besagt nun dieses vor wenigen Tagen veröffentlichte Ergebnis? Es betrug in Stuttgart der Preis für 1 Kilogramm Dosenfleisch im Durchschnitt der Jahre 1906 bis 1910 168 Pf., im Durch-

schnitt der Monate Januar bis September 1911 188 Pf. Es stieg der Preis für Rindfleisch von 158 auf 180 Pf., bei Kalbfleisch von 173 auf 191 Pf., bei Hammelfleisch von 144 auf 155 Pf. Nur das Schweinefleisch ging um 6 Pf., von 160 auf 154 Pf. zurück. Das statistische Landesamt stellt ferner fest, daß bei den erstgenannten Fleischsorten seit etwa 8—10 Jahren ein fast stetiges Ansteigen der Preise zu verzeichnen ist. Weiter ist der Milchpreis gestiegen von 20 auf 23 Pf. pro Liter, der Butterpreis von 2,58 M. auf 2,92 M. pro Kilogramm; Preiserhöhungen sind weiter eingetreten bei Eiern, Erbsen, Grünkernmehl, Kaffee, Tee, Zucker. Eier kosten jetzt 10 Stück 75 Pf. gegen nur 60 Pf., der Käsepreis ist um 12,1 Proz. gestiegen, der Kaffee in der geringsten Qualität um 23,8 Proz., in der besten um 6,1 Proz., der Tee um 12,7 bzw. 4 Proz. Sago ist um 12 Proz. gestiegen, Malaxoni um 4,4 Proz., Erbsen um 9,5 Proz., Kartoffeln in Stuttgart um 23 Proz., im Landesdurchschnitt um 51 Proz.!

„Es ist ein Glück, daß gegenüber diesen Preissteigerungen auch Verbilligungen stehen.“ sagt das liberale Blatt. Das Weißbrot koste pro Kilogramm nach wie vor 31 Pf., Schwarzbrot sei nur um 1 Pf., von 28 auf 27 Pf. hinausgegangen. Soda sei im Preise unverändert geblieben. Teils gleich geblieben, teils gefallen sei der Preis für Limon, Reis, Gerste, Haferflocken, Malzkeffer, Erdöl, Stärke, Spiritus, Nüsse, Braunkohlen.

Die Preisangaben zeigen, daß gerade die wichtigsten Nahrungsmittel — mit Ausnahme von Brot — sehr stark im Preise gestiegen sind, Kartoffeln gar bis zu 51 Proz.

Nach der amtlichen Publikation des Marktamts Stuttgart vom 28. Oktober d. J. ist der Preis einer ganzen Anzahl Lebensmittel in der Zeit von September bis Ende Oktober abnormals gestiegen. Für Kartoffeln werden pro Zentner 4,60 M. bis 6 M. gefordert.

Aus diesen Zahlen folgert das Organ der Nationalliberalen, daß die Bemühungen der Sozialdemokratie, der ungeheuerlichen Verteuerung der Lebenshaltung des deutschen Volkes und insbesondere der arbeitenden Klassen Einhalt zu tun, ein „frivolales, direkt volkschädliches Gebaren“ seien.

Der deutsche Handelstag und die Teuerung.

Der Deutsche Handelstag hat an den Bundesrat eine Eingabe gemacht, in welcher er die ungehinderte Einfuhr lebenden Viehs, gefühlten und gestrorenen Fleisches, Wachsenfleisches und sonstiger Fleischdauervaren, ferner die Herabsetzung der Zölle auf Futtermittel, Mais, Hafer, Futterbohnen, Lupinen, Weizen und verschiedene Roharten fordert und den Versuch, die Schuld an der infolge der zugunsten der Landwirtschaft eingeführten hohen Zölle entstandenen Teuerung dem Handel zuzuschreiben, entschieden zurückweist.

Amerikane Fälschungen.

In einer durch die Zentrumsprelle die Kunde machenden Notiz „Sozialdemokratische Brotverteurer“, wird ein Antrag Vollmar-Kröber aus dem Jahre 1885 wiedergegeben, der die Erhöhung des Zolls für Mühlenfabrikate von 3 auf 6 M. beantragte. Unterstützt war der Antrag u. a. durch Auer, Webel, Wos, Wod, Dieh, Grillenberger, Liebknecht, Singer usw.

Dazu bemerkt die Zentrumsprelle:

Im Reichstage sollte damals der Zoll auf 7,50 M. erhöht werden. Die Sozialdemokraten wollten ihn nicht so hoch, aber ihn verdoppeln, wie die Regierung wollte, das machten sie mit. „Lieben Sie Gerechtigkeit und lassen Sie es bei einem Wehrzoll von 6 M.“ so schloß am 18. Mai 1885 der Demokrat Kröber (Mitteantragsteller des Herrn v. Vollmar) seine Rede. Wenn dieser Antrag auch nur ein Eventualantrag war, er geht doch auf eine Erhöhung des Zolls auf Wehl usw. von 3 M. auf 6 M., erklärt sich mit der Regierungsvorlage einverstanden und ist begründet mit der Maßnahme auf — Gerechtigkeit! Und heute? — Brotverteurer! Rindesmörder! Raubgefindel! — O diese erbärmlichen Heuchler!

Die Frechheit und Verlogenheit der schwarzen Schwindler übersteigt wirklich alles Maß. Die Postwucherer (unter ihnen natürlich auch das Zentrum) erhöhten 1885 den Zoll für Wehl von 3 M. auf 7,50 M., während die Regierung 6 M. vorgeschlagen hatte. Der demokratisch-sozialdemokratische Antrag bezweckte nun, die Erhöhung von 7,50 M. auf 6 M. herabzusetzen, da die Befassung des Zolls auf den alten Satz von 3 M. oder die Zollfreiheit, welche die Sozialdemokratie grundsätzlich forderte, keine Aussicht hatte. Die Zöllner blieben aber bei 7,50 M. und 1897 erhöhten sie den Satz gar auf 10,50 M. Trotzdem haben die Schwarzen den Mut, heute der Sozialdemokratie aus ihrem Eintritten für eine möglichst geringe Befassung den Vorwurf des Brotwuchers zu machen.

Es geht doch nichts über die hehre zentrumschriftliche Moral!

Lattmann.

Der antisemitische Amtsgerichtsrat und Reichsverbändler Lattmann geht zu den widerlichsten Erscheinungen in und außerhalb des Reichstages. Dieser Tage hat er in einer Versammlung in Kassel, in der ihm von einem sozialdemokratischen Redner in Kassel die Steuerluden der Antisemiten vorgehalten wurden, das Schlusswort zu einer wüsten Schimpferei auf die Arbeiter benützt, so toll, daß ein bürgerlicher Fabrikant, Herr Köppler, Besitzer der Thüringer Granitwerke in Schmalkalden und Broterode, sich genötigt sieht, seine Arbeiter öffentlich gegen Lattmann in Schutz zu nehmen. In der Erklärung des Herrn Köppler, datiert Kassel, 31. Oktober 1911, heißt es:

Herr Reichstagsabgeordneter Lattmann aus Schmalkalden hat am Montag in einer von der deutsch-sozialen Partei einberufenen öffentlichen Versammlung in Kassel-Wahlrothausen während seines Schlusswortes Anschuldigungen getan, die geeignet sind, die Arbeiter meiner Fabrik sowie die Arbeiterschaft von Schmalkalden überhaupt als rohe und gehässige Menschen bei der Kasserer Bevölkerung herabzuwürdigen. Zum Schutze der Arbeiter meines Fabrikbetriebes und derjenigen, der ebenfalls genannten Köpplerfabrik Erbe, laun ich es nicht unterlassen, hiermit öffentlich zu erklären, daß die ehrverletzenden Behauptungen des Herrn Lattmann völlig aus der Luft gegriffen sind. Herr Lattmann mag die politische Ueberzeugung meiner Arbeiter missfallen, das gibt ihm aber meiner Meinung nach kein Recht, wie geschwehen, offenkundige Unwahrheiten zu verbreiten, die geeignet sind, brave, fleißige, anständige Arbeiter in der Achtung der Mitmenschen herabzuwürdigen.

Lattmann wird sich auch aus dieser Züchtigung nichts machen.

Der abgeblühte Justizminister.

Der preussische Justizminister hatte den Landgerichten in Berlin den Vorschlag gemacht, alle Pressedelikte künftig einer bestimmten Strafkammer zur Beurteilung zu überweisen. Die Landgerichtspräsidenten, die über die Frage zu beraten hatten, haben den Vorschlag des Justizministers abgelehnt mit der Begründung, daß eine solche Konzentrierung Zweifel in die Objektivität des Gerichts seien und die Rechtsprechung in Nichtredit bringen würde.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Zum Streit der Schirmmacher.

Der Schirmfabrikant Lichtenstein sucht mit allen Mitteln die streikenden Schirmmacher niederzuwingen. Wie sehr dem Unternehmer das Feuer unter den Fingerringeln brennt, beweist ein Schreiben, gerichtet an einen Schirmmacher, der Vertragsbruch begangen hätte, wollte er dem Sirenenklang Lichtensteins Folge leisten. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Bezugnehmend auf die Unterredung meiner Tochter Emilie mit Ihrem Fräulein Tochter frage ich Sie hiermit höflichst an, ob Sie geneigt wären, Ihre jetzige Stellung aufzugeben und eine solche bei mir bei hohem Lohne und garantiert dauernder Beschäftigung während des ganzen Jahres anzunehmen. In diesem Falle bitte ich Sie höflichst, heute abend zu mir zu kommen. Ich bemerke hierzu, daß ich bis nach 8 Uhr anzutreffen bin.

Hochachtungsvoll

Eugen Lichtenstein.

Der Unternehmer kommt aber überall an die Unrechten. Niemand scheint sich nach seinem Eldorado bei sechzigstündiger Arbeitszeit. Wie weit Herr L. mit seinen Klausuren kommt, das beweist die Fikse, die er bei der überhöhen Zahl der Schirmfabrikanten erbitet. Daß Herr L. bei seiner bekannten Art der Konkurrenz nicht viel Gegenliebe findet, ist weiter nicht verwunderlich. Alle kleinen Schirmgeschäfte kloppt Herr L. ab, überloht mit demselben Erfolg. Die von ihm betingelten Heimarbeitler lehnen die Streikbrechertätigkeit ebenfalls ab. So wird Herr Lichtenstein doch wohl sich bequemen müssen, den abgeschlossenen Vertrag zu halten. Hier steht dem Kapital eine Organisation gegenüber, die mit anderen Unternehmern abgerechnet hat. Mit diesem Gedanken wird sich auch Herr Lichtenstein vertraut machen müssen.

Die Branchenkommission.

Achtung, Gastwirtsgehilfen! Gestern legten im Hofpeter von Hordert am Oranienburger und Schönhauser Tor 18 Kellner die Arbeit nieder, weil der Unternehmer die Forderungen der Kellner auf 20 M. Lohn und 30 M. Kostenschädigung ablehnte und den Vertrauensmann maßregelte, weil er namens seiner Kollegen erklärte, mit 40 M. Lohn ohne Kost und Logis bei 17-20 stündiger Arbeitszeit nicht existieren zu können!

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Großindustrielle Scharfmacher gegen das Koalitionsrecht der technischen Angestellten.

Nicht nur das ziffermäßige Wachstum der Organisationen der technischen Angestellten, unter denen der Deutsche Technikerverband mit 30 000 und der Bund der technischen Industriellen Beamten mit 20 000 Mitgliedern an erster Stelle stehen, hat in den letzten Jahren recht erhebliche Fortschritte gemacht, auch der gewerkschaftliche Geist ist in diesen Verbänden immer mehr und mehr zum Durchbruch gekommen. Das beweist der Kampf der Bautechniker in den Marinebetrieben gegen den Staatssekretär des Reichsmarineamtes, wie eine Menge Konflikte kleinerer und größerer Art mit Arbeitgebern, die in verschiedenen Gegenden des Reiches Mitglieder genannter Organisationen zurzeit durchzuführen haben. Insbesondere zeigt der gegenwärtig in Berlin mit steigender Hartnäckigkeit und unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel — Streikpostenstreiken usw. — geführte Streit der Eisenkonstruktoren, daß die technischen Angestellten immer mehr ihre wahre Klassenlage erkennen und von dem Harmoniestandpunkt früherer Zeiten gründlich abgekommen sind.

Die großen Arbeitgeber der Industrie wie die kleinen Unternehmer des Handwerks verfolgen diese Entwicklung der beiden Technikerverbände mit steigender Sorge. Sie befürchten, daß es in dem Augenblicke mit ihrem Herrtum in den Betrieben vorüber ist, in dem sich Angestellte und Arbeiter in gemeinsamer Front gegen das Unternehmertum zusammenschließen. Darum versuchen nun dieselben Scharfmacher, die die Arbeiterbewegung niederzupressen wollten, auch die gewerkschaftliche Organisation der technischen Angestellten mit allen Mitteln zu hindern. Welche Beamtenvereine auf der einen Seite, Zwang zum Austritt aus der Organisation auf der anderen Seite, das sind die Kampfmittel der im Zentralverband Deutscher Metallindustrieller organisierten Unternehmer, denen sich die rheinisch-westfälischen Bergarbeiter angeschlossen haben. Die Verfolgungen der Arbeitergewerkschaften durch die Gewaltigen der schweren Industrie wiederholen sich jetzt. Es gilt den Scharfmachern, die Organisationen der technischen Angestellten zu zertrümmern, noch ehe sich deren Kräfte völlig gesammelt haben.

In den letzten Tagen wurden auffallenderweise gleichzeitig in einer ganzen Reihe von Betrieben des rheinischen Industriegebietes die Angestellten von Obergeneratoren und Bureauarbeitern über die Zugehörigkeit zum Deutschen Technikerverband oder Bund der technisch-industriellen Beamten vernommen und dabei wiederholt der „freundschaftliche“ Rat erteilt, schleunigst aus diesen Verbänden auszutreten. Dies Bemühen ist indes in den meisten Fällen erfolglos geblieben, weshalb nun zu schärferen Mitteln gegriffen wird.

Die „Gute Hoffnungshütte“ in Oberhausen und Sterkrade hat, wie wir bereits telegraphisch meldeten, am 25. Oktober ihre Angestellten einzeln ins Bureau gerufen und ihnen den Austritt aus ihren Verbänden zur Pflicht gemacht. Die im Bunde organisierten Angestellten erhielten jeder einzeln für sich durch den jeweiligen Bureauvorstand ein vervielfältigtes Abmeldeformular: Hierdurch verpflichte ich mich, sofort aus dem Bunde der technisch-industriellen Beamten auszutreten“ zur Unterchrift vorgelegt und die Mitglieder des Deutschen Technikerverbandes sollte deren Ortsvereinsvorsitzender zum Austritt aus der Organisation auffordern. Es ist ein unerhörtes schamloses Ansehen, das hier die Direktion der „Guten Hoffnungshütte“ dem Vorsitzenden eines Zweigvereins des Deutschen Technikerverbandes gestellt hat. Innerhalb 12 Stunden sollte dieser Vertrauensmann seiner Organisation ein Verzeichnis der seiner Leitung jahrelang anvertrauten Mitglieder mit deren Austrittserklärungen aus dem Deutschen Technikerverband vorlegen, widrigenfalls er und alle, die sich weigerten, aus dem Bunde auszutreten, sofort entlassen würden. Dabei handelt es sich um meist ältere Angestellte, die schon viele Jahre an der „Guten Hoffnungshütte“ tätig sind.

Wang so leicht, wie sich die Fabrikleitung die Sache dachte, ging indessen der Austritt der Angestellten aus ihren Organisationen nicht von hinnen. Der Körpergeist und das durch die gewerkschaftliche Erziehungsdarstellung in den Organisationen gewackelte Standesbewußtsein, wie die Empfindung, daß hier Staatsbürgerrechte von höchstem Werte preisgegeben werden sollten, läumte sich auch in Sterkrade auf gegen den Druck. Und fast schien es, als könnte der Schlag, den die Werkleitung gegen die Organisationen führen wollte, abgewiesen werden. Während der Mittagspause kamen die verpöhligen Angestellten zusammen, um in einer vom Deutschen Technikerverband und Bund der technisch-industriellen Beamten einberufenen gemeinschaftlichen Fabrikerversammlung, an der zufällig in der Gegend wohnende leitende Beamte beider Organisationen teilnahmen, zu dem Ansehen der Direktion Stellung zu nehmen. In geheimer Abstimmung, mit 31 gegen 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen, hatten die Angestellten beschlossen, das Verlangen der Direktion energisch zurückzuweisen und den Organisationen treu zu bleiben. In einer besonderen Erklärung, die mit 31 Unterschriften versehen war, wurde zum Ausdruck gebracht, daß das Verlangen der Werkleitung „der Ehre der Angestellten und ihrem Rechte als Staatsbürger widerspreche“ und daß sie nicht in der Lage seien, „auf einfachen Befehl hin Beschlüsse zu fassen, die außerhalb des Rahmens ihrer Dienstverpflichtung liegen“. Diese Erklärung wurde durch Beamte der Organisationen der Werkleitung überreicht und dabei noch der Versuch gemacht, die Angestellten zu einer friedlichen Verständigung unternehmen. Die Direktion hat aber die Organisation der Angestellten nicht als einen bloßen Verhandlungspartner angesehen, sondern als einen Gegner, der durch die Verweigerung der Forderungen der Werkleitung zum Austritt aus der Organisation gezwungen werden sollte. Die Angestellten müssen in ihren Kämpfen sich auf die eigene Kraft verlassen, aber da fehlt es leider noch an manchen Stellen.

Der große Augenblick, der einen so schweren Kampf um das Koalitionsrecht der Angestellten einleitete und deshalb ein besonders starkes Geschlecht erforderte, hat aber schwächere Menschen gefunden, als nach dem Verlauf der beiden Fabrikerversammlungen in Sterkrade anzunehmen war. Dieselben Leute, die noch am Mittag und Abend des vorhergehenden Tages mit entschlossener Begeisterung erklärten, sich ihre Staatsbürgerrechte nicht nehmen lassen zu wollen und den Organisationen, denen sie schon lange — einzelne bis zu 25 Jahren — als Mitglieder angehören, treu zu bleiben, haben am anderen Morgen schon gänzlich versagt. Sie sind am Donnerstag früh jämmerlich zu Kreuze gekrochen, nachdem sie einzeln von den Obergeneratoren und Bureauvorständen so lange bearbeitet wurden, bis sie die Unterschrift zum Austritt aus der Organisation gaben. Das Verfahren, das dabei beobachtet wurde, ist besonders bezeichnend. Jedem einzelnen Angestellten wurde erklärt, daß seine Kollegen bereits alle umgefallen seien (!) und daß nur er noch sich dem Wunsche der Direktion widersetze. So hat man das Zusammengehörigkeitsgefühl gelockert. Nur 7 Angestellte sind standhaft geblieben, 3 Verbands-, 4 Bundesmitglieder. Sie wollten keine Anrechte werden und ihre Staatsbürgerrechte nicht mit ihrer Arbeitskraft verkaufen. Diesen hat die Direktion nachstehendes Kündigungsschreiben in die Hand gedrückt:

Wir nehmen hierdurch Veranlassung, Ihnen Ihre Stellung zum 1. Dezember 1911 zu kündigen. Auf Ihre ferneren Dienste verzichten wir und unterlagen Ihnen von heute ab das Betreten unserer Werke. Ihre Gehalt für die Zeit bis zum Ablauf Ihrer Kündigung können Sie heute nachmittag an unserer hiesigen Werkkasse in Empfang nehmen.

So wurden diejenigen, die ihre Mitgliedsrechte nicht opfern wollten, aus dem Betriebe der „Guten Hoffnungshütte“ hinausgeworfen, nachdem den übrigen das Rückgrat gebrochen war. Wir vermissen nicht die Gewissenskonflikte, die die Angestellten durchkämpfen mußten, ehe sie unterlegen sind. Man soll Leuten mit längeren Verträgen ein Halbjahresgehalt auf den Tisch gesetzt und sie zur augenblicklichen Entscheidung gezwungen haben. Dabei zeigte sich wieder die zermürbende „Wohltat“ der „Werkpensionskassen“, die gerade die älteren Angestellten wie mit Polshpenarmen an den Betrieb saugt. Das Bewußtsein, daß die „schwarze Liste“ sofort hinter ihnen herläuft und daß sie vergebens gegen das wirtschaftliche Uebergewicht der Eisenförmige im Industriegebiet ankämpfen, Familienangelegenheiten bei dem einen, ein kleines Häuschen, das ihn an die Schwolle fesselt, bei dem anderen, all das hat mit dazu beigetragen, daß die am Mittwoch noch so tapferen Angestellten sich am Donnerstag unterwerfen haben. Sie sind leidend durchs Joch des industriellen Herrtums gegangen. Hier zeigt sich wieder, wie der Kapitalismus die Charaktere zerbricht!

Ob es der „Guten Hoffnungshütte“ und denen, die ihr nachzugehen bereit sind, gelingt, auf diese Weise die Organisationen der technischen Angestellten niederzurufen, ist eine Frage, deren Verantwortung von der Solidarität der Techniker abhängen wird. Gewiß fallen Opfer im schweren Wirtschaftskampfe, aber sie sind nicht umsonst gebracht! Der Gesetzgeber hat nun das Wort. Der Gesetzgeber, der es bis heute noch zuläßt, daß derjenige schwer bestraft wird, der andere zwingt, in eine Organisation einzutreten, der aber nicht hindert den ungeheuren Zwang der „Guten Hoffnungshütte“ zum Austritt aus den Organisationen. Die Großindustriellen wünschen bei der Strafprozessreform vermehrt den „Schutz der Arbeitswilligen“, verschärft die Expressparagrafen und ähnliche schöne Dinge mehr. Wenn wir gleiches Recht für alle hätten, müßten sie mit ihren eigenen Waffen getroffen werden. Der Staat muß eingreifen, wenn die wirtschaftliche Macht, die unsere industrielle Entwicklung in die Hände einzelner Menschen legt, so sehr mißbraucht wird, daß nicht das Ganze darunter leidet.

Es wird sicher nicht gelingen, die Technikerorganisationen mit roher Gewalt zu zertrümmern! Um so fester werden die Angestellten ihre Reihen schließen und alle gegenüber der gewaltigen Aufgabe, die der gemeinsame Gegner heute stellt, kleinen Organisationsfreiheiten zurückstellen. Wenn die beiden in der letzten Zeit aus Konkurrenzgründen besonders heftig sich bekämpfenden Technikerorganisationen jetzt einander wieder näher kommen, ist dies die erste Frucht des Vorgehens der industriellen Gewaltmenschen.

Die täuschen sich, die glauben, mit Zertrümmern der Verbände für immer befreit zu sein von den Forderungen der technischen Angestellten. Eine radikalere Bewegung nur würde die Folge sein. Wer Wind sät, wird Sturm ernten, das wollen sich diejenigen gesagt sein lassen, die für sich selbst das Recht der Koalition in schärfster Weise ausüben und gestützt auf ihre Organisation im Begriff stehen, ein Abspalten gegen die Verbände der Angestellten einzuleiten.

Zur Bewegung der Lithographen und Steindrucker in Leipzig ist zu berichten, daß insgesamt 20 Firmen die Forderungen der Gehilfen bewilligt haben. Die letzte bewilligende Firma war eine Anstalt mit 12 Schreibeisern. Die Unternehmer befinden sich insofern in Köln, als sich aus den Reihen der Ausständigen sofort wie keine Streikbrecher finden, die paar vorhandenen Arbeitswilligen sich aber — die Großunternehmer rechtzeitig geschickt haben. Die kleinen Unternehmer sind nun brachgefallen und wüten über die Großen. Schreite sie der Sichtwechsel des Sachverbandes nicht, sie würden in weit größerer Zahl die Forderungen der Ausständigen bewilligen. Alle Bemühungen, aus den Reihen der Streikenden Vertreter zu ergattern, sind bisher gescheitert. Die Ausständigen stehen fest und erwarten, daß der Zwang wie bisher streng gemieden wird.

Ausperrung der bremischen Tabakarbeiter.

Die bremischen Zigaretten- und Tabakfabrikanten haben am Mittwoch die Kündigung sämtlicher organisierten Arbeiter beschlossen, falls die Arbeiter in den vom Ausstand betroffenen Firmen die Arbeit nicht bis zum Freitag, den 3. November, wieder aufnehmen.

Ausland.

Eine internationale Konferenz der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten, die zweite dieser Art, wurde vor einiger Zeit in Amsterdam abgehalten. Vertreten waren Holland, Deutschland, Belgien, Frankreich, Dänemark, Italien und England. Bei dem englischen und bei einem der belgischen Vertreter handelte es sich um Delegierte von Verwaltungsräten.

Die deutsche Delegation wurde durch Beamte der Organisationen der Werkleitung vertreten und dabei noch der Versuch gemacht, die Angestellten zu einer friedlichen Verständigung unternehmen. Die Direktion hat aber die Organisation der Angestellten nicht als einen bloßen Verhandlungspartner angesehen, sondern als einen Gegner, der durch die Verweigerung der Forderungen der Werkleitung zum Austritt aus der Organisation gezwungen werden sollte. Die Angestellten müssen in ihren Kämpfen sich auf die eigene Kraft verlassen, aber da fehlt es leider noch an manchen Stellen.

Die deutsche Delegation wurde durch Beamte der Organisationen der Werkleitung vertreten und dabei noch der Versuch gemacht, die Angestellten zu einer friedlichen Verständigung unternehmen. Die Direktion hat aber die Organisation der Angestellten nicht als einen bloßen Verhandlungspartner angesehen, sondern als einen Gegner, der durch die Verweigerung der Forderungen der Werkleitung zum Austritt aus der Organisation gezwungen werden sollte. Die Angestellten müssen in ihren Kämpfen sich auf die eigene Kraft verlassen, aber da fehlt es leider noch an manchen Stellen.

des deutschen Verbandes in London bezw. Brüssel. Die Organisationen in Oesterreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Rumänien und Spanien halten der Konferenz die besten Wünsche übermittelt. Nach dem Bericht des Sekretärs gehören der Internationalen Union, die 1908 auf der 1. Konferenz in Berlin gegründet wurde, zurzeit Organisationen gewerkschaftlicher Angestellter, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, aus 11 Ländern an. Diese Organisationen zählten am 1. Juli 1911 zusammen 28 659 Mitglieder, wovon der deutsche Verband über 11 000. In der Berichtszeit vereinnahmte das Sekretariat an Beiträgen 213,40 M. Seit Anfang 1910 gibt der deutsche Verband die in drei Sprachen erscheinende „Internationale Revue“ heraus. Im Anschluß an die Berichterstattung der Delegierten über die Organisationsverhältnisse in den angeschlossenen Ländern gelangte eine Resolution zur Annahme, in der die Hauptaufgaben der beteiligten Verbände zusammengefaßt sind, wie folgt:

Möglichste Zentralisation der Kräfte durch Gründung bezw. den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen zu großen Zentralverbänden, welche alle Branchen, also auch das Dispersional, umfassen, und die im Einverständnis und nach den Grundsätzen der Klassenbewußtheit Arbeiterkräfte vorzuziehen haben.

Eine besondere Aufgabe muß es sein, die gelben Vereinigungen aller Länder zu bekämpfen durch Aufklärung der Mitglieder, unausgesetzte Propaganda in Wort und Schrift.

In Erwägung, daß es für die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation von besonderer Wichtigkeit ist, daß schon die beim Gewerbe als Lehrlinge Beschäftigten mit den Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Angestellten bekannt gemacht werden, ist, soweit wie irgend möglich, für die Organisation der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Sorge zu tragen.

Dem Umstande, daß alljährlich tausende deutscher Hotelangestellter ins Ausland gehen, die dort häufig nicht den richtigen Anknüpfung finden können, wurde durch Annahme einer neuen Bestimmung im Statut Rechnung getragen, worin es heißt: „In solchen Orten und Gegenden, wo deutschsprechende Angehörige in beträchtlicher Zahl in Frage kommen, kann die Nationalität und Organisation vom deutschen Verbände betrieben werden.“ — Als Sitz des Sekretariats wurde wieder Berlin bestimmt, als Sekretär Baumeyer wiedergewählt.

Letzte Nachrichten.

Kommunalwahltag.

Arnstadt (Thür.), 2. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heute hier stattgefundenen Gemeinderatswahl eroberte die Sozialdemokratie zwei neue Mandate. Ihre Kandidaten siegten mit 914 und 863 Stimmen gegenüber 712 Stimmen, die auf den bürgerlichen Reichsmasch entfielen.

Der türkisch-italienische Krieg.

Tripolis, 2. November. (Meldung der „Agenzia Stefani“.) Gestern abend gegen 5 Uhr zeigten sich die Türken auf der Verteidigungslinie des italienischen 82. Infanterieregiments, zogen sich jedoch unterzählig zurück, ohne den Italienern Verluste beigebracht zu haben. Der Panzerkreuzer „Carlo Alberto“, von dem aus bald die Stellung der türkischen Artillerie erkannt wurde, zwang sie durch ein Bombardement zum Schweigen. Heute morgen eröffneten die Türken ein Feuer auf die italienische Stellung bei Sidi Mesri, das ohne Wirkung blieb, da die Granaten nicht explodierten. Die italienischen Geschütze brachten das Feuer zum Stillstand. Nach Versicherungen aus guter Quelle fehlen den Arabern Lebensmittel und Munition. Bei den Vorposten wurde ein Eingeborener aus Fezzan verhaftet, der den heiligen Krieg gepredigt haben soll. Entgegen den Gerüchten, daß gegen die arabischen Rebellen Repressivmaßnahmen ergriffen wären, muß festgestellt werden, daß nach dem Ausfall nur Verräter und Waffenträger erschossen wurden. Die Kriegskorrespondenten genießen volle Bewegungsfreiheit (?).

Malta, 2. November. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Hier ist die Nachricht eingegangen, daß alle italienischen Kriegsschiffe Tripolis verlassen hätten, um, wie man vermutet, in die türkischen Gewässer zu gehen.

Ein neuer Dauerrekord.

Leipzig, 2. November. Ein neuer Dauerrekord wurde heute von dem Flieger Celerich mit 3 Stunden 39 Minuten aufgestellt. Den alten Rekord hatte Euler mit 3 Stunden 18 Minuten inne.

Mahnahmen gegen die Steigerung der Zuckerpriese.

Belgrad, 2. November. „Politica“ meldet, daß nach einer Mitteilung des Finanzministers die gesetzlich begründete Sperre der Zuckersabrik als eine Repressivmaßnahme der Regierung gegen die stetige Steigerung der Zuckerpriese seitens der Zuckersabrik anzusehen sei. Falls diese Maßnahme wirkungslos bleibe, werde die serbische Regierung mit der Herabsetzung des Zuckersollens gegen die Monopolisierung des Zuckers vorgehen.

Schiffkollision bei Kap Dangoe.

Petersburg, 2. November. (B. T. B.) In der Nähe von Kap Dangoe hat das norwegische Schiff „Niska“ aus Oster Risor Schiffbruch erlitten. 5 Leichen sind an das Ufer geschwemmt worden. Nach einem ebenfalls an das Ufer geworfenen Brett mit der Aufschrift „Susanna Bremen“ vermutet man, daß sich ein Zusammenstoß ereignet hat.

Ein ganzes Dorf abgebrannt.

Warschau, 2. November. (Pr. C.) Wie aus Strzelno im Gouvernement Radomsk gemeldet wird, ist nahezu das ganze Dorf abgebrannt. 12 Kinder fanden dabei den Jammentod, zirka 20 Personen sind verbrannt.

Revolventattentat bei der Rekrutenaushebung.

Ljubartow (Gouv. Lublin), 2. November. (B. T. B.) Bei der Rekrutenaushebung feuerte ein Rekrut neun Revolvergeschosse gegen die Ärzte und erschöpfte sich darauf selbst. Vier Angeln durchlöchernten den Ueberzieher eines Arztes.

Die Ueberschwemmungen in Algerien.

Alba, 2. November. (B. T. B.) Die Ueberschwemmungen haben in der Ebene von Misidja große Verheerungen angerichtet. Ein Steinmehlsäcker mit 43 Personen ist vom Boden verschwunden. In Malsouarree wurden 11 Leichen geborgen. Eine Herde von 200 Rindern ist hinweggeschwemmt worden.

Großfeuer in Manila.

Manila, 2. November. (B. T. B.) Der Chinesenstadtteil ist durch eine Feuersbrunst verheert worden. Der Schaden beläuft sich auf mehr als eine Million Dollars. Soldaten der Vereinigten Staaten waren den Feuerwehrlenten dabei behilflich, das Geschloßviertel zu retten.

Was man in Italien vom Krieg erfährt.

Rom, 30. Oktober. (Fig. Ber.)

Die große Sorgfalt, mit der die Jenseit darüber wacht, daß keine nichtoffiziellen telegraphischen Nachrichten vom Kriegsschauplatz nach Italien gelangen, öffnet natürlich der journalistischen Phantasie Tür und Tor. Trotzdem läßt sich, dank der brieflichen Berichterstattung, namentlich des „Avanti“ und des „Lavoro“, eine ungefähre Vorstellung von der Lage in Tripolitanien gewinnen, wobei wohlverstanden die jüngsten Nachrichten nicht weiter als bis zum 25. Oktober reichen.

Da ist zunächst zu konstatieren, daß die italienischen Truppen auf einer ungehörig langen Verteidigungslinie verteilt worden sind, welcher Fehler inzwischen wieder gut gemacht wurde, ohne den sich aber der Ueberfall von Schamafsch nicht ereignet hätte. Bei diesem Ueberfall wurden zwei Kompagnien Bersaglieri gleichzeitig von der Front und im Rücken angegriffen und mußten acht Stunden dem doppelten Angriff standhalten. Dem „Avanti“ zufolge wurden diese drei Kompagnien, rund 650 Mann, bis auf 125 ausgerieben. Der Aufstand der Araber in Tripolis selbst hat die den Bersaglieri zur Verstärkung gesandten Artilleristen aufgehalten. Die Verengung der Verteidigungslinie erlaubt einmal der italienischen Besatzung mehr Truppen in Reserve zu halten und erleichtert weiter die Ueberwachung des zwischen Meer und Verteidigungslinie gelegenen Gebietes, das bei der Gefinnung der Araber genau dieselbe Aufmerksamkeit erfordert, wie die nach dem Hinterlande gerichtete Verteidigungsfront.

Das Wichtig an der seit dem 23. Oktober eingetretenen Wendung liegt nämlich gerade in dem Zustand der Eingeborenen. Vorher konnte man sich in dem Wahne wiegen und hat sich tatsächlich in ihm gewiegt, daß die Araber, die wahrlich an der türkischen Herrschaft nichts verlieren und den Türken notorisch feindselig gesinnt sind, die Italiener mit Sympathie aufnehmen würden. Heute muß dieser Waahn als durch die Ereignisse zerstört gelten. Nicht der Aufstand als solcher, sondern seine Unterdrückung hat eine Klüft des Hasses zwischen den Eingeborenen und den italienischen Truppen aufgetan, die sich vielleicht erst in Jahren schließen wird. Wäre man weniger vertrauenselig gewesen, so hätte der Aufstand der Eingeborenen nicht jene Bedeutung erlangt, die zu den standrechtlichen Hinrichtungen Anlaß gab. Nach diesen Hinrichtungen ist vielleicht an einen Frieden mit der Türkei, nicht aber an einen solchen mit den Arabern zu denken. Der Krieg hat ein für allemal aufgehört, die Charakter einer Demonstration und Nachmittagsung zu haben: es ist ein echter und rechter Volkskrieg geworden, blutig und zerstörend, roh und verrohend, und er zieht über jeden Einzelwillen hinaus seine furchtbaren Kreise. Viele Tripolitanier haben das nicht erwartet und nicht gewollt, aber sie hätten es erwarten müssen und sind jetzt außerstande, durch ihr Wollen oder Nichtwollen den Ereignissen Jügel anzulegen. Vom 23. bis zum 26. sollen 180 Araber standrechtlich erschossen worden sein. So werden die italienischen Soldaten, die Kardinal und Bischöfe bei ihrem Auszug gesegnet haben, zur Geneszeit angehalten. Natürlich redet man davon, daß ja nur an „Berräten Verrätereit geübt wird“, aber der Verrat dieser Leute ist im Grunde nichts anderes als die Verteidigung ihres angestammten Grund und Bodens gegen Menschen, denen sie keine Treue schuldig zu sein glauben. Es ist unfinnig, zu glauben, daß man durch einen Plaueranschlag diese Eingeborenen zu dem Formalismus europäischer Verpflichtungen bringen kann, um so unsinniger, dies gerade dann zu erwarten, wenn man ihnen handgreiflich demonstriert, wie sehr Gewalt vor Recht geht. Die Araber glauben nicht, Verrat zu begehen, indem sie die Italiener im Rücken überfallen. Es dürfte

auch schwer halten, diesen Leuten klar zu machen, daß es edle und achtbare Kriegsführung ist, mit Ueberzahl und besseren Waffen eine schlecht bewaffnete Minderheit nach vorheriger Kriegserklärung zu überfallen, aber schwarzer und todeswürdiger Verrat, wenn nach gegliedertem Ueberfall der Grimm der Unterworfenen sich weiter durch Gewalt Luft macht. Es würde sich vielleicht empfehlen, auf den europäischen Universitäten einen Lehrstuhl für Kolonialmoral einzurichten, der in Form eines Katechismus die Moralregeln für die Schwachen und die für die Starren ausarbeitete und bekannt gäbe. Vorher kann man kaum erwarten, daß die Araber die Tiefe der eigenen Niedertracht und die moralische Größe der Eroberer voll zu würdigen wissen.

Langsam und widerwillig kommt die öffentliche Meinung in Italien zur Ueberzeugung, daß der so leichtfertig bejubelte Krieg eine furchtbar ernste Sache ist. Jede Zeitung fängt mit Verlustlisten an, und nebenbei herrscht die Besorgnis, daß das Ausreten der Cholera unter den Truppen bald den türkischen Waffen Konkurrenz machen könne. Die Zeit ist längst vorbei, in der man jedem einzelnen der Gefallenen Worte des Nachrufs widmen konnte. Wie wenig Lust man übrigens hat, sich traurige Wahrheiten zum Bewußtsein zu bringen, geht daraus hervor, daß unser Genueser Parteiblatt „Lavoro“, das von hundert Italienern berichtet, die in türkische Gefangenschaft geraten sein sollen, auf öffentlichem Plage verbrannt wurde, obwohl auf der Hand liegt, daß niemand der Protestierenden die Möglichkeit hatte, die Richtigkeit der Nachricht zu kontrollieren.

Aber alle Versuche, möglichst viele Funken des Enthusiasmus zum Sprühen zu bringen, werden nicht darüber weghelfen, daß der Krieg einen viel größeren Aufwand an Menschenleben und Geld fordert, als die imperialistischen Schwadroniere vorausgesehen hatten. Seit die Araber den „Heiligen Krieg“ proklamiert haben, ist jede Aussicht auf wirklichen Frieden in weite Ferne gerückt.

Uebrigens ist es an diesem Kriege merkwürdig, wie sehr die Ereignisse dem Willen der Individuen über den Kopf wachsen. Es sollte eine unblutige Machtdemonstration gegen die Türkei werden und wird zu einem menschenmörderischen Kleinkrieg mit den Eingeborenen. Die italienische Regierung steckt sich das Ziel, keine Spekulationen auskommen zu lassen, und doch hat gerade die Spekulation dem Kriege die Wege geebnet und wird sicher als erste in das eroberte Land Einzug halten. Besondere hat der Gouverneur von Tripolis, um der Grundstückspekulation vorzubeugen, die Occupation von Grund und Boden verboten, die vor der Occupation vorgenommenen für ungültig erklärt, so weit sie nicht allen lokalen Rechtsformen genügen und hat weiter der Regierung das Recht vorbehalten, die zu Spekulationszwecken angekauften Ländereien zu expropriieren. Dieses Dekret schützt einmal die Güter der Flüchtlinge und der Ausgewiesenen, dann bedroht es mächtig die Interessen des Banco di Roma, der in den letzten Jahren für rund 9 Millionen Lire Grund und Boden angekauft hat. Die Absicht mag gut sein, aber so wenig es Kriege gibt ohne Blutvergießen, so wenig gibt es Kolonialeroberungen ohne Spekulation. Die Börse hat sich für diese Tatsache recht feinfühlig gezeigt. Das Dekret schien den Banco di Roma vernichten zu sollen, und doch sind seine Aktien nach einem einträgigen Fall um 1/4 Punkte auf ihre alte Höhe zurückgekehrt. Das Finanzkapital weiß, daß man durch Dekrete der Logik eines Regimes und einer Situation nicht Halt gebieten kann. Und das ganze tripolitanische Abenteuer bestätigt dies mit furchtbarer und tragischer Wucht. Wer die Verantwortung für den Anfang auf sich zu nehmen gewagt hat, der muß nun wohl oder übel auch die für die Folgen tragen. Das italienische Proletariat hat jede Verantwortung feierlich abgelehnt.

Die Ablehnungen des Canalejas.

Daß Verbrecher leugnen, ist nichts Neues. So will es noch nicht viel besagen, wenn die spanische Regierung ein Telegramm des Generalkapitäns von Valencia veröffentlicht, demzufolge 7 Kerzer bei gründlicher Untersuchung von 22 in Cullera Verhafteten keine Spuren fürzlich erlittener Mißhandlungen gefunden haben. Mag die Aufrichtigkeit der Kerzer außer Zweifel stehen: wer gibt denn die Gewähr, daß die der Folterung beschuldigten Kerkermeister gerade die Leute, die ihre Opfer gewesen sind, den Kerzern vorgeführt haben, oder daß man, worauf die Einschränkung zu deuten scheint, solange gewartet hat, bis keine wahrnehmbaren Spuren mehr vorhanden waren? Leider liegen zuverlässige Angaben genug vor, die jene Quälereien außer allen Zweifel stellen. Auch Genosse Fabaribas schreibt in der „Humanität“, daß die Scheußlichkeit dieser Martern sie ihm erst unglaublich erscheinen ließ. „Aber gegenüber den ganz bestimmten Versicherungen durchaus glaubwürdiger Personen, die uns schrieben, den Aussagen, die von Leuten, die aus Valencia kamen, gemacht wurden, gegenüber dem, was in der Madrider Presse von den Abgeordneten Agzati und Barral berichtet wurde, mußten wir unseren Zweifel fallen lassen.“ Es folgen einige Szenen aus der Polizeikaserne von Cullera.

Einen Gefangenen zwang man, zu Pferde zu steigen, auf dem ein Stuhl aufgestellt war. Die Brust auf dem Sattel und die Füße auf der Stuhllehne liegend, wurden ihm mit einem Strick Hände und Füße zusammengeknüpft. Auf das Schreien des Unglücklichen gab es Schläge mit einem Ochsenziemer und der Folterer rief: „Nicht lernst Du, zu Pferde zu steigen, um Revolution zu machen. Singe doch die Marseillaise, mein Junge!“ Ein anderes Stück war, Gefangene unter den Achseln an der Decke aufzuhängen und, unter dem Singen der Marseillaise, sie zu schaukeln, bis sie an die Decke stießen. Und ein noch grausameres Mittel war, den Kopf rückwärts zwischen die Füße zu binden, diesen menschlichen Ball drei-, vier-, fünfmal durch das Zimmer zu rollen und dann fünf bis sechs Stunden liegen zu lassen. Die Schmerzensschreie der Gefolterten waren so furchtbar, daß Neueingeführte, die sie gehört hatten, auf den Knien baten, von der Marter verschont zu werden und alles, was man von ihnen wissen wollte, im voraus zugeben. Andere Foltern, die ihm mitgeteilt wurden, übergeht Ribas.

Mehrere Personen, darunter die Abgeordneten von Valencia, versicherten Ribas, daß sie solche Gefolterte gesehen haben, in deren zerrissenem Fleisch die Spuren der Mißhandlungen deutlich zu sehen waren. Dieselben haben Kleidungsstücke der Gefangenen im Besitz, die mit Blut besetzt und völlig zerrissen sind. Kennzeichnend für den Geist des Schurken, der so lange die demokratische Maske vorzubinden gewußt hat, bis es ihm gelang, der oberste der spanischen Folterknechte zu werden, ist: Als Agzati und Barral ihn auffuchten, um über die Martern Beschwerde zu führen, und ersterer sagte, daß er selbst die Opfer gesehen habe, da empörte sich Canalejas — über den Gefängnisdirektor, der dem Abgeordneten den Zutritt zu den Gefangenen gestattet hatte. Und 12 Unglückliche, die unter solchen Martern „Beständnis abgelegt“ haben, sollen nun hingerichtet werden — unter demselben Regierungschef, der die Abschaffung der Todesstrafe in seinem schönen Regierungsprogramm verheißen hatte.

Auch den „Daily News“ ist ein Schreiben des Ab-

Kleines feuilleton.

Herr Kayser und der Kaiser. Die Berliner Ausstellungshallen am Lehrter Bahnhof sollen umgebaut oder durch einen Neubau ersetzt werden. Rot tat das schon lange, jetzt aber scheint die Sache ernst zu werden. Es wäre nun wohl das vernünftigste, wenn die Künstler, für die ja doch eine Ausstellungshalle da ist, eine Kommission bildeten, die ihrerseits ein Preisauschreiben erlassen müßte. Dann wäre zum mindesten die Möglichkeit gegeben, das Beste zu gewinnen. Statt dessen soll und zwar durch einen Vorgang, der dringend der Ausführung bedarf, Herr Kayser den Auftrag bekommen haben. Höchst offiziell, wie man sagt. Es wäre nichts unglücklicher, als wenn Herr Kayser, dessen Talent schon bei der viel leichteren Aufgabe des Restaurationsgebäudes völlig verlagte, die Zahl der verfehlten Kronenbauten mehren wollte.“

Schon 1909 brachte das offizielle Organ des Bundes Deutscher Architekten diese alarmierende Nachricht. Auch später, als Herr Kayser immer wieder als Erneuerer der Moabiter Festide zitiert wurde, sämte man nicht. Herr Kayser aber blieb standhaft. Und kommt nun mit einem regelrechten Trid, allen Widerspruch vertunnen zu machen.

Man höre: Des Herrn Kayser's Neubau soll eine Ehrung des Kaisers, zugleich ein Friedenspalast für Kunst und Künstler sein. Wenn das nicht alle Köpfe umschmeißt! Indessen, es wäre doch gar zu grotesk, wenn der Kaiser vom Kaiser einen Auftrag einheimt, den dieser gar nicht zu vergeben hat, jener nicht einhalten sollte. (Er wurde von der Künstlerkammer als Deputierter, nicht als Agent in das Schloß geschickt.) Und wenn dann der Kaiser die Unmöglichkeit solchen Gewinnst dadurch verwirklichte, daß er seinen Jagdzug als Herzenswunsch des Kaisers ankündigt.

Jubiläum hin, Jubiläum her und unbekümmert um das verlogene Friedensfest zwischen der „Großen“ und der Sezession: der Kaiser ist nicht fähig, sich einen Auftrag zu verschaffen. Er baut auch längst nicht mehr. Das tut für ihn ein Mitinhaber der Firma, Herr Reusch. Das ist ein leidlicher Fachmann. Aber: der Kaiser will doch den Kaiser. Wird er ihn noch wollen, wenn der Hofbaumeister seinen Herrn über die Sachlage aufgeklärt hat. Warum sollte der Kaiser Herrn Reusch bevorzugen. . . Demgemäß: der Wettbewerb ist gesichert.

Ignoranz, Kapital und Genie. Aus Paris schreibt man uns: Welch unerwarteter Erniedrigung die Kunst in den Händen des Kapitalismus ausgeliefert ist, hat eine Opernpremiere im Gaité-Theater anerkennendwert deutlich gemacht. Da hat ein geriebener Theaterunternehmer, Herr Gänzburg, den Einsall, nachdem es lange in Opern gehandelt hat, einmal selbst eine zu fabrizieren. Was das musikalische Kunstwerk aus dem Theater sein kann und dank großen Meistern geworden ist, dafür hat der Sensationssteherer des eleganten Rivierapöbels sein Organ und jedenfalls pfeift er darauf. Und in der Tat haben ja die Pariser Bourgeois, die von den Bonapartisten Höhen geradewegs in die Regionen des italienischen Verismus und der Reuviner Operette gelangt sind, keine metaphysischen Bedürfnisse musikalischer Natur. Auch ist „L'Avantgarde“ wirklich nicht schrecklicher als andere Weltoper, die aus dem Schutt der Meyerbeer'schen Epoche mit ordinär modernem Fassadenstud kon-

struiert sind. Der alte romantische Librettohöfmann wird mit labilistischen Egzessen aufgepulvert und das begleitende angenehme Instrumentalgeräusch gibt den Grund, worauf die Theaterhelden Schmelz und Schmalz der Stimme glängen lassen. Aber Herr Gänzburg hat die Annahme — und sie allein fordert zum Brotes heraus — für seine kapitalistische Mittelmäßigkeit Genierrechte zu reklamieren. Im „Matin“ stellt er sich der Öffentlichkeit mit dem Satz vor: „Ich habe das Bewußtsein, ein Werk geschaffen zu haben, das in nichts den bis heute geschriebenen gleicht.“ Und diese Originalität leitet er aus der Tatsache her, daß er — nichts gelernt hat. Jegliches Lernen soll nämlich der Ursprünglichkeit des Schaffens schaden. Hinter diesem affektierten albernen Geniestolz steckt aber das engstirnigste Parbenstium. Dieser „Komponist“ hat sein Werk sogar von einem anderen instrumentieren lassen müssen. Leider teilt er in seinem Manifest an die Menschheit nicht mit, ob er ihm seine Offenbarungen vorgepfeifen oder mit einem Finger vorgeklimpert hat. Das Auftreten des Herrn Gänzburg erinnert an das Wort des alten Restroh: „G'lern' ham mer nig, aber arrogant san mir worden.“ Genau besehen steht aber die Psychologie des Veffers der Produktionsmittel dahinter, der sich dreist als „Produzenten“ bezeichnet.

Theater.

Neues königliches Opern-Theater: Gastspiel Adele Sandrocs als Hamlet. Ein weiblicher Hamlet? Der Gedanke hat einen üblen Beigeschmack von Sensation. Und Sarah Bernhardt's Auftreten als Dänenprinz trug dazu bei, das Mißtrauen gegen derartige Experimente noch zu steigern. Indes Adele Sandroc gegenüber hält dieses Vorurteil, so gute Gründe es im allgemeinen haben mag, nicht stand. Nach wenigen Augenblicken empfindet man bereits, daß es sich um ernstes künstlerisches Ringen handelt. Die große dreißigjährige Figur, in ein die Weiblichkeit der Formen verhüllendes Gewand gekleidet, die dunkle Färbung des langvollen Organs vereinen sich, die Illusion zu ermöglichen. Sie war kein geschmeidig gevaleredes Königsjüngchen von anziehend interessanter Gestalt, wie ihn die jugendliche Phantasie träumt. Das Pathologische, die geheimnisvolle unentrinnbare Gewalt, die aus den Tiefen des Unbewußten aufsteigend Hamlet mut- und tallos macht, kam in Gestalt, Haltung, Stimme, in den krankhaft gedunkelten bleichen Zügen, den starren Augen um so überzeugender zum Ausdruck. Shakespeare denkt seinen Hamlet jünger, als sie ihn spielen konnte. Aber in der allgemeinen Tonlage und Färbung traf sie, scheint mir, durchaus des Dichters Intentionen. Mit gutem Recht hat bisher gegenüber jener Ansicht, die in der Melancholie des Prinzen nur den Widerstreit seiner gerechten moralischen Empörung erblicken will, auf die tieferen Quellen hingewiesen. Jede Nuance im Anfang und in der Folge des Stückes gleiche den geborenen Melancholiker. Alle Vorstellungen, die er zu Hülfe ruft, sind machtlos gegen dies lähmende, das ihm in Blut und Nerven liegt. So empfand, so spielte die Sandroc den Hamlet: als einen, den sein Temperament, auch unabhängig von seinem Schicksal, zum Leiden und zum Untergang-vorausbestimmt hat. Schmutzlos einfach war der Vortrag der Monologe, eindringend und sein die Wiedergabe von Hamlet's schmerzzerzitterter Ironie und intellektueller Ueberlegenheit. Ein Höhepunkt des Spieles — die Szene mit der Mutter — wurde in ihrer Nach-

wirkung freilich durch eine unglaubliche Geschamlosigkeit gestört: als auf den Applaus des Publikums der Vorhang in die Höhe ging, schleppte man aus den Kulissen Blumenkörbe auf die Bühne. In den Nebenrollen gab es, bei manchem Verfehlen, auch Tüchtiges: so Blümnere's Polonius, Stiahen als Geist, Humer in der Figur des Schauspielers. Fräulein Hellberg war eine anmutige Dusele, aber, wie verchiedene andere Darsteller, infolge der schlechten Akustik des Hauses, auf den hinteren Reihen oft ganz unverständlich.

Musik.

Kam mal wieder italienische Oper! In die Romische Oper ist eine neue Direktion eingezogen: Frau Aurelie Révy-Chapman, von den älteren guten Zeiten des Theaters des Westens her bekannt.

Man begann am Mittwoch mit einem „Musikdrama“, das nach seiner Mailänder Uraufführung (1908) inzwischen bereits in der Wiener Volksoper gegeben ist. Es stammt von Umberto Giordano, den wir sonst schon als Vertreter des neu-italienischen „Naturalismus“ oder „Verismus“ kennen, und heißt „Sibirien“.

Das von L. Illica verfasste Libretto zielt zur Erläuterung eines Liebes von Gefangenen die Worte des russischen Lyrikers R. A. Retraflow von dem Saufen, das durch Ausland geht. . . Das Thema könnte also zu einem hohen Kunststern führen, hat aber zu nicht viel mehr als einer schauderösen Moritat geführt. Stephana ward von ihrem ersten Geliebten an einen reichen Fürsten verpuppelt. Sie gewinnt dann den jungen Soldaten Wassili lieb. Er tötet den Fürsten und muß nach Sibirien. Stephana folgt ihm. Doch auch der frühere Geliebte ist unter den Gefangenen und stellt sie während einer den Gefangenen gegönnten Osterfeier bloß. Die Liebenden wollen fliehen, aber die anscheinend vom Intriganten vorbereiteten Soldaten erschließen Stephana. Nicht „wo auch die Liebe stirbt“, sondern „wo die Liebe währt bis zum Tode“, das ist Sibirien.

Der Komponist widmet seinem Text vor allem die moderne Kunst der musikalischen Charakterisierung. Er vermeidet dabei das Effektmachen wenigstens insofern, als er durch schlichte Anfänge Kraft zur Steigerung spart. Sein Bestes gibt er im Vorpiel des zweiten Aktes, das den russischen Schmerz in seinen verschiedenen Formen zu schildern sucht — vom dumpfen Stöhnen bis zur aufschreienden Verzweiflung, die den hier ohnehin viel verwendeten Trompeten gehörig zu tun gibt. Die Musik ist namentlich durch kontrapunktische Klänge gehalten. Wo sie mehr lyrisch wird oder geschlossener Tonbilder geben will, gerät sie allerdings in recht bekannte Stimmungen von Tafelmusik hinein.

Nicht nur die Wahl des Stückes, auch der gesamte Charakter der Aufführung sind italienisch. Man scheint hier die Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die lyrisch weiche Gesangsähnlichkeit mit Bevorzugung der Vokale, der sogenannten Kopffonanz usw. gerichtet zu haben. Neben der die Hauptpartie durchführenden Direktorin war wohl am besten ihr nächster Partner, der Tenor Forróze.

So wenig wir italienisches Neukunststern von vordereinander ablehnen, und so sehr wir dem neuen Unternehmen alles Gute wünschen: so dringend dürfen wir doch um Berücksichtigung moderner Ansprüche in der Regie und im Spiel bitten.

geordnet von Madrid, Rodrigo Soriano, zugegangen, in dem zwar von den Forderungen nicht die Rede ist, aber von zwei erfolgten Hinrichtungen berichtet und gesagt wird, daß es jetzt schlimmer sei als zur Zeit des offenen Generalstreiks geht an. Die Unterdrückung des letzten Generalstreiks geht an Härte über die von 1909 hinaus. Tausende Bürger sind ins Gefängnis gekommen unter dem Verdacht radikaler oder sozialistischer Ideen, darunter Lehrer, Gemeinderäte usw. Das Madrider Volkshaus nebst vielen Vereinen, Schulen usw. ist geschlossen, über die ganze Presse eine Zensur verhängt, so unerträglich, daß die Madrider republikanischen Blätter freiwillig bis zu ihrer Beseitigung ihr Erscheinen eingestellt haben. Man mag daraus ersehen, welcher Art die „gemäßigt republikanische“ Besinnung des Madrider „Liberal“ ist, der die Ablehnung des Generechefs von Valencia mit Freuden begrüßt. Jedenfalls von derselben Art wie die Demokratie des Canalejas selbst, der bei einem Ansetz in Madrid für sich den amnestierenden Professoren mit den schärfsten Drohungen jede „feige und verbrecherische Propaganda für den Frieden“, das heißt gegen den marokkanischen Raubzug, verbot. Soriano vergleicht den jetzigen Zustand Spaniens mit der in Portugal früher von Franco geübten Schreckensherrschaft. Mögen auch die Folgen die gleichen sein und dem gequälten spanischen Volke bald die Erlösung aus der Gewalt verbrecherischer und veräterischer Peiniger winken!

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

(Schluß der Rede Viktor Adlers.)

Auf gewerkschaftlichem Gebiet ist die Einheit das Existenzminimum, eine eiserne Notwendigkeit. (Sehr richtig!) Und darum war das

der Kriegsfall

für alle, die es mit dem österreichischen Proletariat ernsthaft meinen. Der Entwicklungsgang der Partei ist Dezentralisation, der der Gewerkschaften das gerade Gegenteil, erzwungen durch die Entwicklung. (Sehr richtig!)

Nicht, daß anderwärts Organisationen nebeneinanderstehen, ist das Entscheidende, sondern, daß bestehende Organisationen zerrissen werden! Das ist reaktionär! (Lebhafter Beifall.) Die Klagen gegen die Zentralverbände haben sich darauf reduziert, nach dem, was ich weiß — ich bin ein Krüppel, ich kann nicht tschechisch! (Weiterleit.) — daß einige Journalistredakteure kein fehlerhaftes Tschechisch schreiben. Na, aber das kommt auch bei Separatisten und auch bei polnischen Redakteuren vor. (Erneute Weiterleit.)

Der Redner beipflichtet dann das Votum des Kopenhagener Internationalen Kongresses.

Wir haben alle Angriffe auf die tschechoslawische Partei, ja ihre Erwähnung unterlassen, vor und in Kopenhagen, um ihr die Möglichkeit zu geben, das Votum des Kongresses so zu achten, wie man es von jedem Internationalen Sozialdemokraten erwarten muß. Wir haben uns getäuscht und diese Behandlung der Internationalen durch die tschechoslawische Partei nach Kopenhagen ist das Schlimmste. (Bewegung und sehr richtig!) Wie haben nach Amsterdam die Franzosen trotz schärfster Gegenstände die Einigung angebahnt! (Sehr richtig!) Hier aber ist es symptomatisch, daß

vor dem tschechischen Proletariat die Internationale systematisch herabgesetzt wird.

(Große Bewegung.) An die primitivsten nationalen Instinkte hat man appelliert und den „Gegenatz“ gepredigt zwischen den eigenen Proletariaten und denen anderer Länder. (Hört! hört!) Gerade in Oesterreich dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, den „nationalen“ Gegnern nicht die geringsten Konzessionen zu machen: Eine solche Entwicklung könnte ins Furchtbare umschlagen. (Stürmischer Beifall.)

Wie schwer ist es, über ein ernstes gewerkschaftliches Programm wie bei den Einigungsverhandlungen mit Leuten zu reden, die endlich meinen, Kämpfe mit mehreren gewerkschaftlichen Organisationen in jedem Betrieb führen zu können.

Unmittelbar nach Kopenhagen wurde der Bergarbeiterverband zerrissen und so fort. Schließlich hat der Separatismus noch das Jögern überwunden, auf Wien überzugreifen. Und hier kann die allergrößte Verwüstung angerichtet werden, wenn der deutsche Arbeiter zu dem Gedanken kommt: „Da ist ein „Döhm“, der nicht mit mir in der Organisation sein will und uns „schädigt.“ (Sehr wahr!) Ich drohe nicht, unsere ganze Arbeit war der erfolgreichen Erziehung der deutschen Arbeiter zum Internationalismus gewidmet, aber da könnte es anders kommen bei den deutschen Arbeitern. (Erregter Beifall.)

Die Separatisten sind verwöhnt durch (Zurufe: Unsere Langmut!), ja, und durch unser höheres Niveau der Internationalität. (Lebhafte Zustimmung.)

Dr. Adler geht dann auf die Vorwürfe ein, daß die Parteileitung zu spät eingegriffen habe. Uns erheben mögliche Zurückhaltung als Pflicht, der Versuch, als ob wir diese separatistische Welle nicht überlaufen können, ehe sie größere Verwüstungen in den deutschen Arbeitern anrichtet. Ich weiß, wie schwer es gerade in dem national imprägnierten Oesterreich wäre, dann, wenn wir uns nicht auf das allernotwendigste beschränken, die Ideologie des Internationalismus wieder herzustellen. (Beifall.)

Der Referent geht nun ausführlich auf die mährischen Vorgänge ein, wo die Genossen, die die Verfolgung der Separatistenführer Talar und Banjel forderten, von diesen Leuten ausgeschlossen wurden. Der Referent wanderte in Prag in den Papieren.

Das sind Milderungsgründe, Erklärungsgründe für das Vorgehen der Zentralisten, deren Parteigründung ich nur billigen könnte, wenn ich mich von meiner Gewichte befreien könnte. Selbstverständlich aber können wir nicht anders — so schlimm die Spaltung — als uns trennen, daß es noch tschechische Genossen gibt, die gegen den Separatismus und für den Internationalismus den schweren Kampf führen. (Großer Beifall.)

Von der zentralistischen Parteigründung vor den Wahlen und ihren Gegenkandidaturen haben wir immer wieder abgeraten, trotzdem haben die Separatisten sie als „Schöpfung der Wiener“ ausgerufen und das Unerhörteste getan: Gegenkandidaten aufgestellt gegen uns. — Der ererbte Haß der Böller gegen die österreichische Reaktion, die sich den Deutschen, aber oft mit sehr starken slawischen Akzenten bediente (Lebhafte Weiterleit.), der wird gegen — uns ausgeübt. Und heißt man die „Werkzeuge Wiens“, die Vertreter des österreichischen Staatsgedankens! (Bewegung.)

Die Wahlen mit den Stimmenergebnissen der beiden tschechischen Parteien geben ein solches Bild. Die 350 000 Stimmen der Separatisten und die 10 000 bis 20 000 Stimmen der Zentralisten geben nicht das wirkliche Kräfteverhältnis der beiden Meinungen, wenngleich die Majorität der Separatisten klar ist. Die 300 000 Stimmen der tschechoslawischen Partei sind noch lange nicht für das Vorgehen der tschechoslawischen Partei abgegeben! (Lebhafte: Sehr wahr!)

Was sollen wir nun tun? Wir brauchen eine starke deutsche, eine starke Gesamtpartei. Im tschechischen Proletariat lebt das Klassenbewußtsein — wenn auch vielleicht im Unterbewußtsein. Der Separatismus wird Bankrott machen. Aber heute höhet er uns — eine Organisation zu zerschneiden, das ist ja nicht schwer. Sie höhen aber nur sich selbst. (Sehr richtig!) Wie sollen wir aber zur Gesamtpartei kommen? Wenn ich hoffen könnte, daß man durch Ausschließung, durch Abbruch von Beziehungen zum — Zusammenschluß mit dem

tschechischen Proletariat kommt, ich würde diesen Weg gleich betreten. Aber Sie, die das wollen, verwechseln die Partei mit dem Proletariat. Partei und Gewerkschaft sind nicht Selbstzweck, sondern Organe des Proletariats. Wir in Oesterreich müssen mehr als anderswo alles tun, um die Verbindung des Proletariats aufrechtzuerhalten. Wir beurteilen die Separatisten, aber das tschechische Proletariat hat heute als Vermittler, als schlechten — gewiß! neben der kleinen zentralistischen, doch nur die tschechoslawische Partei. Es bleibt nicht jeder tschechische Arbeiter Separatist. Die Entwicklung wird ihnen die Internationalität einpauken. Den Anträgen auf Ausschließung kann ich darum meine Zustimmung nicht geben.

Abbruch der Beziehungen? Warum einen Faden durchschneiden, der doch noch eine Verbindung ist. Kein Weg, der zum Frieden führt, darf verlegt werden.

Die Einberufung eines Gesamtparteitages hat nur dann einen Zweck, wenn Aussicht ist, zueinander zu kommen. Das ist gegenwärtig nicht der Fall.

Die österreichische Gesamtpartei ist so wenig tot, daß sie eine große Zukunft vor sich hat. Ich weiß nur nicht, wann diese Zukunft anfängt. (Weiterleit.)

Wir wollen die Parteiververtretung beauftragen, im dem Moment, wo eine Verständigung möglich ist, alle nationalen Exekutiven zusammenzubringen und dann darüber zu verhandeln.

Glauben wir nicht, mit Feststellung allgemeiner Sätze etwas in der Welt geändert zu haben. — Beschließen wir nichts, zu dessen Durchföhrung wir nicht die Kraft haben. Wir haben die Möglichkeit, den Widerstand gegen die Zerreißung der Gewerkschaften zu härten; dafür zu sorgen, daß die internationalen Ueberzeugungen nicht bleiben, unsere eigene Organisation so funktionstüchtig zu machen als möglich und alles zu tun, um die Gesamtpartei, die wir zuerst brauchen, wieder aufzubauen. Dieser Teil unserer Arbeit wird der schwierigste sein; aber die Geduld ist neben der Tapferkeit die schönste sozialdemokratische Tugend (Bravo!) Wir werden dahin kommen, denn auch das tschechische Proletariat muß sich von diesem selbstmörderischen Separatismus befreien! (Bewegung.)

Genosse Adler beantragte nun nach dreißtündiger Rede eine Resolution, die wir bereits gestern mitgeteilt haben.

Der Redner schließt: Beschließen Sie nur, was den Tatsachen entspricht — nicht Formeln und Schablonen. Der Wirklichkeit entnommen ist der Geist und der Gehalt der Nationen bis ins Proletariat hinein. Die Partei braucht selbständige politische Organisation und gewerkschaftlichen Zentralismus. Wer heute in der Gestaltung unserer Parteiorganisation glaubt, bis hinter 1896 zurückgehen zu können, würde uns nur auferlegen, den schweren Weg nochmals zurückzulegen. In fortwährender Anpassung an die Dinge haben wir uns entwickelt. Der einzige Weg für uns ist: Nationale Selbständigkeit für alle, auch für uns — internationale Geschlossenheit, internationale, feste sozialdemokratische Ueberzeugung! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Der Vorsitzende verfügt eine kurze Pause, in der die Delegierten die Resolution lebhaft erörtern. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Jnnshrad, 1. November.

Vormittagsitzung.

Die Redezeit zu dem Punkte

Das Verhältnis der Deutschen Sozialdemokratie zu den Bruderparteien in Oesterreich

wird auf 20 Minuten verlängert.

Strasser-Reichenberg begründet den Reichenberger Antrag auf Anerkennung der tschechischen Zentralisten und Abbruch aller Beziehungen zu der tschechoslawischen Partei, mit der man nichts gemein habe. Wir begrüßen es, daß man endlich von dem österreichischen Grundgesetz des „Verschweigens, was ist“ abkommt. Die Zentralisten brauchen keine Verzeihung, denn sie haben ihre sozialdemokratische Pflicht getan. (Sehr richtig!) Es gebührt ihnen die Anerkennung der deutschen Genossen. Der Separatismus kommt dadurch in eine sehr fatale Situation. Die Separatisten sind keine Sozialdemokraten mehr, sie sind in vollkommener Abhängigkeit vom bürgerlichen Nationalismus. (Sehr richtig!) In ihrer Wirtschaftspolitik nähern sie sich den Selbsten. Wie aber soll der einfache Arbeiter verstehen, daß er die Separatisten im gewerkschaftlichen Kampf bekämpfen, im politischen als Genossen anerkennen soll? Das müßte Verwirrung schaffen, die der Bewegung nicht förderlich sein kann. Worten wir ab, ob die Separatisten die Beziehungen mit uns abbrechen, so kommen wir in eine schlechte Situation gegenüber ihnen und den deutschen Nationalisten. Sofort nach Regelung des Verhältnisses zu den tschechischen Parteien muß die neue Gesamtpartei vorbereitet und dann konstituiert werden.

Waly-Wien schildert die Anfänge des Separatismus, der aus der Unzufriedenheit der von den kleinen anarcho-nationalistischen Parteien in die tschechoslawische Partei eingetretenen mit der Parteileitung entsand. Damals führte Anton Remec die Marxisten! Der Separatismus ist keine historische Notwendigkeit. Der Redner beantragt, die Resolution Adlers dahin abzuändern, daß zu geeigneter Zeit eine außerordentliche Reichskonferenz einberufen werde.

Jnnshrad, 2. November. (Privattelegramm des „Bort.“)

Der Parteitag nahm die Resolution Adler an, er begrüßte aber die tschechischen Zentralisten und beantragte ihre Aufnahme in die Internationale.

Der Parteitag ist heute abend geschlossen worden.

Parlamentarisches.

Versicherungsgesetz für Angestellte.

Die Kommission verhandelte am Donnerstag über die Zulassung der Erzfaklassen. Die Vorlage will Versicherungsstellen, Seemannskassen und ähnliche Kassen an Stelle der staatlichen Versicherung zugelassen, wenn die Klasse gleichartige Leistungen gewährt, wie die staatliche Anstalt. Unsere Genossen befürworten die Erreichung dieser Bestimmung, die auch von allen Angestelltenverbänden gefordert wird. Die Pensionskasse sei nur eine Pflanz für die Angestellten und hindere die Freizügigkeit der Angestellten. Wenn auch künftig die Zugehörigkeit zur Pensionskasse eines Betriebes den Angestellten in der staatlichen Versicherung angerechnet wird, so fällt doch der Anspruch auf höhere Leistungen fort, sobald der Angestellte aus dem Betriebe austritt. Die Anträge, ob Kassen, die heute keinen Rechtsanspruch genießen, nach Inkrafttreten des Gesetzes ihr Statut ändern und Rechtsanspruch sichern können, wird von der Regierung bejaht. Demgegenüber wird es den Pensionskassen gestattet sein, ihren Mitgliederkreis entsprechend den Anforderungen des Gesetzes so zu erweitern, daß alle Angestellten aufgenommen werden, die im Betrieb nach diesem Gesetz der Versicherung unterstellt sind. So z. B. kann eine Pensionskasse der Journalisten und Schriftsteller das Statut dahin erweitern, daß sie die Handelsangestellten des Verlages mit aufnimmt. Unter der Voraussetzung kann die Kasse nur als Erzfaklasse zugelassen werden. Die allgemeinen privaten Pensionskassen werden als Erzfaklassen nicht zugelassen. Der Standpunkt unserer Parteigenossen wird auch von Raab (Wirtsch. Bg.) und Volkhoff (Sp.) geteilt. Volkhoff findet aber bei seinen politischen Freunden keine Unterstützung, im Gegenteil treten Dr. Mugdan und Kommen sehr entschieden für die Betriebskassen ein, die auch bei den übrigen Parteien starke Unterstützung finden. Vom Genossen Schmidt wird den Herren entgegengehalten, daß sie ja bisher keine Bedenken trugen, die erworbenen Rechte der Angestellten aufzuheben, wenn der Angestellte durch Ausscheiden aus dem Betriebe die Mitgliedschaft zur Kasse verlor. Alle Bemühungen der Sozialdemokraten, schon jetzt den Zustand zu bessern, sind an dem Widerstand der bürgerlichen Parteien abgeprallt. Die hohen Leistungen der Werkklassen stehen sehr in Frage, denn es fragte sich, ob sie die Prüfung aushalten, die

nachher vom Bundesrat vorgenommen wird. Wahrscheinlich wird in vielen Fällen erhöhte Beitragsleistung und Herabsetzung der Leistungen gefordert werden müssen. Vor allem aber werden durch diese Kassen die übrigen Angestellten benachteiligt, weil die Erzfaklassen die günstigen Risiken vornehmen und die schwereren Lasten der staatlichen Versicherung überlassen. Auf eine solche Grundlage darf eine Versicherung der Angestellten nicht aufgebaut sein.

Die Generaldebatte wurde geschlossen; die Aussprache hat ergeben, daß die Zulassung der Erzfaklassen die Zustimmung der Kommission finden wird.

Aus der Partei.

Gegen die tripolitanische Expedition — für den Weltfrieden.

Man meldet uns aus Brüssel: Das vom Internationalen sozialistischen Bureau für den 5. November, 4 Uhr nachmittags, veranstaltete Massenmeeting gegen den italienisch-türkischen Krieg und für den Weltfrieden wird im Festsaal des Brüsseler Maison du Peuple stattfinden. Als Redner werden fungieren für die französischen Sozialisten Baillant, für die deutsche Sozialdemokratie Abgeordneter Scheidemann, ferner für das Internationale Bureau dessen Sekretär Camille Huysmans und Emil Vandervelde. Die türkische Nation wird der Delegierte der Arbeiterorganisationen von Saloniki, Saul Rahum, vertreten.

Kandidatenwechsel in Breslau.

Aus andauernd sich verschlechternden gesundheitlichen Verhältnissen ist Genosse Schüh-Breslau gezwungen, die ihm vor zwei Jahren von den Breslauer Genossen einstimmig übertragene Kandidatur für den Wahlkreis Breslau-Ost niederzulegen. Genosse Schüh leidet an einer hartnäckigen Zwerchfellruhr und hochgradiger Neurasthenie und hat sich auf ärztliche Anordnung für längere Zeit jeder öffentlichen und politischen Betätigung auf das strengste zu enthalten.

Erfolgreiche Werbearbeit für die Parteipresse. In Offen wurde am Sonntag in einigen Bezirken eine Agitation für das Parteiblatt veranstaltet. Dabei wurden 855 neue Leser für die „Arbeiterzeitung“ gewonnen. Gewiß eine schöne Vorarbeit für die Reichstagswahlen und ein Ansporn für die Genossen an anderen Orten!

Lebensliste der Partei. In Dresden-Cotta starb der Genosse Lagerhalter Max Bellhöfer im Alter von 63 Jahren an Herzlähmung. Schon zur Zeit des Sozialistengesetzes hat der Verstorbene im Dienste der Partei gestanden und in Kaufh. Lübtow und dann in Cotta Vertrauensamier bekleidet. Die Partei wird sein Andenken in Ehren halten.

Pölsliches, Gerichtliches usw.

Preßprozesse.

Die Staatsanwaltschaft in Götting hatte gegen den verantwortlichen Redakteur unseres dortigen Parteiorgans, Genossen Paul Höhne, Anklage erhoben. Höhne soll den früheren Sekretär des Verbandes reichere Arbeiter in Waldburg und jetzigen Reichsverbandssekretär in Königsberg, Max Traube, in der „Reichszeitung“ dadurch beleidigt haben, daß er über ihn schrieb: „Traube könne nicht zu den anständigen politischen Gegnern gerechnet werden.“ In der Verhandlung vor der Strafkammer am Mittwoch wurde die reichsverbändlerische Kampfweise Traubes, der als Nebenkläger zugelassen war, richtig beleuchtet durch Zeugenvernehmungen und Vorlesen von Artikeln, die Traube verfaßt hat. Der Staatsanwalt beantragte 200 M. Geldstrafe, eventuell für je 10 M. einen Tag Gefängnis. Das Gericht billigte dem Angeklagten den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zu, hielt aber eine formale Beleidigung für vorliegend und erkannte auf 30 M. Geldstrafe. „Wenn der Angeklagte“, so führte der Vorsitzende bei der Begründung des Urteils aus, „gegenüber der Kampfweise des Nebenklägers gefaßt hätte, der Reichsverbandssekretär ist nicht würdig, daß man sich mit ihm beschäftigt, so wäre er eventuell freigesprochen worden.“

In der gleichen Verhandlung wurde gleich eine zweite Anklage gegen Genossen Höhne erdicht, wegen Beleidigung der Polizeiverwaltung in Halle. In einer Notiz der „Göttinger Volkszeitung“ war zu dem polizeilichen Raumungsverbot in Halle gesagt worden, das Verbot sei im „schönsten Polizeideutsch“ gehalten und „eine schlimmsten Polizeigeist“. Das Landgericht hatte die Eröffnung des Verfahrens erst abgelehnt. Auf Beschwerde der Staatsanwaltschaft bei der Oberlandesgerichtsbehörde war dann von dieser die Eröffnung des Verfahrens angeordnet worden. In der Verhandlung am Mittwoch beantragte der Staatsanwalt 100 M. Geldstrafe. Die angeführten Äußerungen enthielten eine schwere Beleidigung. Das Gericht konnte aber darin keine Beleidigungen erblicken und erkannte auf Freisprechung.

Aus aller Welt.

Henkersknechte.

Nach der Niedertreibung der Revolution in Libland geht es als eine Spezialität der russischen Henkersknechte, gefangene Revolutionäre auf dem Transport nach dem Gefängnis zu erschließen. Um nicht des feigen Todes angeklagt zu werden, gaben die den Transport begleitenden Offiziere auf der Landstraße den Befehl, die Gefangenen in Freiheit zu setzen. Kaum hatten die Scheinbar freigelassenen sich einige Schritte entfernt, so wurden sie durch Schüsse in den Rücken niedergestreckt. Diese unheimliche Barbarei scheint unter den italienischen Truppen in Tripolis Anhang gefunden zu haben. Wie der Korrespondent der „Central News“ aus Tripolis berichtet, wurden dort drei Araber, zwei Greise und ein junger Mann, als Gefangene in das italienische Lager gebracht. Hier erwarteten sie resigniert das gleiche Schicksal wie das ihrer früher hingerichteten Genossen. Die Italiener begannen damit, daß sie die drei Araber mit Faustschüssen traktierten. Dann erklärten sie ihnen, sie seien frei. Die drei machten sich auf den Weg, um das italienische Lager zu verlassen. Kaum hatten sie einige Schritte zurückgelegt, als sechs Soldaten, die hinter ihnen postiert worden waren, eine Gewehrwalze auf sie abgaben.

Selbstverständlich konnten diese Grauseltaten nur begangen werden auf Befehl höherer Offiziere. Wenn schon nach so kurzer Zeit der Kriegsführung solche Barbaren an der Tagesordnung sind, in welche moralische Verfassung muß eine Armee geraten, wenn erst durch Gewöhnung an das Morden, durch Entbehrungen aller Art die Truppen erbittert sind? Nur eine Parole kann es gegenüber solchen Grausamkeiten geben: Räder mit den Menschenmordenden, völkerverwöhnenden Kriegen!

Heiratung.

Der österreichische Erzherzog Ferdinand Karl will dem Auge seines Herzens folgen und eine bürgerliche Dame, die Tochter eines Professors Czuber, zu seiner Frau machen. Das ist Grund genug, daß jeder wirkliche Aristokrat sich voll Abscheu von solch einem Heiber abwendet, daß er für unwürdig erklärt wird, noch länger den Titel eines Erzherzogs zu tragen und Mitglied der kaiserlichen Familie zu bleiben. Ja, wenn der junge Mann „baliernmäßig“ handeln würde und sich irgend eine gleichgültige Prinzessin anschaffen ließe: beide Augen würde die Hofgesellschaft zudrücken, wenn er dann in den Armen einer Professorstochter Erholung suchen würde von den Freuden seiner Ehe. Aber so ist das mannhafte und charaktervolle Gebaren

des jungen Prinzen ein kühnliches Verbrechen, das nur durch Ausstoßung aus den Kreisen der Erlaubten geahndet werden kann. Und noch viel mehr: um die Erlaubnis zur Schließung seiner Ehe zu erhalten, muß der Erzherzog, der unter dem Namen Karl Ferdinand Burg im Auslande lebt, sich verpflichten, seinem Vaterlande für längere Zeit den Rücken zu kehren und mit seiner Frau im Auslande zu leben.

Unwetter auf Sardinien.

Ein fürchterer Cyclon verbunden mit einem heftigen Gewitter ging am Mittwoch über ganz Sardinien nieder. Besonders schwer hatte die Provinz Cagliari unter dem Unwetter zu leiden. Wie stark der Orkan war, geht daraus hervor, daß ein vollbesetzter Personenzug in der Nähe von der Stadt Cagliari umgeworfen wurde, wobei zahlreiche Reisende nicht unbedenkliche Verletzungen erlitten. Zahlreiche Häuser wurden durch den Sturm abgedeckt und zum Einsturz gebracht. Der Verkehr in den Straßen Cagliari's ruht vollkommen, da diese vollständig unter Wasser stehen. Alle Verbindungen mit der Stadt sind unterbrochen. In der Nähe der Küste scheiterten zwei französische Segler. Die Besatzung des einen Bootes konnte gerettet werden, während über den Verbleib des anderen noch nichts bekannt ist.

Agrarische Beweidführung.

Ueber eine wilde Keilerei zwischen gewissen Blodbrüdern berichtet das „Tageblatt für Sorpomern“:

In der Diskussion einer Wählerversammlung sprach als erster Redner Lehrer Ritsch. Als Herr Ritsch die vom Professor Hans Delbrück veröffentlichten Steuerhinterziehungen der Großgrundbesitzer zur Sprache brachte, sprang der Rittergutsbesitzer Oberleutnant Dr. jur. v. Borde-Heinrich auf, stieß dem Redner mit beiden Händen vor die Brust und verabschiedete ihn eine schallende Ohrfeige. Der fortschrittliche Parteifreund Pössel forderte sofort den Vorsitzenden, den Vater des Attentäters, Rittergutsbesitzer Amtsvorsteher Major v. Borde-Neuendorf auf, Herrn Ritsch gegen derartige lässliche Angriffe in Schutz zu nehmen, aber kaum hatte Pössel seine Forderung gestellt, da sprangen circa 20 Agrarier auf und drangen unter Führung des Gutspächters Boh-Innenhof auf ihn ein und bedrohten ihn. Parteifreund Pössel hatte es nur seiner kräftigen Statur zu verdanken, daß er mit heller Haut davon kam. Weit schlechter erging es dem Lehrer Ritsch, denn als dieser den Saal verließ, wurde er von dem Gutspächter Boh hinterücks überfallen und geschlagen. Viele Versammlungsteilnehmer verließen nach diesem skandalösen Vorfall den Saal und gaben ihrer Entrüstung freien Ausdruck. Einen großen Teil Schuld an dem Vorkommnis trägt ohne Zweifel der Versammlungsleiter Amtsvorsteher Rittergutsbesitzer Major v. Borde. Denn dieser machte auch nicht den leisesten Versuch, die Ausschreitungen seiner eigenen Parteifreunde bzw. seines eigenen Sohnes zu verhindern.

Ob die „Deutsche Tageszeitung“ den Vorfall auch totschweigen würde, wenn Arbeiter mit ihrem politischen Gegner so umspringen würden, wie der Herr Rittergutsbesitzer und Oberleutnant?

Meuterei französischer Kolonialtruppen.
Wie aus Marseille gemeldet wird, verursachte eine Auflehnung der Kolonial-Infanteristen in ihrer Kaserne unter Führung der Internationalen große Aufrührungen. Die Ausschreitungen wurden begangen durch etwa 700 zur Abfahrt nach Casablanca bereitgehaltenen Soldaten, die in der Kaserne Vieille Charité untergebracht waren. Um Aufrührungen zu vermeiden, war den Mannschaften der Besuch der Kantine untersagt worden. Die Leute verlangten jedoch, daß man ihnen das Kasernentor öffne und lassen dann die Internationalen; einzelne zertrümmerten auch mehrere Fensterheben. Es wurden Truppen aufgeboten, um die Ordnung wiederherzustellen, doch gelang es erst dem Obersten, die Leute durch gütliches Zureden zu beruhigen.

Kleine Notizen.

Ein Leutnant wegen Mordverdachts verhaftet. Der ehemalige Oberleutnant Ernst Ferdinand Weibel ist in Breslau verhaftet worden wegen Verführung einer Minderjährigen und wegen des Verdachtes, an der Ermordung der Elfriede Ludwig beteiligt zu sein, die am 15. Oktober früh im Breslauer Südpark erbrockelt aufgefunden worden war.
Zur Einsturzkatastrophen in Frankreich. Unter den bei dem Einsturz einer Wollfabrik in Rogent-sur-Seine umgekommenen befinden sich die deutschen Mechaniker Haas und Otto Rheinhold aus Braunschweig. Letzterer ist Donnerstag morgen den erlittenen Verletzungen erlegen.

Unserm verehrten Sangesbruder und Vereinswirt
Franz Belersdorf u. Frau
zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Männerchor Nordost-Lyranla 1849.

Unserm Genossen und Genossin
Franz und Cäcilie Belersdorf
zum Jubiläum des 25jährigen Götterges
die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen u. Genossinnen des Bezirks 404, T. I.

Sozialdemokrat. Wahlverein Rixdorf.
Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler
Franz Zotta
Welerstraße 184 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofs, Götter-Platz, Hermannstraße, aus statt.
Ferner verstarb unser Mitglied Frau
Mathilde Teuert
Barthelstraße 5.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. d. Mts., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofs, Götter-Platz, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former
Ernst Strauß
am 31. Oktober an Lungenerkrankung gestorben ist. 125/13
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf, Köpcke-Str., aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Die schönsten
Herrn-Winter-Paletots u. Ustler
und Anzüge in neu
erhoffte, auf Seide gearbeitete
Garderobe, von 4672L
Kavaliere getragen,
ist neu, für jede Figur passend,
besitzt auch Anzüge sind in
großer Auswahl stets zu flammend
billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stalher Str. 129.
Nachbahrung Rottbuscher Str.
Bitte im eigenen Interesse auf
Hausnummer zu achten.

No. 61 La Maloja
eine vorzügliche
63 Cigarro

No. 57 Maloja operas 5 Pz.
No. 61 Maloja camallas 6 Pz.
No. 91 Maloja bouquets 7 Pz.
No. 24 Maloja omineutes 8 Pz.
No. 163 Mal. aromatics 10 Pz.

J. Neumann Cigarren-Fabriken
Ueber 200 Niederlagen in Deutschland!

Neu eingeführt!
Fehlfarben-Sortimente
Jederbeutel enthält eine Mischung besonders preiswerter Fehlfarben.
Fehlfarben-Sortiment **Fortuna** 10 Stück 60 Pf.
Fehlfarben-Sortiment **Hansa** 10 Stück 75 Pf.
Fehlfarben-Sortiment **Excelsior** 10 Stück 1.00 M.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todesanzeige.
Am Montag, den 30. Oktober, verstarb unser Genosse, der Schloffer
Franz Herrmann
(Lubenarder Str. 7.)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf, Köpcke-Str., aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin. E. H. No. 80.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Franz Zotta
Welerstr. 184 wohnhaft, am 1. November im Alter von 31 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des St. Thomas-Gemeinde, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband der Hut- u. Filzwaren-Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 1. d. Mts., starb nach vierwöchiger Krankenlanger unser langjähriger Mitglied
Karl Witte
(Rabritz Platz).
Er ruhe sanft!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. November, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Dorotheen-Kirchhofes, Sämannweberstr. 1-2, aus statt. 76/7
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Ziehung schon 10. und 11. November
Schweidnitzer Lotterie
1100 Gewinne im Werte v. M.
128000
40000
20000
Lose à 1 M. Porto u. Liste 25 Pf. extra.
5 Lose 4.80 M. | wert am 11. Lose 10 M. | Versand.
durch das General-Debit
H. C. Kröger
Berlin W 8 Friedrich-Str. 193a
sowie alle durch Plakate kenntlichen Verkaufsstellen
Telegr.-Adr.: „Goldquelle“.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todesanzeige.
Am 31. Oktober verstarb unser Genosse, der Former
Ernst Strauß
(Hermannstr. 6)
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Nazareth-Kirchhofes in Reinickendorf, Köpcke-Str., aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Franz Zotta
Rixdorf, Welerstraße 184, im Alter von 31 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 4. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung

Solange Vorrat reicht!
Dr. Reichel . . . 5,75 M. p. Zentner
Dr. Koffel . . . 6,50
Dr. Kartoffeln . . . 3,50
Dr. Linsen . . . 3,00
Dr. Kohlrüben . . . 3,50
Dr. Mohrrüben . . . 5,50
offiziellen Abgabe: Mindestquantum 5 Ztr.
Gebr. Muscat, Breslau 252/7, Tel. 483.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstagswahlkreises.
Todesanzeige.
Am 31. Oktober ist unser Parteigenosse, der Maurer
Franz Holz
im Kreisfrankenhaus zu Groß-Lichterfelde gestorben.
Wir werden dem Dahingekleideten ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus aus statt. 236/16
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Wilmersdorf.
Am 31. Oktober ist unser Parteigenosse, der Maurer
Franz Holz
im Kreisfrankenhaus zu Groß-Lichterfelde gestorben.
Wir werden dem Dahingekleideten ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus aus statt. 236/16
Der Vorstand.

Möbel
nur reelle Waren
am billigsten auch auf Teilzahlung

Möbel-Magazin Otto Piehl
Brunnenstrasse 120

Kein Kredit-Haus
Sie erhalten
komplette
Einrichtungen
schon von 230 Mk. an.
Küchen
schon von 45 Mk. an.

Der Verkauf der zurückgelieferten Monatsgarderobe
des größten Abonnementshauses für feine Herrenbekleidung **J. STOCK & Co.** befindet sich von jetzt ab nur Friedrichstraße, Ecke Johannisstr., Eingang Johannisstr. Anzüge und Paletots v. 10 M. an.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35
Möbel Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik
H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.
35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Dänischer Kapitän-Kautabak
in Rollen, Bündel und Enden.
General-Vertrieb:
Karl Röcker, Berlin O. 27.
Grüner Weg 119 (Amt VII, 3861).

Möbel liefert auf Teilzahlung bequeme kleinster Anzahlung in bekannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit)
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und meines guten Vaters, des Schankwirts
Hermann Conradt
sagen wir allen Freunden, Bekannten und Göttern sowie dem Verband der freien Haus- und Schönwitzer Berlins (Bezirk V) und dem 2 sozialdemokratischen Wahlvereinen (Bezirk 153) unseren herzlichsten Dank.
Ehre Mathilde Conradt nebst Angehörigen.

Seal
von 9,50 an, **Persianer** mit von 6,50 an, für eleg. **Damen-Paletots**.
Zuchlauer Koch & Seeland G. m. b. H., Gertraudenstr. 20-21, Petrifische.

Engelhardt Berliner Pilsner
überall käuflich
Flasche 10 Pfennig

Den Kommunalwählern zur Beachtung!

In Berlin wird den Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse, die am

Sonntag, 5. November,

stattfinden, diesmal mit besonderer Spannung entgegenge-
sehen.

Zwei Umstände sind es, die mancherlei Erwartungen rege machen. Wie weit wird die Neueinteilung der Wahlbezirke, durch die die bisherige Ungleichheit der Wahlbezirke gemildert worden ist, das Wahlergebnis beeinflussen? Und wie stark wird die Wahlbeteiligung sein, nachdem nunmehr zum ersten Male in Berlin für die Stadtverordnetenwahlen der dritten Klasse der Sonntag als Wahltag bewilligt worden ist?

Im Hinblick auf die Bezirkseinteilung ist sorgfältig darauf zu achten, welche Bezirke diesmal an der Wahl teilnehmen. Die Frage,

wo gewählt wird,

beantwortet sich aus der Zusammenstellung der 17 an der Wahl beteiligten Wahlbezirke und ihrer Wahllokale, die heute im „Vorwärts“ veröffentlicht ist.

Wahlberechtigt

ist, wer in die Wählerliste aufgenommen worden ist, die im Juli aufgestellt wurde. Das Gemeindevahlrecht setzt die Vollendung des 24. Lebensjahres voraus. Zur Aufnahme in die Gemeindevahlereise sind außerdem erforderlich: Staatsangehörigkeit zu Preußen, mindestens einjähriger Wohnsitz in Berlin, eigene Wohnung oder Chambergarnistenlois. Die Gemeindesteuern müssen bezahlt sein (doch hat auch der das Gemeindevahlrecht, dem bei einem Jahreseinkommen von 600 bis 900 M. die Steuer erlassen wird), und im letzten Jahre darf keine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln angenommen worden sein.

Jeder Wahlberechtigte hat da zu wählen, wo er im Juli in die Wählerliste aufgenommen wurde. Wer inzwischen

die Wohnung gewechselt

hat, wählt noch in dem Bezirk seiner früheren Wohnung.

Die Wahlzeit

reicht bei den Sonntagswahlen — das ist als neu zu beachten — nicht mehr bis 8 Uhr abends, sondern nur noch bis 6 Uhr abends. Die Wahl dauert

von morgens 10 Uhr bis 6 Uhr abends,

doch sollte gerade am Sonntag kein Wähler den Gang zum Wahllokal bis auf die letzte Stunde verschieben. Die Freisinnigen rechnen darauf, daß in den Vormittagsstunden von 10—12 Uhr, um die der Magistrat die Wahlzeit erweitert hat, besonders die selbständigen Geschäftsinhaber zur Wahl kommen werden. Wir erwarten von unseren Wählern, daß auch sie möglichst schon am Vormittag zur Stelle sein und ihre Wahlpflicht erfüllen werden. Je zeitiger die Wähler zur Wahl gehen, desto leichter wird unseren in der Wahltagung tätigen Genossen der aufreibende Schleppe-
dienst gemacht.

Kein Wähler vergesse, eine

Legitimation

mitzunehmen, am besten die vom Magistrat überlieferte Wählerkarte, eventuell Steuerzettel, Mietkontrakt, Invalidentkarte, Militärpapiere, falls einem Wähler die Wählerkarte nicht zugegangen ist.

Die Stimmabgabe ist bei den Stadtverordnetenwahlen öffentlich. Dem Wahlvorsteher muß der

Name des Kandidaten

genannt werden, und zwar richtig und deutlich. Bei ungenauer Wiedergabe des Namens wird dem Kandidaten die betreffende Stimme nicht zugerechnet. Man präge sich daher den Namen seines Kandidaten vorher genau ein. Sorge jeder unserer Wähler dafür, daß den Kandidaten der Sozialdemokratie keine Stimme verloren geht! In manchen Bezirken kann es auf eine einzige Stimme ankommen.

Daß ein Wähler dritter Klasse keinen Freisinnsmann mehr, sondern

nur Sozialdemokraten

wählen kann, versteht sich von selber. Unter dem Dreiklassensystem des Gemeindevahlrechts werden Hunderttausende von Wählern der werktätigen Bevölkerung, die durch ihre Arbeit zum Wohle unserer Stadt beitragen, nach Maßgabe ihrer geringen Steuerleistung zur dritten Wählerklasse geworfen. Dem Freisinn werden durch diese Entrechtung des arbeitenden Volkes zwei Drittel aller Stadtverordnetenmandate gesichert, die die Wohlhabenden und Reichen der zweiten und ersten Klasse vergeben. Da muß in der dritten Klasse jeder Wähler an seinem Teile dazu beitragen, daß wenigstens hier kein Freisinnsmann sich behauptet. Der 5. November muß werden zu einem

Siegstag der Sozialdemokratie!

Die liberale Stadtverordnetenmehrheit Berlins

muß bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen, wenn vielleicht auch nicht gestärkt, aber wenigstens nicht geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgehen. Das ist der Weisheit letzter Schluss, zu dem das liberale „Berliner Tageblatt“ in einer Betrachtung über die Stadtverordnetenwahlen gelangt. Der Artikel, den das Blatt als „Ruf an die Wählerschaft“ veröffentlicht, zeigt ganz die bei den Kasseblättern übliche Manier. Er ist zusammengeschrieben in treuer Befolgung jenes Grundgesetzes, den der Berliner drastisch mit dem Satz: „Vorne pakt er, hinten nickt er!“ zu kennzeichnen pflegt.

Im ersten Teil dieses „Rufes“ werden dem Kommunalfreisinn ein paar Mafpe verabreicht, die sich sehr forsch ausnehmen. „Am 5., 6. und 7. November hat“, so beginnt der Artikel, „die Berliner Wählerschaft zu entscheiden, ob sie mit der städtischen Verwaltung zufrieden ist, oder ob sie eine Aenderung dieser Verwaltung wünscht.“ Es folgt eine Betrachtung über die durch das Dreiklassensystem des Gemeindevahlrechts geschaffene Entrechtung des größten Teiles der Wählerschaft, über „dieses plutokratische Wahlrecht, das nur den Wohlhabenden einreden läßt“, Sodann wird ausgeführt, daß „weit-

herzige Männer mit offenem Blick für die Bedürfnisse der Zeit der Verwaltung der größten Gemeinde Deutschlands bitter not tun.“ Gebe es doch „auf dem Schulgebiet, in der Verwaltung und dem Ausbau der städtischen Werke, in Fragen der gerechten Steuer-
verteilung, in bezug auf Krankenhäuser und hygienische Einrich-
tungen aller Art, in der Waisen- und Armenverwaltung, in der wichtigen Frage geistiger Belehrung durch Bibliotheken und in der ebenso bedeutsamen Frage der Wohnungsfürsorge, der körperlichen Ernährung nach unendlich viel zu tun.“ Wenn fallen bei dieser Aufzählung nicht alle die Forderungen ein, um die in der Stadtverordnetenversammlung unsere Genossen mit den Liberalen immer wieder ringen müssen! Gegenüber den großen Aufgaben, die zu erfüllen sind, solle — fährt das „Berliner Tageblatt“ fort — die Wählerschaft selber die Kandidaten sorgfältig auswählen und von den bisherigen Vertretern Rechenschaft verlangen, aber leider sei davon kaum etwas zu spüren. In der ersten und zweiten Klasse werde mitunter die Kandidatenauswahl einfach durch ein die Wiederwahl empfehlendes Rundschreiben an die Wähler erledigt. Anders gehe es in der dritten Klasse zu, wo von 48 Bezirken im Besitz der Sozialdemokratie schon 38, der Liberalen noch 10 seien und 6 von diesen 10 an der diesmaligen Wahl beteiligt seien.

Dies schlägt nun plötzlich der Ton um, und das Kasseblatt mahnt: „Alle diese sechs Wahlbezirke werden von der Sozialdemokratie hart bedrängt, und es wird der äußersten Kraftanstrengung des liberalen Wahlkomitees und insbesondere der lebhaftesten Wahlbeteiligung der bürgerlichen Wähler bedürfen, um den Ansturm der Sozialdemokraten abzuwehren.“ Die Wahl findet an einem Sonntag statt. Niemand hat daher durch den Weg zum Wahllokal Einbuße an seiner geschäftlichen, seiner gewerblichen oder sonst beruflichen Tätigkeit. Es ist dringend erwünscht, daß kein bürgerlicher Wähler dem Wahlkampf fernbleibt, damit nicht die Wohltat der Sonntagswahl lediglich der Sozialdemokratie zugute kommt. Es hiesse ein Abwanken gegenüber der Sozialdemokratie, wenn nicht jeder bürgerliche Wähler seine Stimme für den Kandidaten seiner Partei abgeben wolle.“ Es folgt dann eine Aufzählung der Freisinnskandidaten für die Wahlbezirke 1, 2, 3, 4, 5, 14, in denen die Liberalen sich zu wehren haben, sowie auch für die Wahlbezirke 13, 15, 23, die sie der Sozialdemokratie wieder abnehmen möchten. Und zum Schluß heißt es: „Tun die Wähler ihre Schuldigkeit, dann ist zu erhoffen, daß die liberale Mehrheit, wenn vielleicht auch nicht gestärkt, aber wenigstens nicht geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgeht.“ So wandeln die forsch aussehenden Kasse, die das „Berliner Tageblatt“ dem Kommunalfreisinn gibt, sich in freundschaftliche Aufmunterungen um. Die liberale Mehrheit, die in dem Dreiklassensystem des Kommunalwahlrechts, in der Verwerfung des Geldbeutels das Fundament ihrer Herrschaft hat und diese zum Schaden der werktätigen Bevölkerung ausübt, darf „nicht geschwächt“ werden! Der Wunsch einer Aenderung der Verwaltung, über den die Wählerschaft durch die Stadtverordnetenwahlen sich äußern soll, ist dem liberalen Preshorgan nicht ernst. Es soll alles beim alten bleiben.

Wäge gegenüber diesem standhaften Gaukelspiel die Wählerschaft der dritten Klasse das einzig Richtige tun und dafür sorgen, daß auch bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen, die die dritte Klasse am 5. November vollzieht, der Liberalismus wieder geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgeht. Wähler dritter Klasse, gebt Mann für Mann eure Stimme nur den Kandidaten der Sozialdemokratie!

Die Uebersicht der Kommunalwahlbezirke und der Wahllokale, die der heutigen Nummer unseres Blattes beigegeben ist, bitten wir aufzubewahren, da eine nochmalige Veröffentlichung nicht erfolgt.

2. Wahlkreis. Heute findet im 5. Kommunal-Wahlbezirk eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden erucht, zahlreich und pünktlich sich in den Bezirkslokalen einzufinden.

Sonntag früh 8 Uhr treffen sich ebenfalls alle Genossen in den Zahlabendlokalen.

1. und 24. Kommunal-Wahlbezirk. Heute abend 8 Uhr Flugblattverbreitung. Für die im 5. Wahlkreise gelegenen Bezirke von den bekannten Stellen aus. Für die im 1. Wahlkreise gelegenen von Jul. Fischer, Eiertasse 3, aus.

Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Berliner Rathaus.*

Schlussbemerkungen.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im roten Hause erschöpfte sich keineswegs durch die in den einzelnen Kapiteln gemachten Darlegungen. Was in den Plenarverhandlungen öffentlich in die Erscheinung tritt, kann nur ein unvollkommenes Bild von der Wirksamkeit der Sozialdemokratie in der Kommune geben. Weit intensiver ist die Tätigkeit in den einzelnen Verwaltungen, Deputationen, Kuratorien und Ausschüssen. Im Berichtsjahre ist uns ein Stüb in der Bestallungskuratorium zugefallen, während der Anspruch unserer Genossen in der Stimmabdeputation von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt worden ist. Aus dieser Deputation scheint man die sozialdemokratischen Vertreter fernhalten zu wollen, wie das die Regierung tut, wenn es sich um die Wahl sozialdemokratischer Mitglieder in die städtische Schuldeputation handelt.

Von erheblicher Bedeutung ist auch die Zusammenfassung der Armenkommissionen, Waisenträte, Schulkommissionen und Steuervereinschätzungskommissionen. Da die Stadtverordneten das Vorschlagsrecht für die Besetzung der genannten Kommissionen haben, kommen auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten in die Lage, Berliner Bürger zu unbesoldeten Kommunalämtern in Vorschlag zu bringen. Die freisinnigen Stadtverordneten haben ihre Aufgabe vielfach dahin aufgefaßt, Personen vorzuschlagen, die der betreffenden Kommission von vornherein genehm sind und von ihr empfohlen werden. Diese Praxis muß naturgemäß zu einer Unkenntnis aller schlimmster Art führen und kommt eher einer Kooptierung der Kommissionen, als einer Wahl durch die Stadtverordnetenversammlung gleich. Dem allgemeinen Interesse der Stadt wird durch diese Art der Besetzung kommunaler Ehrenämter nicht gedient. Auf diese Weise werden Arbeiter von der Ausübung kommunaler Ämter nahezu ausgeschlossen. Ein Blick auf die Zusammenfassung der einzelnen Kommissionen beweist das. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten hatten diese Fernhaltung der Arbeiter von der kommunalen Verwaltung für eine Entrechtung weiterer Kreise der

*) Siehe auch Nr. 242, 245, 250, 251, 252, 254, 255, 256 und 257 des „Vorwärts“.

Bevölkerung und unberechtig mit der Städteordnung; sie vertreten den Standpunkt, daß alle Klassen der Bevölkerung zu den kommunalen Ehrenämtern heranzuziehen sind und daß auch die Arbeiter, die Sozialdemokraten sind, in sehr vielen Fällen hierzu besonders qualifiziert scheinen. Das behagt aber den freisinnigen Herren nicht; sie scheinen die kommunalen Ehrenämter für ein Privileg maßgebender Freisinniger zu betrachten. Sonst wäre es nicht zu verstehen, daß lediglich deshalb, weil ein sozialdemokratischer Stadtverordneter einen als Sozialdemokraten bekannten Berliner Bürger als Mitglied der 120. Armenkommission in Vorschlag brachte, die sämtlichen bürgerlichen Mitglieder dieser Kommission ihre Ämter niederlegten. Diese Niederlegung führte in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Januar 1910 zu einer längeren Debatte zwischen den Sozialdemokraten und Freisinnigen, in der festgestellt werden mußte, daß das Vorschlagsrecht den einzelnen Stadtverordneten nach wie vor zusteht, allerdings soll es auch den Kommissionen unbenommen sein, ihre Vorschläge zu machen, damit eventuell der Ausschuss für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindevägern durch die recherchierenden Stadtverordneten — in der Hauptsache sozialdemokratischen Stadtverordneten — eine Entscheidung fällen kann durch die Wahl bürgerlicher Mitglieder anstatt sozialdemokratischer. Einen anderen Sinn hat der Stadtverordnetenbeschluss vom 13. Januar nicht. Er zeigt, daß sozialdemokratische Arbeiter beim Berliner Kommunalfreisinn mit scheelen Augen angesehen werden.

Besonders vermerkt zu werden verdient, daß die freisinnige Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung im Anfang dieses Jahres den Anspruch der sozialdemokratischen Fraktion, im Vorstände der Stadtverordnetenversammlung vertreten zu sein, endlich hat anerkennen müssen. Bei der Wahl des Bureaus der Stadtverordnetenversammlung am 5. Januar 1911 erklärten die Vertreter der Reichstagsgruppen, daß sie bereit seien, einen sozialdemokratischen Beisitzer in das Bureau der Versammlung zu wählen. Zu diesem Zwecke wurde die Geschäftsordnung dahin geändert, daß anstatt drei Beisitzer vier gewählt werden. Obwohl dieser eine sozialdemokratische Beisitzer im Vorstände der Stärke der sozialdemokratischen Fraktion nicht entspricht, darf der Beschluss als ein Beweis dafür angesehen werden, daß auf die Dauer die freisinnige Mehrheit der sozialdemokratischen Reichsanwärtigen sich nicht widersetzen kann. Als im Jahre 1884 die Sozialdemokraten zum ersten Male ins Rathaus eingezogen, schloß man sie von allen Verwaltungsgeschäften aus. Das hat sich im Laufe der Jahre gründlich geändert. Die sozialdemokratische Vertretung im Vorstände lehnten die freisinnigen Vertreter ständig mit dem Hinweis auf die Ablehnung der Uebernahme repräsentativer Verpflichtungen ab, obwohl in der Städteordnung von solchen Verpflichtungen nirgends die Rede ist. Diese Meinung haben die Herren nun geändert und damit anerkannt, daß auch bisher kein stichhaltiger Grund für diesen Ausschluß von Sozialdemokraten von Vorstandswürden vorgelegen hat. Der Beschluss liegt lediglich im Interesse einer geordneten Führung der Geschäfte der Stadtverordnetenversammlung.

Die Tätigkeit der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Kommunalpolitik ist im eminentesten Sinne des Wortes ein großes Stück positiver Arbeit. Die Sozialdemokratie ist sich bei ihrer kommunalpolitischen Tätigkeit vollkommen bewußt, daß der Kampf um die letzten Ziele nicht in der Kommune ausgekämpft werden wird. Sie weiß, daß die erlangenen Erfolge nur keine Abschlagszahlungen darstellen, die aber dennoch nicht zu unterschätzen sind. Eine großzügige Kommunalpolitik wird allerdings erst möglich sein, wenn das Dreiklassenswahlrecht und das Hausbesitzerprivileg gefallen sind. Heute fällt der Sozialdemokratie die Aufgabe zu, die regierende Mehrheit in der Kommune auf die Erfüllung ihrer sozialen Pflichten hinzuwirken und durch hartnäckigen Kampf und jede Ausdauer soziale Verbesserungen abzu-
zwingen. Das wird um so leichter sein, wenn am Sonntag, den 5. November, die sozialdemokratischen Kandidaten mit großen Stimmenmehrheiten aus der Wahl hervorgehen!

Stadtverordneten-Versammlung.

92. Sitzung vom Donnerstag, den 2. November, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Michellet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. — Der Ausschuss für die Überarbeitung des Antrages Krons wegen Aenderung des Kommunalabgabengesetzes ist gewählt und hat sich konstituiert; die sozialdemokratische Fraktion ist u. a. durch die Mitglieder Dr. Krons und Stadthagen vertreten.

Die Beratung der Vorlage wegen Errichtung einer vierten Oberrealschule mit angegliedertem Reform-Realgymnasium und Volkshaus in Moabit wird fortgesetzt.

Dazu haben die Stadtv. Dr. Krons und Genossen beantragt, daß von der Errichtung einer Vorschule Abstand genommen werden soll. Von den Stadtv. Kernst, Rommsen und Nuhmann (Fr. Fr.) ist beantragt, die Worte „mit angegliedertem Reform-Realgymnasium“ zu streichen und die Entscheidung über diese Angelegenheit einem Ausschusse von 15 Mitgliedern zur Vorberatung zu überweisen.

Stadtv. Dr. Krons (Soz.): Unser Antrag ist bereits in der vorigen Sitzung von dem Kollegen Söfeland, der die Verhältnisse in Moabit in den Vordergrund stellte, und von Herrn Glögel bekämpft worden. Im Prinzip stimmen wir ja alle in die Beurteilung der Vorschule ein. Ein Liberaler, der Wächterschul-
direktor Ernst, hat im preussischen Abgeordnetenhaus die Vorschule als eine Frucht der Reaktion bezeichnet, die zu einer unheilvollen Zersplitterung des Schulwesens geführt habe. Solche Ausfahrungen machen leider nicht den geringsten Eindruck, wenn nicht die Tat dahinter steht, wo die Tat möglich ist. Ein konservativer Redner antwortete denn auch dem freisinnigen Herrn Ernst dem Sinne nach, daß dieses Prinzipienbekenntnis eitel Wind sei, denn dort, wo die Freisinnigen die Mehrheit hätten, in den Städten, ließen sie die Vorschulen bestehen. Immerhin hat noch im März 1910 Stadtschulrat Michaelis erklärt, er stehe auf dem Standpunkt, daß neue Vorschulen an höheren Lehranstalten nicht mehr eingerichtet werden sollen. Was nicht dieser Standpunkt, wenn er bei der ersten Gelegenheit wieder das Prinzip im Stich läßt? Dann haben doch derartige Prinzipienklärungen gar keinen Wert mehr. Daher bitten wir Sie, entsprechend diesem Prinzip schon heute die vorgeschlagene Vorschule abzulehnen; im übrigen wird ja Ausschussberatung erforderlich sein.

Stadtschulrat Michaelis: In einer Erörterung der Prinzipienfrage möchte ich jetzt nicht eintreten; zu dieser Prinzipienfrage gehört auch die Vorschulfrage. Die wird erst zu lösen sein, wenn ministerielle und gesellschaftliche Grundlagen vorhanden sind und privaten Unternehmungen ein Miegel vorgezeichnet ist. Zurzeit sind die Vorschulen bei den Verhältnissen des Publikums eine Notwendigkeit; wir würden sonst nur dem Privat-Schulwesen, das wir glücklicherweise weit eingeschränkt haben, Vorschub leisten. Das ist eine prinzipielle Stellung zu der Frage bereits eingenommen hätte, muß ich ablehnen. Für Moabit besteht geradezu ein dringendes Bedürfnis und das hat der Magistrat anerkannt. Der prinzipielle Entscheidung wird damit nicht präjudiziert, denn wird die letzte neunklassige höhere Schule sein, die in Berlin in absehbarer Zeit zu errichten ist. Auch das Prinzip Realschule oder Gymnasium läßt sich bei dieser Gelegenheit nicht entscheiden. Wir haben sieben Realgymnasien in Berlin mit über 4000 Schülern, sie sind zum Teil unsere meistgefüllten Anstalten; sie lassen sich, nachdem sie sich so bewährt haben, nicht etwa mit einem Federstrich beseitigen. Ueber das Wesen des Reformreal-

gymnasiums sind hier ganz falsche Vorstellungen verlaufbar worden. Diese Anstalten, besonders der Frankfurter Typ, beginnen statt mit dem Lateinischen mit dem Französischen; das Französisch bleibt Hauptgegenstand. Diese Form hat außerordentlich Ansehen gefunden. Wir haben in Moabit zwei Gymnasien, zwei Realschulen, eine höhere Mädchenschule; es fehlt das Realgymnasium, es fehlt die Oberrealschule. Beides bietet die Vorzüge. Eine Gegenpetition des Berliner Lehrervereins ist auf völlig unzutreffendem Material und auf falschen Voraussetzungen aufgebaut. Die Vorschulen sind keine Ständeschulen, sondern Schulen für die Befähigten. Es ist weder Ausschuhberatung noch Veränderung der Vorlage erforderlich; die Sache ist spruchreif.

Stadtv. Gassel (A. L.): Wir nehmen einstimmig die Vorlage ohne Ausschuhberatung an. Den Standpunkt der allgemeinen Volksschule vertreten wir nach wie vor; wir können aber das Berliner Schulsystem nicht nach unseren Wünschen formen. Dazu kommt, daß seit Einführung der achtjährigen Volksschule die auf die höheren Schulen übergehenden Schüler gegen früher 1 bis 1 1/2 Jahre verlieren. Das Jhat der Neuerung von Ernst hätte Herr Dr. Arons auch durch meine damalige Bemerkung vervollständigen sollen; ich habe da ausdrücklich erklärt, daß die Gemeinden allein hier ohnmächtig sind, daß die Lehrpläne der höheren und der Elementarschule zuvor in eine organische Verbindung gebracht werden müssen, daß ein erleichteter Übergang geschaffen werden muß. Ueber das Bedürfnis für Moabit besteht kein Zweifel; von einer Beeinträchtigung der Volksschule durch die Vorschulen kann keine Rede sein.

Stadtv. Dr. Kuhlmann (Fr. Fr.): Die prinzipiellen Fragen wollten auch wir nicht im Plenum erörtern, darum haben wir Ausschuhberatung beantragt. Die Berechtigung der Realschulwesen ist seit 1900, seit der Statuierung der Gleichwertigkeit auch der Oberrealschulen, durchaus kontrovers geworden. Den Vorwurf der mangelhaften Begründung der Vorlage muß ich ausdrücklich erhalten, denn von dem Lehrplan des Reform-Realgymnasiums sieht kein Wort darin; heute erst hören wir etwas darüber. Nötiger als ein solches Experiment für Berlin ist die Vermehrung der höheren Mädchenschulen.

Stadtv. Dr. Arons: Ich behaupte, die Vorschule ist eine Ständeschule, und den Beweis dafür erbringe ich damit: auf allen unseren Lehranstalten haben wir 10 Proz. Freistellen, auf den Vorschulen keine, weil die für Kreise bestimmt sind, die die Freistellen nicht brauchen. (Widerspruch.) Gerade die Aermsten, die wirtschaftlich Schwächsten, sind, wenn sie eine höhere Laufbahn einschlagen wollen,

geschädigt im Wettbewerb gegenüber den anderen, wenn sie ein Jahr mehr auf die Vorbereitung verwenden müssen. Ich bitte Sie nochmals dringend, einen Ausschuh zu beschließen und diesem auch unseren Antrag zu überweisen. Ich beantrage das.

Stadtv. Sonnensfeld (A. L.) plädiert für Ablehnung aller Anträge. Der Umstand, daß in der Vorschule keine Freistellen seien, Kämpfe sei noch nicht zu einer Ständeschule, wenn sie auch allerdings nur den Bemittelteren zugute komme.

Stadtv. Wigel (Fr. Fr.) hält den Streit über das Realgymnasium für müßig. Das Reform-Realgymnasium habe sich bewährt. Ausschuhberatung sei überflüssig.

Stadtschulrat Michaelis: Der Pflicht, den Typ des Reform-Realgymnasiums darzustellen, habe ich schon 1904 genügt.

Stadtv. Ledeburg (A. L.) stellt sich auf den Boden des Antrages Arons und bezieht sich dabei vornehmlich auf die prinzipielle Stellungnahme der Liberalen.

Stadtv. Gassel: Wenn die Vorschulen Ständeschulen sind, so sind es auch die Mittelschulen, denn auch die nehmen ein Schulgeld. Nicht nur die Oberrealschulen, sondern auch die Realschulen, beide Arten von Anstalten haben sich bewährt.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Ich möchte den Kollegen Gassel im Anschluß an seine jetzigen Ausführungen bitten, die Eingangsworte seiner ersten Rede nachzulesen und danach künftig entsprechend zu handeln.

Damit schließt die Beratung. Der Antrag auf Ausschuhberatung wird abgelehnt, ebenso der Antrag Kuhlmann und der Antrag Arons auf Ablehnung der Vorschule. Der Magistratsantrag gelangt unverändert zur Annahme.

Ohne Diskussion wird hierauf der nachträglich eingegangene Ausschuhbericht über die Vorlage betreffend die Neuordnung der Gestalter der städtischen Straßenbahnangelegenheiten entgegengenommen und die Vorlage unverändert genehmigt.

Dem Ruhe-Schauerband sollen 7500 M. zur Aufstellung des Entwurfs für die Neuorganisation des Großdeckerener Grabens jährlich vorgeschossen werden.

Die Veranlagung stimmt dem zu. Ein 2800—3000 Quadratmeter großes Teilstück des städtischen Grundstücks an der Schönstedtstraße beabichtigt der Magistrat kostenlos der Alltagsgesellschaft Verein zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin zur Errichtung und zum gemeinsamen Betrieb eines Ledigenheims für Männer

zu überlassen. Stadtv. Liebermann (A. L.) bekundet seine Sympathie mit dem Projekt, beantragt aber Ausschuhberatung.

Stadtv. Bruns (Soz.): Wir begrüßen diese Vorlage ebenfalls und hätten auch nichts gegen ihre sofortige Annahme. Die beabsichtigten ursprünglich zu beantragen, die Anzahl in eigene Regie zu nehmen, stimmen sie aber auch ohne diese Vorbedingung bei als einem ersten Schritt auf einem guten Wege, der endlich beschritten werden muß. Dem Bedürfnis kommt die Vorlage freilich nur sehr wenig entgegen. Wir haben in Berlin 98 000 Schlafstelleninhaber, darunter 46 000 weibliche; dazu kommen etwa 30 000 Chamsproleten. Diesen Zahlen gegenüber bedeutet das Ledigenheim noch nicht einmal einen Tropfen auf einen heißen Stein. Es sollten auch für weibliche Schlafstätten solche Heime in Aussicht genommen werden. Gewiß hat sich hier schon die Vereinstätigkeit bemüht, aber dem Bedürfnis ist nicht annähernd genügt.

Wie stellen indessen für jetzt alle diese Bedenken zur üd; der oberflächlichsten Ritzere auf diesem Gebiete muß eben baldigt entgegengetreten werden. Auch die polizeilichen Vorschriften über das Halten von Schlafstätten sind durchaus unzulänglich. Es ist heute nicht verboten, in Küchen und in Einzelzimmerwohnungen Schlafstätten zu halten. Der für etwa 400 bis 600 Betten bestimmte Raum erscheint uns zu gering; der Magistrat sollte einräumen, ob nicht ein größerer Teil des Terrains an die Gesellschaft hergegeben werden könnte. Die Anstalt sollte auch nicht zu lauzernmäßig errichtet und es sollte auch ein Spielplatz oder dergleichen eingerichtet werden. Aus allen diesen Gründen hätten wir gern gesehen, wenn die Sache in die eigene Regie der Stadt übernommen worden wäre.

Stadtv. Dr. Rathau (Fr. Fr.) spricht sich für die Vorlage und ebenso für die baldige Errichtung eines Ledigenheims für weibliche Personen aus.

Die Vorlage geht an einen Ausschuh. Für die Herstellung besonderer

Vorortsteile auf der Strecke Berlin-Bernau sind Teile des städtischen Grundbesitzes in den Gemarkungen Buch und Blankenburg erforderlich; sie sollen an den Eisenbahnfiaktus zum Teil verkauft, zum Teil gegen fiskalisches Terrain ausgetauscht werden. Der bezügliche Vertrag wird zur Vorberatung einem Ausschuh überwiesen.

Für die Verbreiterung der Charlottenstraße zwischen Unter den Linden und Schrenkstraße auf 15 1/2 Meter (nach dem Anerbieten der Diskontogesellschaft) sollen jetzt die neuen Fluchlinien festgesetzt werden.

Die Veranlagung erteilt eine Debatte die Genehmigung. Schluß der öffentlichen Sitzung 1/8 Uhr.

Die Kommunalwahlen.

Der dritte Kreis hatte zum Mittwochabend zwei Versammlungen einberufen, die sich beide eines guten Besuches erfreuten.

Am 12. Bezirk, „Dresdener Garten“, Dresdener Str. 45, referierte Stadtv. Ritter. Dem mit großem Interesse und Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine kurze und anfeuernde Ansprache des Genossen Dr. Jadel, der in diesem Bezirk kandidierte. Der Sozialdemokrat müsse, so schloß der Redner, mit einer so überwältigenden Mehrheit gewählt werden, daß man in Zukunft an die Anstellung eines bürgerlichen Gegenkandidaten gar nicht mehr denke. (Großer Beifall.) Auf einige, in der kurzen Diskussion berührten Punkte gingen sowohl der Referent als auch der Kandidat ergänzend und richtigstellend ein.

Am 14. Bezirk, Köpenicker Festsäle, Köpenicker Str. 127 a, sprach Stadtv. Ewald. Die Aufstellung des Landtagsabgeordneten Rosenow für sämtliche bürgerliche Parteien als Kandidat, erklärte der Redner, bedeute nichts anderes als das Wiederaufleben des Bismarckblocks im Kleinen. Es sei eine Verleumdung der Kommunalwähler Berlins, ihnen einen derartigen Kandidaten zuzumuten. In interessanter und launiger Weise kramte Genosse Ewald — der letzte Wohlfahrer — d. h. der einzige überlebende Vertreter der ersten Sozialdemokraten, die ins Berliner Stadtparlament einzogen, aus seinem reichen Erinnerungsschatz aus. Damals sei die kleine Gruppe von Einberinglingen mit Spott empfangen worden. Man habe ihnen zugurufen: „Was wollt ihr 5 Räumelns denn unter den 144 bürgerlichen Vertretern anfängen!“

Am, die 8 Räumelns hätten sich nicht gefürchtet, es seien ihrer auch immer mehr geworden und heute werde im Parlament nichts mehr vorkommen, ohne daß man sich frage: Wie stellt die Sozialdemokratie sich dazu?

Nach einer anfeuernden Ansprache des Kandidaten A. Fröhlich und einem kräftigen Appell des Vorsitzenden an die Anwesenden, war die Versammlung zu Ende.

Aus Industrie und Handel.

Der nationalliberale Antopptrost.

Der Kinematograph ist heute eine allgemeine Volksbelustigung geworden. Reich hat sich die Großindustrie dieses stark erweiterungsfähigen Gebietes bemächtigt. Einige zwanzig Fabrikationsgesellschaften, die allerdings untereinander nicht ganz einig sind, beherrschen mit ihren Produkten den Filmmarkt. Die zahlreichen Filmverleiher spielen in der Kinoindustrie die Rolle des Zwischenhandels.

Vor einiger Zeit kam — für die Interessierten zu früh — die Nachricht an die Öffentlichkeit, daß ein nationalliberales Konsortium, an seiner Spitze der wohlbelannte Parteikämpfling Baasche, eifrigst bestrebt sei, den Filmzweishandel respektive das Filmverleihen zu monopolisieren. Schon waren Prospekte an Interessenten hinausgegangen, die pro Jahr 4 Millionen Mark Gewinn zusicherten. Kenner der Verhältnisse stellten zwar bald fest, daß die Baasche Gewinnberechnung ebenso unzuverlässig sei wie die nationalliberale Politik, trotzdem ist aber der Monopolisierungsplan nicht beiseite gelagt worden, wie jetzt wieder einmal bekannt wird. Unter den Filmfabrikanten besteht eine starke Strömung gegen das Projekt, die Vertrustungsgesellschaft ist aber doch kapitalisiert worden. Vertreter dieses nationalliberalen Unternehmens zur Befestigung des Mittelstandes im Filmhandel sind eifrigst dabei, mit den Fabrikanten Verträge abzuschließen. Einzelne Filmverleiher sollen dem Plane dadurch günstig gemacht worden sein, daß ihnen große Abfindungssummen geboten wurden.

So phantastisch das ganze Projekt erscheint, vielleicht hat der Geheimne Regierungsrat und nationalliberale Politiker Baasche dabei doch tiefe Gedanken. Wie herrlich wäre es, allen Antippen Deutschlands das Programm oktroyieren zu können und wie sein wäre es viellecht auch, nationalliberalen Aufsichtsrats- und Reichstagsmitgliedern eine Sicherung für den Fall zu verschaffen, daß die Wähler „ihre geschätzten Vertrauen“ in die politische Vertretung dieser Leute einmal revidieren.

Entwicklung der Großhandelspreise in Amerika von 1890—1910.

Das Arbeitsamt der Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlicht alljährlich eine Indexberechnung über die Bewegung der Warenpreise, die einen guten Anhalt zu der Entwicklung der Weltmarktpreise überhaupt gibt. Das Amt hat zu diesem Zweck 267 der wichtigsten Industrie- und Konsumartikel ausgewählt, aus deren Preisen eine Durchschnittsgröße gewonnen wird. Diese wird in Beziehung gesetzt zu den Werten der anderen Jahre und zwar wird der Durchschnitt der Jahre 1890—1899 gleich 100 gesetzt. Es ergibt sich dann für das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts folgende Entwicklung:

Jahr	Landwirtsch. Produkte	Sonst. Nahrungsm.	Alle Warengattungen	Kohle	Metalle	Fertigfabrikate	Gesamtdurchschn.
1900	109,5	104,2	111,9	110,2	110,5	110,5	110,5
1902	130,5	111,8	122,4	110,6	112,9	112,9	112,9
1904	126,2	107,2	119,7	111,3	113,0	113,0	113,0
1906	123,6	112,6	126,5	121,6	122,5	122,5	122,5
1908	133,1	120,6	125,5	122,2	122,8	122,8	122,8
1910	164,6	129,7	130,7	129,6	131,6	131,6	131,6

Wie aus dieser Aufstellung ersichtlich, sind also die landwirtschaftlichen Artikel bei weitem am meisten im Preise gestiegen. Der Durchschnittspreis stand im letzten Jahre nicht weniger als 64,6 Proz. über dem Durchschnitt der Jahre 1890/99. Nicht annähernd so stark sind die sonstigen Nahrungsmittel im Preise gestiegen.

Nicht man industrielle und landwirtschaftliche Produkte zusammen, so zeigt es sich, daß die Rohmaterialien, das sind Materialien im ursprünglichen oder halbverarbeiteten Zustande, mehr im Preise gestiegen sind als Fertigfabrikate. Für sämtliche Waren ergibt sich in den letzten 10 Jahren eine Preissteigerung gegen den Durchschnitt des letzten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts von 31,6 Proz., also um rund ein Drittel.

Diese starke Steigerung der Weltmarktpreise, insbesondere für landwirtschaftliche Artikel, bildet selbstverständlich keine Entschuldigung für unsere Agrarier gegen den Vorwurf des Lebensmittelmisshandels, sondern verläßt diese Vorlage. Gerade weil die Preise auf dem Weltmarkt so gestiegen sind, ist jeder besondere Zollschutz der einheimischen Landwirtschaft, der in Jahren niedrigerer Weltmarktpreise vielleicht mit einem Schimmer von Berechtigung verteidigt werden konnte, heute ein Verbrechen an der Gesamtheit zugunsten einer kleinen Clique. Die Parole muß angefaßt werden: Die Wogenen auf!

Soziales.

Gesundheitspflege auf dem Lande.

Bürgerliche Lobredner sind gewohnt, die hygienischen Zustände in den großen Städten als besonders unangünstige zu bezeichnen. Die Statistik lehrt aber, daß es auch ganz erhebliche Mängel auf dem Lande gibt. So gibt es ländliche Bezirke, in denen die Sterblichkeit durchschnittlich größer ist als in den städtischen. Ein solcher Bezirk ist der Landkreis Hümmling, Regierungsbezirk Osnabrück, der die höchste in Deutschland beobachtete Sterblichkeit besitzt. In dem zierlich 17 000 Einwohner zählenden Kreise kommen auf 1000 Einwohner 35 Sterbefälle, während auf die gleiche Zahl von Personen im Durchschnitt des Deutschen Reichs nur 18 Sterbefälle pro Jahr entfallen. In Rußland wird allerdings die Ziffer von 29 erreicht. In dem Kreise Hümmling hat nun mit Unterstützung der Regierung eine umfassende Untersuchung der Bewohner und Wohnhäuser durch Ärzte unter Zuguhlung besonders ausgebildeter Schwestern stattgefunden. Das Ergebnis derselben wird jetzt in einem Buche, „Die Tuberkulose und die hygienischen Mängel auf dem Lande“, be-

arbeitet von Prof. Dr. Jacob, Carl Heymanns Verlag Berlin, veröffentlicht. Vor allem wird der Sach bestätigt, daß die Verbreitung der Tuberkulose in jenen Landstrichen am größten ist, wo die Kultur und Hygiene am geringsten ist. Das ist nur zu natürlich. Die Tuberkulose als Infektionskrankheit ist eine „Wohnungskrankheit“. Sie wird dort am häufigsten angetroffen sein, wo die Wohnungen am schlechtesten sind. Im Landkreis Hümmling mußten von 3250 Häusern 1571, also fast die Hälfte, beanstandet werden. Den schlimmsten Uebelstand bildeten die Buben (Alloven), das sind schrankartige Behälter, die durch Türen oder Vorhänge verschlossen werden, in denen zwei oder noch mehr Menschen schlafen. Ein großer Mangel besteht darin, daß Gesunde und Kranke nicht nur in einem Raum, sondern vielfach in einem Bett zusammen schlafen. Reinigung, Lüftung, Heizung, Beseitigung der Abfallstoffe und Abwässer, Keimfreiheit ufm. liegt alles mehr oder weniger im argen. Die ungenügende Aderperpflage, die mangelhafte Ernährung usw. tun ein weiteres, um die Widerstandskraft der Bevölkerung herabzusetzen. Von rund 1500 untersuchten Kindern wiesen von den nicht schulpflichtigen 9,1 Prozent, von den im ersten Schuljahr stehenden 35,6 Prozent, von den im letzten Schuljahr stehenden 64 Prozent die Zeichen der Tuberkulose auf. Bemerkenswert ist, daß bei dieser körperlich geschwächten Bevölkerung der Schnapskonsum ein außerordentlich hoher ist. Er beträgt 40 bis 50 Liter pro Kopf und Jahr, — ein Quantum, das in keiner anderen Gegend erreicht wird. Mag der Kreis Hümmling durch eine besonders hohe Sterblichkeit die Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben — es gibt große Gebiete, wo die hygienischen Zustände nicht oder nicht viel besser sind. Es wäre deshalb eine sehr dankenswerte Aufgabe, die gleichen Untersuchungen auch in anderen Gegenden vorzunehmen. In die sozialen Zustände muß möglichst viel Licht gebracht werden.

Was wird nun zur Bekämpfung der Uebelstände vorgeschlagen? Prof. Dr. Jacob empfiehlt Umbau der Häuser unter Gewährung von Darlehen von 500 bis 1000 M. seitens des Kreises, dem die Mittel von den Invalidenversicherungsanstalten überlassen werden. Weiter werden empfohlen Wanderdachstühle, an denen auch Erwachsene teilnehmen können, kostenlose Desinfektion, eine Kreis-tuberkulosefürsorge mit möglichst vielen Landpflegerinnen, Entfernung der Tuberkulosen in fortgeschrittenem Stadium aus der Familie und Unterbringung in Pflegeheimen. Das ist alles! Glaubt jemand im Ernste, daß mit solchen Mitteln die Mängel auch nur einigermaßen beseitigt werden? Das beste Mittel ist die Verbesserung der Ziele der Arbeiterbewegung. Vor allem muß die Lebenshaltung der Arbeiter gehoben und die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiterklasse durch den Kapitalismus beseitigt werden. Es ist also eine gründliche Umgestaltung unserer wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen vorzunehmen.

Vom Stimmrecht in der Gemeindeversammlung.

In Duderstadt (Regierungsbezirk Niedersachsen) hatte der Fiskus als Besitzer des königlichen Bergbauwerks, also als Großgrundbesitzer, und als Großgrundbesitzer für die Gemeindeversammlung auf Grund des § 48 der Landgemeindeordnung sieben Stimmen beansprucht und vom Gemeindevorsteher zugestanden erhalten. — Der Kaufmann Just klagte gegen den Gemeindevorsteher und erzielte beim Bezirksausshuh in Königshagen, daß die Stimmzahl des Fiskus auf 4 herabgesetzt wurde.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte kürzlich das Urteil, indem es anmah, daß § 48 des Gr.-grundbesitzern, die zugleich Großgrundbesitzer sind, nicht ein kumulatives Stimmrecht habe geben wollen. Auch in solchen Fällen gelte die Maximalzahl von vier Stimmen. Ausnahmeweise könnte, und dann nur durch Beschluß des Provinzialausshusses, diese Zahl auf fünf erhöht werden.

Von der Offenlegung der Wählerliste.

In Duderstadt (Regierungsbezirk Niedersachsen) hatte Anfang August vorigen Jahres die Kommunalwählerliste offengelegt. Mit Rücksicht darauf, daß nach verschiedenen Bürger eingetragene werden sollen, wurde die Liste vom 12. bis 20. August nochmal offengelegt. Auf Grund dieser zweiten Liste fanden später Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung (Bürgervertreterkollegium) statt. Die Wahl des Rechtsanwalts Schmidt wurde angefochten. Der Bezirksausshuh zu Hildesheim erklärte sie für ungültig und des Oberverwaltungsgericht bestätigte am Dienstag das Urteil mit folgender Begründung: Im vorliegenden Falle sei bei Offenlegung der Wählerliste ein unstatthafes Verfahren angewendet worden, indem die Wählerliste zweimal offengelegt worden sei. Die Offenlegung der Wählerliste sei ein formaler Akt, an den sich ganz bestimmte Wirkungen anknüpfen. Wenn das Einspruchs- (Offenlegungs-) Verfahren beendet sei, trete die Liste gewissermaßen in Rechtskraft. Die Liste erlange infolgedessen entscheidende Bedeutung, als sie die Grundlage für die Wahl bilde. Deshalb wäre eine zweite Offenlegung der Wählerliste nur dann statthaft, wenn Gründe vorlägen, die das erste Offenlegungsverfahren ungültig machen würden. Solche Gründe hätten hier nicht vorgelegen. Darum sei die zweite Liste ungültig. Die Folge sei die Ungültigkeit der auf Grund der zweiten Liste vorgenommenen, rechtzeitig angefochtenen Wahl.

Gerichts-Zeitung.

Moabit vor dem Landgericht in Stade.

In der Verhandlung gegen den Genossen Redakteur Schubert, der bekanntlich zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, wurden 11 Zeugen vernommen, die sämtlich grobe Polizeibrutalitäten aus Moabit bekundeten. Das Gericht nahm in seinem Urteil an, Schubert habe mit Recht annehmen können, der Polizeipräsident v. Jagem habe sich durch seine kritisierte Äußerung, „der Ehrenschild der Schutzmannschaft ist rein“, in bewußtem Gegensatz zu dem Urteil des Berliner Landgerichts stellen wollen. Ueberdies wurde vom Stader Gericht auf Grund der Beweisnahme festgestellt, daß einzelne Polizeiorane Geschwindigkeiten und zwar nicht nur grobe Verleumdungen, sondern sogar grobe tätliche Mißhandlungen an Anshuhdigen begangen haben. Das Gericht kam zu einer Verurteilung lediglich wegen formaler Verleumdungen. Auf Geldstrafe konnte nach Ansicht des Gerichts nicht erkannt werden, weil der Angeklagte „schon schwer bestraft“ ist.

It auch formell eine Verurteilung des Redakteurs, und zwar zu einer dreimonatlich hohen Strafe, erfolgt, so sind doch die auch durch die Stader Verhandlung Gerichteteten der Berliner Polizeiorane, deren Brutalitäten nun auch vor dem Stader Landgericht festgestellt wurden. Nicht minder die Äußerung des Berliner Polizeipräsidenten, „der Ehrenschild der Schutzmannschaft ist rein“, hält der Polizeipräsident v. Jagem noch immer den Ehrenschild der Polizeimannschaft für rein, wiewohl rohe, gemeine, feige Brutalitäten, verübt an Anshuhdigen durch Polizisten, auch vor dem Stader Landgericht festgestellt sind und auch von diesem Gericht anerkannt ist, daß der Arbeiter Herrmann von Polizisten zu Tode geprügelt, aber die Schuldigen noch immer nicht unter Anklage gestellt sind?

Der Gattenmord am Tegeler Weg vor Gericht.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III findet heute der Prozeß gegen den Magistratssekretär Gustav Bornemann aus Spandau statt, welcher vor etwa Jahresfrist nach einem Ehecheidungsprozeß auf der Straße seine Ehefrau durch einen Schuß aus einer Branningswaffe getötet hatte.

Der 43jährige Angeklagte hat sieben Jahre in Mehr als Soldat gedient und ist dann bei dem Magistrat in Spandau als Assistent angestellt worden. Da er sich sehr gut führte, wurde er schon nach

Burger Zeitungs-Korrespondenz. Vor elf Jahren heiratete er seine etwa zehn Jahre jüngere Frau, die Tochter eines Wagenfabrikanten aus Potsdam. Die Ehe, aus der zwei Kinder, der jetzt neunjährige Günther und die siebenjährige Hildegard, hervorgingen, war anfangs glücklich. Später kam es zu ernstlichen Meinungsverschiedenheiten, die, wie behauptet wird, ihre Ursache darin hatten, daß beide der Spiel- und Wettleidenschaft frönten und dadurch in Schulden gerieten. Trotz der recht erheblichen Unterstützung durch die Eltern der Frau, kamen die Eheleute aus den Schulden nicht heraus. Dies führte zu fortwährenden Streitigkeiten. Hinzu kam noch, daß es der Angeklagte, wie behauptet wird, mit der ehelichen Treue nicht sehr genau genommen haben soll. Ende April v. J. begleitete Frau B. ihre jüngere Schwester nach Friedrichroda, wo diese in einer Pension untergebracht werden sollte. Während ihrer Abwesenheit trat B. in seiner eigenen Wohnung und in Gegenwart der Kinder zu einer Prostituierten Grimm in Verkehr. Als Frau B. dann aus Friedrichroda zurückkehrte, erzählten ihr die Kinder in ihrer Reifezeit, was sich in der Zwischenzeit in der Wohnung zugetragen hatte. Frau B. verließ darauf sofort mit ihren eingebrachten Wertschöpfungsgegenständen das Haus ihres Mannes und kehrte zu ihren Eltern zurück, nachdem sie gleichzeitig die Scheidungsflage eingeleitet hatte. Der Angeklagte versuchte wiederholt, sich mit seiner Frau wieder auszuföhnen und verursachte, als jede Annäherung abgelehnt wurde, vor dem Hause seiner Schwiegereltern in Potsdam Slandaffinen, Nebenbei verursachte er der Familie allerlei Schwierigkeiten in der Abicht, sie blödsinnig zu machen, er u. a. gegen einen Schwager, einen Feldwebel, eine Anzeige bei dem Kriegsministerium. Seine Beschuldigungen erwiesen sich jedoch als völlig haltlos. Nachdem seine Versöhnungsversuche auch in der folgenden Zeit abgelehnt worden waren, trug er sich anseheinend mit dem Gedanken, einen Gewaltakt gegen seine Frau zu unternehmen. Er äußerte zu mehreren Personen, daß er seiner Frau eine Kugel in den Kopf jagen würde, wenn er den Ehescheidungsprozeß verlieren würde.

In einem der Termine in dem Ehescheidungsprozeß bekundete jene Prostituierte endlich, daß Vormann versucht habe, sie zu einem Reineide zu verleiten. Er habe ihr für den Fall, daß sie gänzlich für ihn aussage, eine monatliche Rente von 50 M. und eine Lebensversicherungspolice versprochen. Die Grimm lehnte dieses Anerbieten ab und gab unter ihrem Eide den Ehebruch mit Vormann zu, so daß hierdurch der Ausgang des Ehescheidungsprozesses kaum zweifelhaft war. Am Vormittage des 18. November v. J. fand vor dem Landgericht III am Tegeler Weg die Verhandlung statt, die damit endete, daß der Angeklagte als alleinschuldiger Teil angesehen und die Kinder der Frau zugewiesen wurden. Vormann, der diesen Ausgang des Prozesses wohl erwartet hatte, trug schon während der Verhandlung eine Bronnigpistole bei sich, die er am Tage vorher gekauft hatte. Nach dem Termin verließ er in höchstlicher Erregung das Gerichtsgebäude und ging einige Zeitlang auf der Straße auf und ab. Etwa eine halbe Stunde später verließ Frau Vormann in Begleitung ihres Vaters und des Pastors Bierbaum aus Potsdam das Gebäude. In der Nähe des Hauptportals kam ihnen Vormann entgegen. Als er den Vater seiner jetzt geschiedenen Frau ansprechen wollte, winkte dieser von weitem ab und rief ihm zu: „Ich habe mit Ihnen nichts mehr zu tun.“ Vormann suchte zurück und griff in seine Manteltasche. Trotz dieser Abweisung versuchte er es, sich nochmals an seine Frau heranzudrängen, die ihn mit einem betrachtungslosen Blick von oben hin unten musterte. In diesem Moment zog B. die verborgen gehaltene Pistole hervor und gab auf die Frau einen Schuß ab. Der Schuß ging fehl. Der Angeklagte stürzte sich dann auf seine ehemalige Frau, hielt ihr die Waffe dicht hinter das rechte Ohr, um sicher zu treffen, und drückte dann ab. Frau B. brach mit einem lauten Aufschrei vornüber zusammen und war, wie sich ergab, sofort tot. Der Angeklagte ergriß hierauf die Flucht. Er wurde von mehreren Arbeitern, die in der unmittelbaren Nähe auf einem Bahn beschäftigt waren und den Vorgang beobachtet hatten, festgehalten und nach bester Gegenwehr überwältigt. Vormann tief hierbei fortgesetzt:

„Was wollen Sie denn von mir, Sie kennen die Verhältnisse doch nicht, die Frau hat mir meine Kinder genommen.“ Vormann wurde nach dem nahen Polizeirevier in der Königin-Luisestraße geschafft. Nach seiner Festnahme spielte er erst den „wilden Mann“, dann behauptete er, er habe seine Frau mit deren Einverständnis getötet. Als dies widerlegt wurde, kam er mit der neuen Behauptung, er habe die Schüsse nur aus Versehen abgefeuert, da er den Mechanismus der Bronnigpistole, mit der er sich selbst habe erschießen wollen, nicht gekannt habe. Schließlich behauptete er, er wisse überhaupt nichts mehr. — Da Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit geltend gemacht wurden, wurde er in dem Roabiter Untersuchungsgefängnis auf seinen Geisteszustand untersucht. Zu der heutigen Verhandlung sind deshalb außer zahlreichen Zeugen Medizinalrat Dr. Hoffmann, Medizinalrat Dr. Leppmann, Medizinalrat Dr. Jaenide-Spandau und Privatdozent Dr. Förster vom Institut für Staatsarzneikunde als Sachverständige geladen. Für die Verhandlung sind vorläufig zwei Sitzungstage in Aussicht genommen, da die Beweisaufnahme sich sehr umfangreich gestalten dürfte. Ueber den Ausfall des Prozesses werden wir berichten.

Wer wird angeklagt?

Im August dieses Jahres wurde in Posen beim Bau der Wasserleitung der Arbeiter Soblowiak von dem Ingenieur Kleitner erschossen, weil er diesen angeblich bedroht haben soll. Da bei dem traurigen Vorgang auch noch andere Arbeiter beteiligt waren, hatte dieser ein Nachspiel vor dem Schöffengericht Posen. Angeklagt war aber nicht der Ingenieur Kleitner, sondern zwei Arbeiter, die den schließlichen Ingenieur angeblich bedroht haben sollten. Die beiden Angeklagten Dehmel und Trzyski, der erschossene Soblowiak und noch 16 andere Arbeiter hatten wegen schlechter Behandlung durch einen Aufseher die Arbeit niedergelegt. Als sie ihren Lohn abholen wollten, wurde dieser ihnen nicht ausgehändigt, weil sie zu spät gekommen waren. Der Erschossene und die beiden Angeklagten, die einen weiten Weg nach ihrer Wohnung hatten und den Weg noch einmal machen sollten, gerieten deshalb in begreifliche Erregung, wobei sie den Ingenieur mit einer Schaufel bedroht und auch einen Schlag über den Arm versetzt haben sollen. Soblowiak soll dann noch zu einem Schläge gegen den Ingenieur ausgeholt haben, worauf dieser seinen Revolver zog und S. über den Haufen schoss. Obwohl beide Angeklagte auf das bestimmte bestritten, gegen den Ingenieur tätlich gemordet zu sein, vielmehr sich nur gegen den Hund deselben zur Wehr gesetzt haben wollen, erfolgte dennoch ihre Verurteilung wegen Erpressung resp. Bedrohung zu 30 M. Geldstrafe bezw. 1 Monat Gefängnis. Gegen den Ingenieur ist bis jetzt noch keine Anklage wegen Erschießung eines Menschen erhoben worden.

Eine wichtige Konkurrenzklausele vor dem Reichsgericht.

Am Mittwoch erklärte in folgendem Rechtsstreit das Reichsgericht eine Konkurrenzklausele für nichtig. Der Kläger v. d. R. war, nachdem er die Staatsprüfung als Apotheker bestanden, fünf Jahre lang Chemie studiert und das Doktorexamen gemacht hatte und ein Jahr lang in der analytischen Chemie beschäftigt gewesen war, von der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik in Mannheim-Kockarau als Chemiker angestellt worden. Sein Gehalt betrug 2400 M. jährlich. Die Einstellung erfolgte zunächst vom 1. Januar 1905 bis 31. Dezember 1905 zur Probe, dann auf weitere drei Jahre. Die Paragraphen 4 bis 8 des Anstellungsvertrages befaßten sich mit der Konkurrenzklausele und bestimmten, daß Dr. v. d. R. zur Geheimhaltung aller Fabrikationsmethoden, Abgabebriefe, Geschäftsbeziehungen usw. verpflichtet ist, ferner, daß er während der nächsten fünf Jahre

nach Austritt aus der Fabrik in keine konkurrierende Fabrik in Deutschland, Frankreich, Belgien und der Schweiz eintreten darf und daß er weder selbständig Konkurrenz treiben, noch an einem Konkurrenzunternehmen direkt oder indirekt teilnehmen darf. Für den Fall des vorläufigen Zuwerdendens sollte eine Konventionalstrafe von 20 000 M. fällig werden, für die die Mutter des Klägers selbstschuldnerische Bürgschaft übernahm. Außerdem verpflichtete sich der Kläger durch Ehrenwort zur Einhaltung der vertraglichen Bestimmungen. Am 30. April 1908 wurde der Vertrag gelöst, weil der Kläger mehr Gehalt haben, die Beklagte aber nicht mehr bewilligen wollte. Die Parteien gingen in guten ausenander. Die Fabrik zahlte dem Kläger den Gehalt bis zum 30. September 1908 weiter. Später gab sie ihm auch Belgien und die Schweiz frei. S. bemühte sich jedoch vergebens, eine angemessene Stellung zu erhalten. Im Mai 1910 beteiligte er sich mit 80 000 M. des Vermögens seiner Mutter an der Gründung einer Düsseldorf-Zellulosefabrik. Als die Rheinische Gummi- und Zellulosefabrik unter Hinweis auf den Vertrag widersprach, erhob der Kläger die vorliegende Klage und begehrte Einschränkung der für den Ausschluß seiner Konkurrenz in Betracht kommenden fünfjährigen Frist auf zwei Jahre.

Das Landgericht Mannheim wies den Kläger mit seinem Anspruch ab. Dagegen schränkte das Oberlandesgericht Karlsruhe die Bindung des Klägers von fünf Jahren auf drei Jahre ein. In seinen Entscheidungsgründen führte das Oberlandesgericht aus, daß für die Beklagte große Werte in Betracht kamen und daß sie deshalb berechtigt gewesen sei, eine hohe Vertragsstrafe festzusetzen. Daß sie dem Kläger auch das Ehrenwort abgenommen habe, sei hier belanglos, weil der Vertrag auch ohne die Ehrenwörtliche Versicherung des Klägers zustande gekommen sein würde. Auch die Vertragsdauer verstoße soweit nicht gegen die guten Sitten, als sie das weitere Fortkommen des Klägers nicht unbillig erschwere. Da der Kläger in einem anderen Geschäft, ohne neu zu lernen, nicht unterkommen kann, sei die Einschränkung der Ausschlußfrist auf drei Jahre geboten.

Dieser Urteil hatte der Kläger durch Revision beim Reichsgericht angegriffen. Hier erzielte er einen durchschlagenden Erfolg. Der 3. Zivilsenat hob das Urteil des Oberlandesgerichts Karlsruhe auf und änderte das Urteil des Landgerichts Mannheim dahin ab, daß es die Paragraphen 4 bis 8 des Vertrages wegen Verstoßes gegen die guten Sitten für nichtig erklärte. Die gesamten Kosten des Rechtsstreites wurden der Beklagten auferlegt. Öffentlich findet das Urteil bald Nachfolger. Besonders chemische Fabriken suchen oft durch ähnliche Klauseln die Arbeitskraft bei ihren früheren Angestellten lahmzulegen.

Witterungsbericht vom 2. November 1911.

Stationen	Barometerstand am 0 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometerstand am 0 Uhr	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Bonn	767.5	SE	2	bed. bb.	5	Darmstadt	747.9	SE	2	bed. bb.	5
Darmstadt	767.5	SE	2	bed. bb.	5	Hamburg	745.0	SE	3	Regen	5
Hamburg	768.5	SE	1	bed. bb.	3	Leipzig	762.0	SE	3	bed. bb.	11
Köln	769.0	SE	1	bed. bb.	1	München	751.0	SE	4	heiter	7
München	770.0	SE	3	bed. bb.	0	Wien	767.0	SE	1	bed. bb.	1
Wien	770.0	SE	1	bed. bb.	2						

Wetterprognose für Freitag, den 3. November 1911.

Etwas wärmer, zunächst vielfach heiter bei ziemlich lebhaften südwestlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und leichter Regen. Berliner Wetterbureau.

Im Interesse Ihrer Gesundheit tragen Sie unser wetterfestes Herbst-Schuhwerk!

Unser Fabrikat vereinigt Solidität und Eleganz mit sprichwörtlicher Preiswürdigkeit.



CONDOR

Damen

Schnür- und Knopfstiefel, echt Box calf, M. 790

Schnürstiefel, la Box calf, moderne Charakterform, Derbyschnitt, mit und ohne Lackkappen 1050

Eislauf-Schnürstiefel, echt Box calf, Doppelsohle, Original-Goodyear-Welt M. 1250

Für empfindliche Füße:

Schnürstiefel, la Boxleder, Sealskinfutter, M. 875

Schnallenstiefel, l. Chromleder, gefüttert, M. 600

Schnürstiefel, Box calf, echt Lammfellfutter, M. 1250

Hauschuhe, mit Kamelhaar, 300 225 175 130 mit Filz- und Ledersohle . . . M.

Schnallenstiefel M. 400 300 235

Mädchen- u. Knaben-Schnürstiefel

Boxleder, moderne Form

Größe 25-26	27-28	29-30	31-32	33-34
M. 4.30	4.60	4.90	5.30	5.70

l. Chromleder, Derbyschnitt, Lackkappe, gestuppte Randschuh

Größe 25-26	27-28	29-30	31-32	33-34	35-36
M. 4.25	4.75	5.25	5.75	6.25	7.25

Knabenstiefel - extra stark Boxleder - mod. Form

Größe 26-27	28-29	30
6.30	6.60	6.90

Kamelhaarschuhel Filzschuhel

CONDOR-PATENT



Unsere Spezialität!

Condor-Patent-Herren-Schnürstiefel

ohne zu schellen

Das Ideal aller Bequemlichkeit

la Boxcalfleder M. 16.50 14.50 12.50

Fordern Sie unsere neue Herbst-Preisliste.

D.R.P. 174209



CONDOR

Herren

Schnürstiefel, Boxhorse, solid und elegant, M. 750

Schnürstiefel, echt Box calf, moderne Charakterform M. 1050

Schnürstiefel, echt Box calf, Doppelsohle — hervorragende Qualität M. 1250

Schnürstiefel, Rindleder, wasserdichte Derby-Sacklasche, unerreicht in Qual. und Preis, M. 890

Unser Orig.-Goodyear-Welt-Fabrikat Schnürstiefel mit Korksohlen für empfindliche Füße.

Schnallenstiefel, Boxleder, gefüttert, mit Zwischensohle M. 1090

Schnallenstiefel, la Box calf, echt Lammfellfutter, „das Warmste“ M. 1550

Conrad Tack & Cie. Schuhfabrik, Burg b. Magdeburg

130 Verkaufsstellen im Deutschen Reiche

davon in Berlin und Umgegend:

- | | | | | |
|----------------------------------|---------------------------|--------------------------|---------------------------|--------------------------|
| O, Spittelmarkt 15 (im Tellhaus) | NW, Wilsnacker Strasse 22 | N, Brunnenstrasse nur 37 | SO, Oranienstrasse 2a | Rixdorf: |
| O, Rosenthaler Strasse 14 | NW, Beusselstrasse 29 | N, Danziger Strasse 1 | SO, Wrangelstrasse 49 | Bergstrasse 30-31 |
| W, Potsdamer Strasse 50 | N, Friedrichstrasse 127 | O, Andreasstrasse 50 | SW, Friedrichstr. 240-241 | Potsdam: |
| W, Schillstrasse 16 | N, Müllerstrasse 3 | O, Frankfurter Allee 128 | Charlottenburg: nur Wil- | Brandenburger Strasse 54 |
| SW, Turmstrasse 41 | N, Reinkendorfer Str. 23 | SO, Oranienstrasse 32 | mersdorfer Str. 122-123 | |

13. u. 14. Kommunal-Wahlbezirk.

Freitag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 58-59:

Öffentliche Versammlung

Tagesordnung:

„Wen wählen wir?“ Referent: Stadts. Pfannkuch.
Ansprache der Kandidaten für den 13. und 14. Kommunalwahlbezirk, der Genossen Dr. Jabel und Kaufmann Alexander Fröhlich, 214/4 Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Verwaltung Berlin.

Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel- ufer 14/15, Saal 4 (Arbeitslosensaal):

Sitzung der Ortsverwaltung.

Freitag, den 3. November 1911, abends 8 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstr. 21:

Sichtbilder-Vortrag

über

„Unfallgefahr u. Arbeiterschutz in der Holzindustrie.“

Die Maschinenarbeiter in Berlin und den Vororten sind hierzu ganz besonders eingeladen. Die Ortsverwaltung.

Montag, den 6. November:

Mitglieder-Versammlungen.

Bezirk Rixdorf.

Sonnabend, den 4. November, in Goppes Festsälen (Zub.: Bartsch), Hermannstr. 49:

Herbst-fest

Konzert, Theater, Vorträge.

Anfang 8 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Nach der Vorstellung: Tanz.
Billets in den Gaststätten in Rixdorf.

Branche der Kistenmacher.

Sonnabend, 4. November, abends 8 Uhr, bei Doeker, Weberstraße 17:

Herbst-Vergnügen.

Billets a 30 und 50 Pf. sind bei den Kommissionsmitgliedern und im Lokal von Doeker zu haben. Die Branchenkommission.

Schirmnäherinnen und Schirmmacher!

Montag, den 6. November 1911, abends 8 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58-59:

Öffentliche Versammlung

aller in der

Schirmindustrie tätigen Arbeiterinnen und Arbeiter.

Tagesordnung:

1. Die Forderung und die Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter der Schirmindustrie. Referent: Kollege Gildesbrandt. 2. Diskussion. 3. Der Streik in der Berliner Schirmindustrie.

Zentralverband der Lederarbeiter.

Filiale Berlin I.

Sonntag, den 5. November 1911, vorm. 10 Uhr, Prinzenallee 33:

Versammlung

Tagesordnung: 1. Verbandsangelegenheiten. 2. Verschiedenes. Sachlichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Gänse! Gänse!

sowie sämtliche Gänse-Artikel täglich frisch und in großer Auswahl.
Gänsestückenfleisch a Pfd. 40 Pf., Gänseleberwürstchen a Stck. 10 Pf., la Gänsefleisch, garantiert rein, a Pfd. 1,20 M. 157/3
Geräucherte Gänsekeulen mit und ohne Knochen.
H. Schlack- und Salamiwurst a Pfd. 1,20 M. usw.

Hermann Leißner, Berlin C., Klosterstr. 95,

Eckhaus Kaiser-Wilhelmstr. 11. Zentral-Markthalle Stand 26.

Neu für Berlin! **Fleisch-Auktion** für Neu Berlin!
in Stücken von 5 Pfund aufwärts

Kaiser-Wilhelmstraße 21,
Ecke Dirksenstraße, am Bahnhof Alexanderplatz

Täglich: Vormittags 9 bis 10 Uhr,
Nachmittags 5 bis 7 Uhr.

Zur Auktion kommen

sämtliche Sorten Fleisch aus dem Inland sowie aus Dänemark, Schweden und Holland. 157/1*

Anfang: Freitag, den 3. November, nachmittags 5 Uhr.

Vierter Wahlkreis.

Freitag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr

5 öffentl. Kommunalwählerversammlungen

Für den 10. Kommunalwahlbezirk

im Lokal Südost, Waldemarstr. 75.

Referent: Kandidat Stadtverordneter Ludwig Tolksdorf.

Für den 15. Kommunalwahlbezirk

im Saale der Alhambra, Wallner-Theaterstr. 15.

Referent: Stadtverordneter Max Grunwald. Ansprache des Kandidaten Stadtverordneter Waldeck Manasse.

Für den 21. Kommunalwahlbezirk

im Lokal Esthium, Landsberger Allee 40/41.

Referent: Kandidat Stadtverordneter F. Wilke.

Für den 23. Kommunalwahlbezirk

im Schweizergarten, Am Friedrichshain.

Referent: Kandidat Stadtverordneter Hugo Heimann.

Für den 25. Kommunalwahlbezirk

in den Königssälen, Neue Königstr. 26.

Referent: Stadtverordneter Adolf Hoffmann.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Vor der Entscheidung. 2. Diskussion.

Um zahlreichen Besuch wird ersucht

Der Vorstand.

Bolero

Caruso

Selowsky-Cigaretten

als erstklassig anerkannt!

Zenith

Victoria

Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz. 10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Zigarren-W. Herbst

Fabriken gegr. 1862. - Tel.: IV. 3878. BERLIN SW., Ritterstr. 83. Erstklassige Ware. Zigarrenhändlern besonders empfohlen. Tarifarbeit.



Vorzüglichen Astrachaner Caviar

pro Pfund 7,-, 9,-, 11,- bis 24,- M.
Oelsardinen, Neunaugen, Bratheringe, Sprossen billigst!
V. & A. Hucke, Kaiser-Wilhelm-Straße 21,
Caviar und Räucherfisch engros und Verlanb.

H. Esders & Dyckhoff

an der Petrikirche Gertraudenstraße 8/9 an der Petrikirche

Herren- und Knabenkleidung

Besonderes Angebot!

Fertige Jünglings- und Knaben-
Ulster und Anzüge.

Jeder Handwerker, jeder Arbeiter

kauft seine Kleidung in dem größten Spezialgeschäft von
Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung für jeden Beruf.
Hauptgeschäft: Alexanderstr. 28. Filialen: Rosenthaler Str. 63. Gde. Seimelstr. 10; Landsberger Allee 148, am Friedrichshain; Rixdorf: Regstr. 66, am Ringbahnhof.

Krankentasse der Personen-, Lohn- u. Fuhrwerks-Zunung zu Berlin.

Dirksenstraße, Stadtbahnhof 110.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 13. November 1911, abends 9 Uhr, findet im „Präsidenten“, Wappenstein, Dirksenstraße, Stadtbahnhof 110, eine

Außerordentliche General-Versammlung

der Delegierten statt.

Tagesordnung:
1. Wahl eines ausgedehnten Vorstandes (23 Mitglieder) (§§ 37 und 38 des Statuts).
2. Wahl der Rechnungs-Prüfungs-Kommission.
3. Annahme der Jahresrechnung.
4. Konstituierung des Krankentassen-Vorstandes.

Berner findet an demselben Tage, abends 10 Uhr, eine

Ordentliche General-Versammlung

der Delegierten statt. 206/7

Tagesordnung:
1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung für 1911.
2. Neu- bzw. Wiederaufnahme der ausgetretenen Vorstandsmitglieder.
3. Statutenänderung der §§ 11, 12, 19 und 20.
4. Konstituierung des Krankentassen-Vorstandes.

Wahlberechtigt sind alle diejenigen, welche das 21. Lebensjahr vollendet haben, sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und bei einem Zunungsmitgliede beschäftigt sind.

Der Vorstand.

G. H. G. Rose, Vorsitzender.

Orts-Krankentasse der Hadler und Siebmacher zu Berlin.

Sonnabend, den 11. Nov. 1911, abends 8 Uhr, im Lokal von Wollschlager, Adalbertstr. 21:

Ordentliche General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Wahl des Vorstandes (2 Arbeiter, 2 Arbeitnehmer). 279/18
2. Berichten der Protokolle.
3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnungen pro 1911.
4. Verschiedenes.

Die Herren Arbeitgeber wählen um 8 Uhr, die Arbeitnehmer um 8 1/2 Uhr.

Nach Schluß der Wahlen findet zur Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung eine gemeinsame Versammlung statt.

Berlin, im November 1911.

Der Vorstand.

Rob. Schmidt, Vorsitzender.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität. Ortsgruppe Berlin.

Wegen der Stadtverordnetenwahl fallen am Sonntag, den 5. Novbr., sämtliche Touren aus.

Wir erwarten, daß sich die Mitglieder vollständig zur Wahlarbeit einfinden. Treffpunkt vormitt. 8 1/2 Uhr in nachstehenden Lokalen:

- 1., 2., 8. Abteilung bei Biemer, Balowstraße 58;
- 3., 4., 5. Abteilung bei Reyer, Oranienstraße 108;
- 6., 7., 9., 11. Abteilung bei Obiglio, Schwedter Str. 23-24.

Sichtenberg und Umgegend!

Nachmittags 2 Uhr bei Griek, Pfarrstraße 74:

Außerordentliche General-Versammlung.

Fahrrad-Haus „frisch auf“

Brunnenstr. 33

Filiale: Kottbusser Str. 9.

Unserer werben Kundenschaft zur Nachricht, daß von jetzt ab die Geschäfte des Sonntags nicht mehr geschlossen sind, und bitten wir höflich, dies zu berücksichtigen.

Tischlerverein. E. N. 89.

Sonnabend, den 4. November, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:

Versammlung.

Vortrag. Vereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. 199/8 Der Vorstand.

Offertiere in nur frischer, schöner Ware Nur ein Preis!

Fette Gänse 0,68

7-12 Pfund schwer. 112/2*

Nur allererste Qualität

Gänserümpfe, halbe Gänse.

Fette Suppenhähner, 1/2 Hahn, 1/2 Hühner. F. Wagner, 20. Mariannenstr. 24.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste

Folgende Lokale stehen der Partei und den Gewerkschaften zu den abekannteten Bedingungen zur Verfügung:

Im 2. Kreis: Das Lokal „Etablissement Königs Hof“, Inhaber Otto Vogel, Bülowstr. 87.

Im 6. Kreis: Das Lokal von Karl Voese, Festfale, Gartenstraße 8 und das Lokal „Restaurant Bürgergarten“, Inhaber Walter Müller, Brunnenstr. 36.

Aus Charlottenburg wird uns mitgeteilt, daß das Charlottenburger Männerquartett am 8. November in Schmidts Festfale, Berliner Straße 105, sein erstes Stiftungsfest feiert. Da uns das Lokal zu Versammlungen verweigert wird, aber Willkür in Turn- und Sportvereinen angeboten werden, bitten wir, dieselben zurückzuweisen. Die Lokalkommission.

Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine wichtige Flugblattverbreitung statt. Gleichzeitig machen wir die Genossen darauf aufmerksam, daß sich jeder am Sonntag früh 8 Uhr in seinem Wahllokal einzufinden hat.

Lichtenberg. Sonnabend, den 4. November, findet im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6, das Herbstfest des Bezirks Lichtenberg statt. Mitwirkende: Neues Tonkünstler-Orchester (Dirigent Franz Hölzfelder), Margarete Balkotte: Nieder und Dichtungen, und Johannes Cotta: Humoristischer Rezitator eigener Dichtungen. Willkürs sind bei sämtlichen Bezirks- und Gruppenführern zu haben.

Stralau. Die Bücherausgabe erfolgt von Sonnabend, 4. November, abends von 7-8 1/2 Uhr, ab Markgrafendamm 6 bei Schmidt. Der Jahlabend am 8. November findet für den 8. und 4. Bezirk gemeinschaftlich beim Genossen Schmidt, Markgrafendamm 6, statt.

Borghagen-Rummelsburg. Die Besichtigung der genossenschaftlichen Anlagen in Lichtenberg kann umständehalber nicht am 8. November, sondern erst am 19. November stattfinden. Die Bezirksleitung.

Nieder-Schöneweide. Sonntag vormittag 9 1/2 Uhr: Handzetteldruckerei von den Bezirkslokals an. Der Vorstand.

Mariendorf. Am Sonntag, den 5. November, mittags 2 Uhr, findet in unserem Agitationsort Blankenfelde in der Nähe des Bahnhofs eine Versammlung unter freiem Himmel statt. Referent Genosse Zubeil. Früh 8.50 Uhr treffen sich die Genossen am Mariendorfer Bahnhof zur Handzetteldruckerei. Abfahrt zur Versammlung mittags 1.50 Uhr. Der Vorstand.

Bernau. Sonntag, den 5. d. Mts., vormittags 9 Uhr, beim Genossen Salzmann: Außerordentliche Mitgliederversammlung mit wichtiger Tagesordnung. Vor der Versammlung werden Beiträge kassiert. Die Bezirksleitung.

Wandlitz-Bad und Umgebung (Bezirk Pantow). Am Sonntag, den 5. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, findet bei Laßan (Gefellwäldchen Wandlitz) eine öffentliche Versammlung statt. Thema: „Teuerung und Reichstagswahl“. Referent Genosse Rob. Bahn. Berlin. — Agitiert für Massenbesuch dieser Versammlung. Die Agitationskommission.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Gelegentlich der Errichtung einer vierten Oberrealschule mit angegliedertem Reform-Realgymnasium in Noabit will der Magistrat eine Vorschule einrichten. Diese Einrichtung führte gestern zu einer längeren lebhaften Debatte. Für die sozialdemokratische Fraktion legte Genosse Dr. Kronsdar, daß die Vorschulen Ständeschulen seien und der Freisinn diesen Ständeschulen selber ablehnend gegenüber stünde. Im Abgeordnetenhaus hätten freisinnige Abgeordnete die Vorschulen als Ueberbleibsel aus reaktionärer Zeit gekennzeichnet. Die Freisinnigen sollten ihr Prinzip im vorliegenden Falle auch zur Ausführung bringen. Ihre Wortführer, die Herren Cassel, Sonnensfeld, Glagel, einschließlich des Stadtschulrates, hielten Verteidigungsreden für den Unfall. Es fehle heute an einem organischen Aufbau des Schulwesens und deshalb müsse man das freisinnige Prinzip in die Ecke stellen. Damit beruhigten die Herren ihr Gewissen und stimmten der Einrichtung der Ständeschule zu. Es könnte ja auch sonst kommen, daß diese Leute ihre Kinder in die Gemeindeschule schenken müssen und da ist es doch häßlich, wenn diese Kinder neben Arbeiterkindern sitzen.

Eine kleinere Debatte entspann sich noch bei der Vorlage der kostlosen Ueberlassung eines Grundstücks an der Schönstedtsstraße an die Aktiengesellschaft „Berlin“ zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin und zur Erbauung eines Ledigenheims. Der Vorlage wurde zugestimmt.

In der Sitzung des Kuratoriums der städtischen Heimstätten vom 1. d. Mts. wurde unter anderem beschlossen, bei weiterer Rückgang der Belegung der Heimstätten zwecks Kostenersparnisse die Heimstätten zu Blankenfelde vom 1. Dezember 1911 bis 1. März 1912 zu schließen. Trotz aller Hinweise, daß die Heimstättenpflege im Winter mindestens den gleichen, wenn nicht gar einen größeren Erfolg hat als im Sommer, ist das Bescheid gegen Winterkuren nicht zu befehlen. Dabei treten auch jetzt wieder bei allen Heimstätten wie in früheren Jahren freie Betten in Erscheinung. Das Kuratorium ist der Ansicht, da sowohl in Rathow und Blankenfelde druckranke Frauen, in Blankenburg ferner noch Frauen mit geschlossener Tuberkulose versorgt werden, kann die Heimstätte Blankenfelde mit Ablauf des November ohne Nachteil für die Aufnahmefähigkeit bis zum Frühjahr geschlossen werden.

Von unseren Genossen ist früher wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die Erhöhung der Vllgegeldsätze für die Heimstätten nicht ohne nachteiligen Einfluß auf die Benutzung geblieben ist.

Zum Tode des Ersten Staatsanwalts Steinbrecht wird uns geschrieben: Dem Nachruf, den der „Vorwärts“ unserem „Freunde“ Steinbrecht gewidmet hat, möchte ich folgendes anfügen:

Es ist allerdings richtig, daß Steinbrecht gegen unsere Partei und gegen unsere Partei-Redaktion mit wütendem Antosifer und mit jureiter Überaus hohen Strafandrohungen zu operieren pflegte; er lebte eben „voll und ganz“ seinem Verhasst und glaubte, seinen „staatsbehaltenden“ Aufgaben und Pflichten nicht besser gerecht werden zu können, als indem er Sozialdemokraten zu möglichst hohen Freiheitsstrafen zu verurteilen suchte, was ihm übrigens oft genug vorbei gelang, da seine juristische Intelligenz nicht übermäßig groß war.

Auf der anderen Seite darf nicht verschwiegen werden, daß Steinbrecht eine bei preussischen Ersten Staatsanwälten recht selten anzutreffende Portion Anstandsgefühl aufzubringen wußte, wenn er auf Vergehen oder Verbrechen hingewiesen wurde, deren Urheber er als — preussischen Beamtenum fahen! Charakteristisch ist ein Vorgang aus der jüngsten Zeit, der mir Steinbrechts Tod gerade jetzt als außerordentlich bedauerenswert erscheinen läßt: Wegen angeblicher Verleumdung der Berliner Kriminalpolizei durch den Ausdruck „Anspiegelgarde“ stand am 28. September d. J. Genosse

Wermuth unter Anklage, die von Steinbrecht vertreten wurde. Von den namens der Staatsanwaltschaft geladenen Zeugen — etwa 80 Kriminal- und Uniform-Schulgenteu — kamen etliche auf Grund der beschworenen Aussagen der Zivilzeugen sehr böse ins Gedränge. So wurde z. B. von fünf oder sechs dieser Zeugen und Zeuginnen unter Eid bekundet, daß sie, die sämtlich im Hause des zuständigen Wedding-Polizeireiters wohnten, sowohl in den betreffenden Nächten als auch vorher und nachher sehr oft auf der Polizeiwache jämmerliches Hilsegeschrei von Arrestanten hörten, und ein Zeuge bekundete: daß er seine Wohnung gekündigt habe, weil er den Jammer nicht länger mitanhören konnte!

Vereidigte Bewohner desselben Hauses bezeugten, daß sie an einem der Weddingtage gesehen haben, wie ein alter Mann von 8 (drei) Schulgeuten arreziert und auf der Treppe von den Beamten unheimlich über den lahlten Schwädel geschlagen wurde! Einem Hausbewohner, der gegen diese Barbarei protestierte, wurde mit der gleichen Behandlung gedroht, wenn er nicht „das Maul“ halte! Die Schulgeute bestritten das alles.

Ferner: Ein gutes halbes Duzend Zeugen und Zeuginnen sagten einem bestimmten Kriminalschutmann mit der größten Sicherheit und Gewißheit und zu wiederholten Malen auf den Kopf zu, daß er sich unter den atandierenden Beamten befunden, daß er mit dem Stof dreingeklagen habe usw. Allen diesen unzuverlässigen Aussagen gegenüber erklärte der betreffende Schutmann: Die Zeugen und Zeuginnen sagten die Unwahrheit! Die Situation lag ganz klar so: daß entweder all' die vielen unbescholtenen Zeugen Meineide geschworen hatten, oder aber der eine Schutmann, der übrigens auf die Frage des Verteidigers (Wolfgang Heine) nach seinen disziplinarischen Vorstrafen wegen Mißhandlung usw. die Auslage verweigerte!

Angehts dieser Sachlage erklärte Staatsanwalt Steinbrecht damals, daß er sowohl die Mißhandlungsangelegenheit (Polizeiwache Wedding) nebst den sich in dieser Angelegenheit diametral widersprechenden Aussagen der Hausbewohner und der Beamten als auch die Angelegenheit des oben erwähnten Kriminalschutmanns von Staatsanwalts wegen untersuchen werde! Nach Schluß der Verhandlung begab sich Steinbrecht sogar in den Zeugenankraum und stellte die Adressen von Zeugen und Zeuginnen fest, auf die er sich in den beiden anhängig zu machenden Verfahren zu berufen gedachte.

Herr Steinbrecht ist tot. Wir wollen hoffen, daß sein Nachfolger dieses Nachspiel zum Wedding-Wermuth-Prozess nicht etwa in den Akten lang- und langlos verankern läßt. Es liegt im Interesse der Öffentlichkeit und der öffentlichen Sicherheit, daß die Staatsanwaltschaft jenes Erbe Steinbrechts so bald wie möglich antritt!

Aus der Kanalverwaltung.

Die Deputation für die Kanalisationswerke und Güter Berlins hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit einem Antrage auf Erhöhung der Löhne der Gutsarbeiterinnen zu beschäftigen. Diese erhalten jetzt einen Lohn von täglich 1.20 M. im Sommer und 0.80 M. im Winter. Den Antrag unserer Genossen, den Lohn der Arbeiterinnen analog dem der männlichen Gutsarbeiter zu erhöhen, lehnte man mit der Begründung ab, daß die Arbeiterinnen im Sommer meist Akkordarbeit verrichten und dabei 8 bis 4 M. pro Tag verdienen, ihnen also mit einer Lohnerhöhung nicht gedient sei. Es kam danach nur eine Erhöhung des Winterlohnes in Frage, und wurde dieser um 20 Pf. erhöht. Er beträgt jetzt pro Tag 1 M. Gleichzeitig wurde betont, daß diese Erhöhung erst im neuen Staatjahr eintreten könnte, da zur sofortigen Erhöhung, wie sie von unseren Genossen gefordert wurde, kein Geld vorhanden sei. Darauf fragte unser Vertreter, ob denn nun die männlichen Arbeiter vom 1. November ab die beschlossene Lohnerhöhung erhalten würden. Die Frage wurde unter Hinweis auf die unzureichenden Mittel des Staats verneint. Außerdem meinte man, würden diese Arbeiter von der Teuerung gar nicht betroffen, da ihnen ja alle Lebensbedürfnisse, die infolge der schlechten Ernte in diesem Sommer eine Preiserhöhung erfahren hätten, als Deputat geliefert würden.

Ein Uebelstand, der sich in einzelnen Gutsverwaltungen breit macht und von den Arbeitern schmer empfunden wird, ist der, daß kranken Arbeitern der ihnen zustehende Zuschuß zum Krankengeld — die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf die Dauer von sechs Wochen — nicht allmähentlich ausgezahlt wird, sondern erst nach überhandnender Krankheit. Oft ist erst die Einreichung eines Gutgesuchtes notwendig. Unsere Vertreter verlangten, daß den Arbeitern dieser Zuschuß wöchentlich ausgezahlt wird und die Gutsverwaltungen dahin belehrt werden, daß dieser Zuschuß ein dem Arbeiter zustehendes Recht ist, welches er nicht erst erbitten muß. Dem Verlangen unserer Genossen soll Rechnung getragen werden.

Weiter verlangten unsere Vertreter, daß die Vertriebskrankenkasse der Stadt Berlin auch freie Krankenhausbehandlung und die Viersetzung von Heilmitteln, Gradbänder, Bandagen, Milch usw. gewähren soll und das Statut dahingehend geändert werden möge. Bei der Bearbeitung der Statuten nach Maßgabe der Reichsversicherungsordnung soll unser Antrag Berücksichtigung finden.

Drei Pfennig Zulage pro Jahr ist zuviel für die Handwerker des städtischen Vieh- und Schlachthofes, sie könnten bei 50 Pf. pro Stunde Anfangslohn zu fett werden, eine Befürchtung, die jetzt durch die „wohlfelien“ Rohungsmittelpreise sehr nahe liegt. Daher lehnte das Kuratorium gegen die Stimme unseres Vertreters und eines einzigen bürgerlichen Stadtverordneten diesen Antrag, der vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter gestellt war, ab. Dieser eine bürgerliche Stadtverordnete, der selbst Unternehmer ist, stimmte dafür, da er angeblich meinte, daß ein Privatunternehmer für den Lohn, den er angeblich den Vorarbeitern zable, keinen solchen besäme.

Man beklagt die unangenehme Forderung damit, daß man erkläre, eine solche grundsätzliche Verringerung der Lohnsätze, die in drei Jahren statt fünf Pfennig neun Pfennig Zulage ergeben, müßte dem Magistrat vorgelegt werden, und dieser hätte jetzt keine Keigung, „ich on wieder“ die allgemein festgesetzten Lohnsätze zu ändern. (Jedenfalls wegen der vorhandenen Teuerung!) Man wolle „nach Maßgabe der im Etat vorhandenen Mittel“ leben, wie weit man den Wünschen der Handwerker nach festen Normen Rechnung tragen könne. Hoffentlich wird den Arbeitern die Zeit nicht zu lang, bis die „vorhandenen Mittel aus dem Etat“ in ihre Tasche gelangen.

Bezeichnend ist, daß einer der Herren Stadtverordnete einfach den Vorschlag machte, statt „so teuere Stundenlöhne“ zu bezahlen, lieber die Arbeiten von einem Privatunternehmer herstellen zu lassen, wodurch „wir billiger fortkämen“. Von sozialdemokratischer Seite wurde dann festgestellt, daß ein Privatunternehmer höheren Stundenlohn seinen Handwerkern zahlen müßte, außerdem auch noch Unternehmerrisico beanpruchte. Schließlich mußte wieder der alte Vorwand herhalten: „die städtischen Arbeiter hätten das ganze Jahr Arbeit und keine arbeitslosen Pausen und könnten deshalb billiger arbeiten respektive mit der bestehenden Ablohnung zufrieden sein; eine Argumentation, die von unserem Vertreter ganz energisch zurückgewiesen wurde mit dem Hinweis, daß er noch nie ein solches Argument bei der Romierung der Beamtengehälter gehört habe. Die Arbeiter mögen es sich merken!

Für die Verkaufszeit am diesjährigen Heiligen Abend hat der Polizeipräsident eine Verfügung erlassen, nach der die Geschäfte am 24. Dezember, der in diesem Jahre auf einen Sonntag fällt, nachmittags bis 4 Uhr zu verkaufen werden geöffnet bleiben.

Dagegen wendet sich der Verband Berliner Spezialgeschäfte und verlangt die Ausdehnung der Verkaufszeit bis 7 Uhr abends. Wir glauben nicht, daß für diese Verlängerung ein Bedürfnis vorliegt.

Für den städtischen Seefischverkauf ist nunmehr, wie wir wiederholt als notwendig forderten, endlich auch die Markthalle in der Ackerstraße hinzugenommen worden. In allen zehn Markthallen, wo jetzt Mittwoch- und Donnerstags Fische verkauft werden, sind die Verkaufsstände von 8 bis 1 Uhr geöffnet. Die Zufuhr ist nunmehr im allgemeinen ausreichend; man tut aber doch gut, sich nicht auf die letzten Verkaufsstunden zu verlassen.

Gingerichtet wurde gestern morgen in Blödensee der 25 Jahre alte Arbeiter Albert Hartmann aus Veltin, über dessen Tat wir seinerzeit ausführlich berichteten. Hartmann war im Januar dieses Jahres bei dem Bau der Bankower Wasserwerke beschäftigt, wurde dort aber entlassen. Seiner Frau kündete er vor, daß er immer noch Arbeit habe. Um sich nun nicht offenbaren zu müssen, weil er nichts für die Wirtschaft abgeben konnte, ermordete er am Sonnabend, den 28. Januar, die 29 Jahre alte Arbeiterfrau Pauline Gorgolewski geboren Hennig, deren Mann auf der Werder-Ziegelei bei Stolpe beschäftigt war. Er lauerte ihr auf, als sie von der Ziegelei auf einem Feldwege zum Einkaufen nach Stolpe ging, erdrosselte sie und schlepte ihre Leiche in ein Gebüsch, wo sie am Sonntag morgen gefunden wurde. Der Mörder er, entete nur zehn Mark. Am 7. Juli dieses Jahres wurde er vom Schwurgericht des Landgerichts III zum Tode verurteilt. Vorgestern nachmittags um 1 Uhr teilte ihm in seiner Zelle im Untersuchungsgefängnis zu Noabit ein Gerichtsschreiber unter Zeugen mit, daß der König von seinem Recht der Vergnügung keinen Gebrauch gemacht habe. Hartmann wurde nach der Rörbergele im Jugendflügel der Strafanstalt Blödensee gebracht. Gestern morgen um 7 Uhr wurde das Urteil vollstreckt. Gleich darauf teilten Säulenanschläge der Einwohnerschaft die vollzogene Hinrichtung mit.

Eine Familientragödie hat sich in der Kugsburger Straße 29 abgepielt. Die 38 Jahre alte Schlächterfrau Dreher hat Mittwoch nachmittags sich und ihre beiden drei und vier Jahre alten Söhne mit Gas zu vergiften versucht. Sie ist aber zum Glück mit ihren Kindern außer jeder Gefahr. Sie konnte schon gestern aus der Charité zu ihrer Vernehmung nach dem Polizeipräsidium abgeholt werden. Frau Dreher erklärt, daß sie sich um den Tod eines sechsjährigen Töchterchens, das vor 14 Tagen starb, sehr gräme, vollends zur Verzweiflung habe sie ihr Mann mit der Verschuldigung getrieben, daß sie an dem Tode dieses Kindes mitschuldig sei. Ihr Mann habe sie auch sonst schon seit einem Jahre schlecht behandelt, wohl unter der Einwirkung eines Magenleidens, das ihm Schmerzen bereite und ihn arbeitsunfähig mache. Den Vorwurf, daß sie selbst zu dem Tode ihres Kindes beigetragen habe, könne sie nicht überleben. Deshalb habe sie in Abwesenheit ihres Mannes und ihrer ältesten Tochter, der sie eine Stellung als Schlächtermamsell verschafft habe, mit ihren beiden Söhnen sterben wollen. Die Frau wurde wegen versuchten Mordes dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Die beiden Knaben, die in der elterlichen Wohnung geblieben waren, sind schon wieder wohl auf.

Einen lobnenden Griff machten gewerbdmähige Langfinger vor einigen Tagen auf dem Leichter Bahnhof in die Tasche eines Bankdirektors aus München. Sie wandten den allen und beliebten Trick der künstlichen Rempelei an und erbeuteten eine Brieftasche mit fünf Hundertmarkscheinen und mehreren Ausweispapieren des Betroffenen. Zwei der Geldscheine sind ganz neu. Wahrscheinlich gehören die Täter zu einer Bande, von der zwei Mitglieder zum Tage später vor der Darmstädter Bank am Schinkelplatz mit demselben Kniff einem Kassenboten 1200 M. in Papiergeld und einen Scheck über 582 M. abnahmen. In beiden Fällen war ein etwa 40 Jahre alter, mittelgroßer, fleischfarbiger Kerl tätig. Der Spielgeselle ist augenscheinlich jedesmal ein anderer gewesen. Wenigstens wird er sehr verschieden beschrieben.

Unfall oder Verbrechen? Ein bisher noch nicht aufgeklärter Leichenfund beschäftigt zurzeit die Polizeibehörde von Zehl. Nahe der Bahnstation Hermsdorf wurde gestern morgen die Leiche einer etwa 40jährigen Frau gefunden, der der Kopf vom Kumpi getrennt war. Bahnarbeiter, die die Leiche aufgefunden hatten, benachrichtigten die Polizei, welche sofort Recherchen anstellte. Die Annahme, daß die Frau aus einem Borortzug gestürzt ist, dürfte wenig wahrscheinlich sein, da der Leichnam keine anderen Verletzungen aufweist. Man kann eher mit der Möglichkeit eines Selbstmordes rechnen. Jemandem welche Schriftstücke, die über die Verhältnisse der Unbekannten Aufschluß geben könnten, wurden bei der Leiche nicht vorgefunden.

Ein „Wells“krankenliste geschlossen. Die eingeschriebene Hilfskasse „Deutsche Krankenunterstützungsliste zu Bochum, früher zu Berne“ vor deren Beitritt der Regierungspräsident zu Arnberg bereits Ende Dezember 1910 gewarnt hatte, ist von dem Bezirksausschuß zu Arnberg am 27. September 1911 geschlossen worden.

Ein Straßenbahnunfall ereignete sich am Mittwochabend an der Ecke der Grünauer und Reichenerger Straße. Dort wollte der 16jährige Max Schmidt, Forster Straße 51 wohnhaft, vor dem Motorwagen 1856 der Linie 94 die Gleise überqueren, wurde jedoch angefahren und geriet unter den Motorwagen. Mit Hilfe von Passanten hob man das Gefährt an und zog den Verletzten, der einige Fleischwunden am Knie und über dem Auge davongetragen hatte, hervor. Sch. wurde nach der Unfallstation und dann in seine Wohnung gebracht.

Eintrittskarten zu Kunstausstellungen. Zu nachstehend bezeichneten Kunstausstellungen stehen der organisierten Arbeiterschaft Eintrittskarten zum ermäßigten Preise von 25 Pf. zur Verfügung. Die Organisationen können die Karten im Bureau des Gewerkschaftshauses in Empfang nehmen. Einzelne Karten werden bei Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Zigarrengeschäft von Dorsch, Engelauer 15, ausgegeben: Paul Cassirer, Viktoriastraße 85, Jutzfreie Kunstschau, Potsdamer Straße 80/80a.

Besteht ist die Persönlichkeit des Mannes, der vorgestern nachmittags vor dem Hause Breslauer Straße 5a hilflos aufgefunden wurde und auf dem Wege nach der Hilfswache am Grünen Weg starb. Es ist ein 46 Jahre alter Wilhelm Reinhardt, der den Spitznamen „Jockey-Wilhelm“ führte. Seine Wohnung ist nicht bekannt. Reinhardts Frau lebt getrennt von ihm in Treptow.

Polizeilich beschlagnahmt wurde die Leiche der 78 Jahre alten Rentenermpfängerin Johanna Görlig, die seit 80 Jahren in der Frankfurter Allee 128 im Quergebäude für sich allein eine Stube bewohnte. Die Greisin kränkelte seit einigen Wochen. Eine Nachbarn pflegte sie. Als sie gestern morgen wieder zu ihr kam, fand sie sie tot im Bette liegen. Ein Arzt, der jetzt gerufen wurde, konnte die Todesursache nicht feststellen.

Ein gefährlicher Fabrikbrand kam gestern abend 6 1/4 Uhr in der Schwedter Straße 258 im Norden Berlins zum Ausbruch. Im Quergebäude befanden sich dort die Tischlereien und Lageräume der Möbelfabrik für Innenarchitektur von G. Courtois und der Sofagestellfabrik von Erich Kreier. Das Feuer entstand im Maschinenraum, der im Erdgeschoß liegt, und griff in kurzer Zeit auf die Tischlereien über. Die sofort erschienene Feuerweh unternahm einen Löschangriff mit vier Schlauchleitungen. Da das Feuer aber an den großen Holzbeständen überreichliche Nahrung fand, dauerte es fast eine Stunde, ehe die Gewalt des Brandes gebrochen war. In den Tischlereien wurde großer Schaden angerichtet. Die vollständige Ablösung und die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die späten Abendstunden hin.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung gab es am letzten Mittwoch zunächst ein kleines Beispiel. Der fastjam bekannte Stadtverordnete Bander hatte in der vorangegangenen Sitzung, als unser Genosse Geyer die Forderung der Lohnzahlung am Freitag begründete, den ihn charakterisierenden Widerspruch gemocht: „Dann sind die Arbeiter Sonnabends besoffen!“ Der Zwischenruf war sowohl von unseren Genossen als auch von dem Vorsitz überhört und nicht deutlich genug verstanden worden, so daß es uns nicht möglich war, die darin liegende Herabsetzung der Arbeiter sofort zurückzuweisen. Genosse Piesch holte das Veräumdete jetzt, wo der stenographische Bericht der Sitzung vorlag, gründlich nach, er gab namens der Fraktion eine Erklärung ab, die darin gipfelt, daß die Arbeiter zu hoch stehen, als daß wir es nötig hätten, sie gegen solche Angriffe in Schutz zu nehmen. Anstatt daß Herr Bander seinen Zwischenruf zurücknahm oder sich wenigstens entschuldigte, erging er sich in fortgesetzten neuen Angriffen auf die Sozialdemokratie, deren Erklärung gegen ihn er als Wahlwunde bezeichnete. Der Zwischenfall an sich ist durch die Debatte erledigt, die Charlottenburger Arbeiter aber sollten es sich doppelt und dreifach überlegen, ob sie nicht Herrn Bander und seinen Freunden die gebührende Antwort erteilen, indem sie am Sonntag Mann für Mann für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen und auf diese Weise zur Stärkung der sozialdemokratischen Fraktion beitragen.

Von den Beratungsgegenständen interessiert am meisten ein sozialdemokratischer Antrag, der den Magistrat ersucht, der Errichtung eines kommunalen Leihhauses in Charlottenburg näher zu treten. In der Begründung wies Genosse Vogel auf die Vorgeschichte des Antrages hin. Der Magistrat sei bereits im Jahre 1903 ersucht worden, in Erwägung zu ziehen, ob die Errichtung eines Leihhauses für Charlottenburg notwendig und nützlich ist, und wenn dies der Fall, eine Vorlage zu bringen, jedenfalls aber von dem Ergebnis seiner Erwägungen die Stadtverordnetenversammlung in Kenntnis zu setzen. Im Jahre 1906 teilte der Magistrat mit, daß er beschließen habe, der Anregung betreffend die Errichtung eines städtischen Leihhauses keine Folge zu geben, da die Leihhäuser wohl zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse dienen könnten, in der neueren Zeit aber zweckmäßiger durch andere moderne Hilfseinrichtungen ersetzt würden. Genosse Vogel widerlegte nun eingehend die gegen die Leihhäuser erhobenen Einwände, insbesondere den, daß sie dem Leichtsinne oder der Vergnügungssucht Vorschub leisten. Er gab einen Überblick über das Leihhauswesen in Preußen und wies schlagend nach, wie enorm hohe Zinsen die privaten Pfandleiher nehmen. Redner ersuchte schließlich um Annahme des sozialdemokratischen Antrages, der insbesondere den kleinen Handwerkern und Gewerbetreibenden zum Vorteil gereiche. Die Statistik beweise, daß die Pfandbeträge in den meisten Fällen so gering sind, daß nur dringende Notlage zur Verpfändung veranlaßt haben kann.

Während Stadtverordneter Dr. Stadlhagen die Ueberweisung des sozialdemokratischen Antrages an einen Ausschuss vorschlug, rief Stadtverordneter Wölmer zu großer Vorsicht, er beantragte namens seiner Freunde die Annahme des sozialdemokratischen Antrages in folgender Form: Der Magistrat wird ersucht, erneut zu prüfen, ob die Errichtung eines städtischen Leihhauses angebracht ist. Für diesen abgeänderten Antrag sprach sich auch Bürgermeister Matting aus, und ebenso erklärte sich Genosse Dr. Warhardt mit der neuen Fassung einverstanden. Der Antrag wurde dann in dem von Herrn Wölmer vorgeschlagenen Wortlaut einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war die Anfrage einiger liberaler Stadtverordneter: Hat der Magistrat zu dem einstimmigen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Juni 1911 betreffend Errichtung eines Krematoriums und einer Urnendalle Stellung genommen? Verneinendfalls, welche Gründe sind für die Verögerung maßgebend? — Stadtverordneter Dr. Neuber kritisierte es, daß die Stadtverordnetenversammlung auf den Beschluß vom 21. Juni noch keine Antwort erhalten habe, obwohl die Frage der Errichtung eines Krematoriums bei der herrschenden Friedhofsnot erhöhte Bedeutung habe. — Bürgermeister Matting erwiderte, daß der Magistrat sich am 17. Oktober an die Vertretungen von Berlin, Wilmersdorf und Schöneberg mit der Anregung der Errichtung eines gemeinsamen Krematoriums gewandt habe. Bisher habe erst Wilmersdorf zustimmend geantwortet. Die Bestimmung des Gebietes, das die Gebühren der Feuerbestattung die Betriebskosten decken müßten, mache es notwendig, eine größere Anlage zu errichten, da eine kleinere sich nicht rentieren würde. — In der Besprechung gab Genosse Piesch der Ueberzeugung Ausdruck, daß ein Krematorium für Charlottenburg sich allein rentieren würde, die Unkosten würden zweifelslos durch die Gebühren gedeckt werden. Bei der Stimmung, die zwischen Berlin und Charlottenburg herrsche, werde es leichter sein, ein besonderes Krematorium für Charlottenburg zu errichten. Die Friedhofsnot sei so groß, daß man endlich an die Errichtung eines kommunalfriedhofes herangehen müsse. In ähnlichem Sinne sprach sich Stadt. Wollmann namens der Liberalen aus.

Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft.

Rixdorf.

Auf dem Seefischmarkt am Mittwoch in der Privatmarkthalle Bergstraße 6 gelangten nur 8000 Pfund zum Verkauf, da wegen des an den Meeresküsten herrschenden Sturmes nicht mehr angeliefert werden konnte. Bei dem außerordentlich großen Andrang des laufenden Publikums war der Bestand bereits um 10.30 Uhr völlig aufverkauft. Am nächsten Mittwoch soll zum mindesten das doppelte Quantum an Seefischen angeliefert werden, so daß auch Späterkommende nicht mit leeren Händen abzugehen brauchen. Der Magistrat hat, wie gemeldet wird, außerdem den weiteren Ausbau dieser Märkte projektiert.

Achtung, Krankenkassenwähler! Heute, Freitag, den 3. November, abends von 8 bis 10 Uhr, findet die Wahl der Arbeitgebendenvertreter in Hoppes Festhause (Inhaber Varrich), Hermannstr. 49/50, statt. Wir appellieren nun an das Pflichtgefühl der Arbeiter, welche bei der hiesigen Ortskrankenkasse gemeldet sind und erwarten, daß ein jeder sich an der Wahl beteiligt. Denn nur durch die Nachlässigkeit einzelner Genossen ist es bei der letzten Erziehung der Innungen möglich gewesen, ihre Liste durchzubringen und auch Sitz und Stimme im Vorstande zu erlangen. Also auf denn zur Wahl! Es gilt die Scharte von damals auszuweichen!

Berliner Gewerkschaftskommission, Bezirk Rixdorf.

Schöneberg.

Todesburg. Auf einschlägige Weise hat gestern das 20jährige Mädchenlein Margarete Graßner, die bei einer Familie in der Hauptstr. 34 in Stellung war, ihrem Leben ein Ende gemacht. Gestern nachmittags kürzte sich das junge Mädchen aus ihrem in der dritten Etage belegenen Zimmer auf den gepflasterten Hof hinab, wo es mit sechs meter hohen Gliedern tot liegen blieb. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach der Halle in der Magistraße übergeführt. Nach Angaben von Verwandten der Lebensmüden ist der Anlaß zu der Tat in einem unheilbaren Lungenleiden zu suchen; von anderer Seite wird der Selbstmord mit Liebeskummer in Verbindung gebracht.

Wilmersdorf-Galeusee.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Magistrat von Wilmersdorf hat nicht die Absicht, zur Gefährdung der Lebensmittelleuerung die Hand zu bieten. Das ist in Kürze das Ergebnis der in der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch abgehaltenen Leuerungsdébatte. Wir haben berichtet, daß der zur Beratung von Maßnahmen gegen die Leuerung

eingesetzte Ausschuss sein Werk derhellungsvoll begann, dann aber hastig vor den Schwierigkeiten zurückgedreht, die sich einer solchen Arbeit entgegenstellten. Immerhin war der Ausschuss unter Ablehnung der Leuerungszulagen und verschiedener von seinem sozialdemokratischen Mitgliede gestellten Anträge dazu gekommen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, daß in eine erneute Beratung des städtischen Kartoffelverkaufs eingetreten werde, falls der Preis in den nächsten zehn Tagen sich höher als 45 Pf. für 10 Pfund stellen sollte. Desgleichen empfahl der Ausschuss die städtische Propaganda für den Konsum kondensierter Milch sowie die Annahme eines Antrages, wonach der Magistrat der Verkauf von Reis im Kleinen nahegelegt werden soll.

Als der Berichterstatter Dr. Ebel am Mittwochabend mit seiner Aufgabe fertig war, erhob sich der Oberbürgermeister Haber mann, um im Namen des Magistrats die überreichende Erklärung abzugeben, daß nach den eingegangenen Erläuterungen die wichtigsten Lebensmittel, wie Kartoffeln, Gemüse, Milch und Fleisch im Preise gesunken seien. Daher habe der Magistrat in seiner Sitzung am Dienstag beschlossen, von jeder Maßnahme zur Behebung der Leuerung Abstand zu nehmen. Dann komme aber auch in Betracht, daß der Magistrat die Interessen der Wilmersdorfer Gewerbetreibenden zu schützen habe und auch auf diesem Grunde sich nicht auf den vom Ausschuss empfohlenen Verkauf von Reis einlassen könne. Ähnlich liege es mit der Propaganda für kondensierte Milch, die erstens kaum zu haben sei und über die zweitens die Urteile zu verschieden lauteten, als daß man sie der Bevölkerung empfehlen könne. Bedenkenswert war an den Ausführungen des Oberbürgermeisters noch die Meldung, daß der Stadt ein Angebot von Milch im Betrage von 4000 Litern täglich gemacht worden ist. Statt nun zuzugreifen und der Bevölkerung dieses wichtige Nahrungsmittel zum Selbstkostenpreise von 21 Pf. zugänglich zu machen, zog das Stadtoberhaupt aus dem Angebot den Schluß, daß auch Milch in derart genügender Fülle vorhanden sei, daß die Stadt nicht eingreifen brauche.

Die damit kundgegebene Haltung des Magistrats war selbst einigen bürgerlichen Stadtverordneten nicht ganz recht. So trat namentlich der Chemiker Dr. Hesse dafür ein, daß wenigstens die Beschlüsse des Ausschusses verwirklicht würden. Andere Stadtverordnete, die sich als Wortführer der Gewerbetreibenden fühlten, gaben wiederum ihre Genugung über den scharf ablehnenden Standpunkt des Magistrats zu erkennen.

Es war Sache der sozialdemokratischen Vertreter, darauf hinzuweisen, daß die sozialpolitische Rückständigkeit der Stadt Wilmersdorf in diesem Fall um so greller hervortrete, als durch die anfängliche Haltung des Ausschusses, mit der sich auch der Magistrat allem Anschein einverstanden erklärt habe, in der Bevölkerung eifrige Hoffnungen auf behördliches Eingreifen erweckt worden wären. An einer Anzahl Beispiele zeigte Stadt. Schröder (Soz.), wie das reiche Wilmersdorf sich in der Frage des Lebensmittelertriebs von relativ armen Gemeinden beschämen läßt, während Stadtverordneter Riedel (Soz.) ebenso auf den schlimmen Eindruck hinwies, den es machen werde, wenn Wilmersdorf in der Fürsorge für seine Beamten und Arbeiter hinter anderen Orten zurückbleibe. Hiemlich unklar war ein sozialpolitischer Ratsschlag, den der Gymnasialdirektor Stadtverordneter Coste zum besten gab. Er rief den Sozialdemokraten, darauf hinzuwirken, daß bestimmte Vereine, so die Regellubs, gegen den Konsum eingriffen. Da inzwischen der übliche Schlafratsschlag angenommen worden hatte, konnte dem anscheinend etwas weisenden Herrn nur in einer persönlichen Bemerkung bedeutet werden, daß für die von ihm empfohlene Leubewegung städtischer Angestellten nicht die in Arbeiterkreisen kaum vorhandenen Regellubs, sondern die Gewerkschaften zuständig wären.

In der Abstimmung über die in der Kostfrage gestellten Anträge beschloß die Stadtverordnetenversammlung, dem Magistrat zu empfehlen, daß er dem Ausschussantrage entsprechend unter bestimmten Voraussetzungen den Kartoffelverkauf in die Hand nehme, sowie für den Konsum von Reis und kondensierter Milch Propaganda mache. Ebenso fand ein Antrag auf Errichtung einer städtischen Volksschule Annahme. Abgelehrt wurden hingegen die Anträge auf kommunale Abgabe von Reis und Milch in kleinen Mengen, auf Gewährung einer Leuerungszulage und auf Einsetzung einer gemischten Kostkassendeputation.

Da der Magistrat, abgesehen von dem Beschluß auf Errichtung der Volksschule, Eingriffe gegen die Lebensmittelleuerung verweigert, so wird die reiche Stadt Wilmersdorf gemäß ihrer hergebrachten Feindschaft gegen alle Sozialpolitik auch dem Elend des kommenden Winters gegenüber tatenlos bleiben.

Aus der übrigen Tagesordnung sei noch folgende Angelegenheit erwähnt: Der Bund deutscher Architekten hatte bei der Stadtverordnetenversammlung darum petitioniert, daß in Zukunft die Planung und künstlerische Leitung aller großen Bauaufgaben nur an die in der Fachwelt anerkannten Künstler vergeben werde. Der Petitionsausschuss empfahl, das Gesuch der Stadtverordnetenversammlung zur Berücksichtigung zu empfehlen. Stadtverordneter Schröder (Soz.) fand den Inhalt der Petition unklar. Er wolle sie gern unterliegen, soweit sie darauf abziele, daß die Stadt in materieller Hinsicht nur Architekten usw. zu den von ihrer Organisation aufgestellten Bedingungen beschäftige, denn aus Reinlichkeitsgründen dürfe eine Stadtgemeinde dem Treiben der Unorganisierten und Streikbrecher auch bei Künstlern keinen Vorschub leisten. Anders liege es jedoch, wenn die Organisation etwa künstlerische Richtungen, so die Kunst der Siegesallee gegenüber der Kunststeinkunst monopolisiert wissen wolle. Dazu dürfe die Stadtverordnetenversammlung nicht die Hand bieten. Nachdem der Stadtverordnete Dröse sich ähnlich geäußert hatte, wurde der Antrag des Petitionsausschusses abgelehnt.

Kalkberge-Wilmersdorf.

Ein schwerer Betriebsunfall hat sich Mittwochnachmittag im hiesigen Elektrizitätswerk zugezogen. Zwei mit dem Auslegen des Riemens beschäftigte Arbeiter bedienten sich, um das Schwungrad in Gang zu bringen, eines sogenannten Hebebannes. Durch einen unglücklichen Zufall schellte dieser zurück und traf den einen der Arbeiter, den Schlosser Dedert, an den Hinterkopf. Blutüberströmt brach D. zusammen; er hatte eine schwere Gehirnerschütterung davongetragen.

Uldersdorf.

Die neue Schularztordnung ist mit dem 1. November d. J. in Kraft getreten. Die beiden Schularzte sind verpflichtet, die neu eintretenden Kinder auf ihre Schulfähigkeit, ihre körperliche und geistige Beschaffenheit wie ihren allgemeinen Gesundheitszustand zu untersuchen und ihn bei allen Kindern dauernd zu beobachten. Die Kerzte haben auch bei der Auswahl der der Hülfschule zu überweisenden Kinder mitzuwirken und die gesundheitlichen Verhältnisse sämtlicher Schulkinder dauernd zu überwachen. Ferner haben die Kerzte die Wünsche der Eltern um Zurückziehung der Kinder vom Unterricht zu begutachten und auch die Fänge der Kinder zu untersuchen. Für jedes untertuchte Kind ist ein Ueberwachungschein anzufertigen, welcher während der ganzen Schulzeit fortzuführen ist und beim Uebertritt der Kinder in eine andere Schule mitgegeben wird. Der Arzt hat mindestens einmal monatlich in der Schule anwesend zu sein und jede Klasse mindestens einmal halbjährlich zu besuchen; bei ansteckenden Krankheiten häufiger. Die Behandlung erkrankter Kinder ist nicht Sache des Schularztes. Nur in dringenden und unglücklichen im Schulbetrieb ist der Arzt verpflichtet, gegen tagmäßige Bezahlung die erste Hilfe zu leisten. Der Arzt erhält pro Halbjahr und Kind eine Entschädigung von 0.25 M. Jedes Jahr bis spätestens 15. Mai haben die Herren einen Bericht herauszugeben.

Der nächste Seefischverkauf der Gemeinde findet am Sonnabend, den 4. November, an der bekannten Stelle statt. Die Preise werden an der Verkaufsstelle angeschlagen.

Weißensee.

Aus der Gemeindevorstellung. Vor Eintritt in die Tagesordnung kam man noch einmal auf die in voriger Sitzung stattgefundene Leuerungsdébatte zurück, in der dem Genossen Taubmann eine Rüge erteilt wurde, weil er auf einen geschmacklosen Ausspruch des Vertreters Jung eine derbe Antwort gab. Auf eine von unseren Genossen eingelegte Beschwerde gab Herr Jung die Erklärung ab, daß er nicht so viel Zeit habe wie die Arbeitervertreter, um sich mit Lesen von Büchern zu beschäftigen, daher komme es schon vor, daß ihm ein Ausdruck entfähre, wie er ihn nicht wolle. Er nahm den Ausdruck zurück. Damit war die Sache erledigt. — Das mit dem Elektrizitätswerk verbundene Installationsbureau, welches im Mai d. J. eröffnet wurde, hat sich so vieler Aufträge zu erfreuen, daß sich die weitere Einstellung eines Technikers notwendig macht. Der Gemeindevorstand wurde ermächtigt, sich bei Installationen durch das Elektrizitätswerk in alten Häusern auf Ratenszahlungen einzulassen, welche, je nach Höhe des Betrages, bis auf 10 Jahrestraten verteilt werden können. — Nachdem die Berliner Elektrizitätswerke mit der Verlegung von Kabeln im Kreise Niederbarnim nunmehr auch Birkenholz angeschlossen haben, ist mit dem Werk ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach für das Rieseltgut Strom geliefert wird, und zwar für Kraftzwecke zum Preise von 16 Pf. und für Licht 30 Pf. die Kilowattstunde. Die Installationsarbeiten sind einer Berliner Firma im Betrage von 1785 Mark übertragen. — In der geheimen Sitzung wurde noch die Aufnahme einer Anleihe von 1 1/2 Millionen Mark beschlossen. Diese Summe soll für folgende Unternehmungen aufgewandt werden: 100 000 M. zum Bau der Seebadanstalt, 150 000 M. zur Verstärkung des Gemeindebetriebsfonds, 730 000 M. zur Verstärkung des Branderwerbsfonds, 500 000 M. zur Regulierung von Straßen, die zum Teil schon fertiggestellt haben. Ferner wurde noch auf die Wüstlande in der Friedrichstraße hingewiesen, wo zurzeit ein großer Kanal verlegt wird. Die Einwohner sind seit geraumer Zeit von großen Erdwällen eingeschlossen, so daß der Fuhrwerksverkehr ganz eingestellt ist und von Fußpassanten die Straße nur mit Lebensgefahr beschritten werden kann. Die Bauausführung ist der Firma Allers übertragen worden, die schon verschiedentlich Anlaß zu Beschwerden gegeben hat. Die Firma ist beständig in Zahlungs-schwierigkeiten, beschäftigt, wenn es geht, mit Vorliebe als Erdarbeiter Frauen oder Polen. Hier zeigt es sich wieder einmal deutlich, wohin die Wirtschaft führt, wenn bei den Submissionen immer der Billigste berücksichtigt wird. Unsere Genossen in der Tiefbaukommission haben zu wiederholten Malen auf diese Preisdrückerei aufmerksam gemacht. Um ein paar Hundert Mark Ersparnis wird einem Teil der Einwohner, besonders den Hauseigentümern und Geschäftleuten, die Existenz erschwert. Auf Anregung unserer Genossen wurde Herr Wersch bei der Vergebung der Arbeiten zur Sitzung berufen, dort versprach er, alles zur Zufriedenheit zu regeln, trotzdem haben die Anwohner dieser Straßengegenden jetzt das Nachsehen.

Teltow.

Die Stadtverordnetenwahlen finden am Freitag, den 17. November, statt. Die Wahlzeit der III. Abteilung ist in die Zeit von 5—8 Uhr nachmittags festgesetzt. Parteigenossen, müßt die kurze Zeit aus, damit der Kandidat der Sozialdemokratie mit großer Stimmenzahl gewählt wird.

Herzfelde.

Eine Petition zwecks Einlegung eines Nachtzuges soll demnächst an die Direktion der Herzfelder Kleinbahn gerichtet werden. Sollte die in Aussicht genommene Petition den gewünschten Erfolg haben, und ein Nachtzug für die Strecke Straußberg—Herzfelde eingelegt werden, so wäre damit einem langgehegten Wunsche der hiesigen Einwohnerschaft, insbesondere der Geschäftswelt, Rechnung getragen.

Pankow.

In einer imposanten Versammlung sprach am Dienstagabend im Restaurant „Zum Ausfürken“ Genosse Artur Seebitzagen über Leuerung, Kriegsschweige und Reichstagswahlen. Mit allen (reichlich 1800) wurden zwei Stimmen wurde nach kurzer Diskussion folgende Resolution angenommen:

„Die ungeheure Verteuerung aller Lebensmittel und Verbrauchsartikel belastet den Mittelstand und die Arbeiterklasse in drückendster Weise. Die Leuerung ist eine Folge des von der herrschenden Klasse gutgeheißenen Systems der Vertiefung der Ausbeutung der Arbeitenden durch die Besitzenden mittels der Zoll- und Steuerpolitik. Die ins maßlose gesteigerten Lasten für Militarismus, Nationalismus und Kolonialpolitik werden nach diesem System fast ausschließlich auf die Schultern der arbeitenden Klasse gewälzt. Daselbe System, das den Mittelstand und die Arbeiterklasse mit immer wachsenden Kosten bedrückt, führt riesige müßelose Gewinne einer kleinen Schicht Großgrundbesitzer und Großkapitalisten zu. Die maßlosen Rüstungen und die Kolonialpolitik ziehen eine bedrohliche Bedrohung mit einem Weltkrieg nach sich. Allein die Unzulässigkeit einer unverrückbar ihr Ziel im Auge haltenden Sozialdemokratie hat Deutschland vor dem Ausbruch eines solchen Krieges bewahrt. Um die über die Politik der herrschenden Klasse von Tag zu Tag wachsende Empörung von den Ursachen der bestehenden Notlage und von der Erinnerung an die Taten des schwarzblauen Bloks abzulenken, drängt eine gewissenlose Schaar Kriegshetze auf Krieg, Verneuerung der Militär- und Marinekosten und Vergrößerung des Kolonialbesitzes sowie auf Ausnahmegerichte gegen die Arbeiterklasse. Die Anwesenden halten es für ihre Pflicht sich und ihrer Familie gegenüber, das Ihrige dazu beizutragen, daß der 12. Januar zu einem Siegestage über die herrschende Klasse werde. Um dies Ziel zu erreichen, ist es dringend notwendig, unablässig unter den Millionen der Sozialdemokratie noch fernstehenden Aufklärung zu verbreiten, der sozialdemokratischen Presse neue Leser und der Organisation der Arbeiterklasse in Partei und Gewerkschaft neue Anhänger zu werden.“

Eine größere Zahl trat während und nach der Versammlung der Sozialdemokratie als Mitglied bei.

Reinickendorf.

Ein erstensliches Fortschreiten der Absonnertanz der „Vorwärts“ sowie der Organisation konnte in der letzten Wahlvereinsversammlung des Bezirks Reinickendorf-West bemerkt werden. Bei der „Vorwärts“-Expedition sind 126 neue Abonnenten zu verzeichnen und am Beginn der Versammlung wurden 24 männliche und 4 weibliche Mitglieder aufgenommen. Hierauf hielt Genosse Dr. Alfred Wernstein einen Vortrag über „Soziale Pädagogik“. Redner besprach eingehend nach einander die Tuberkulose, Trunksucht, Syphilis und Sänglingssterblichkeit. Diese Krankheiten seien vorwiegend sozialer Natur, durch ungenügende Ernährung teils hervorgerufen, teils bedingt. Wenn die ungeheuren Summen, die von der Alters- und Invalidenversicherung aufgebracht sind, zur Bekämpfung der Not verwendet würden, würden die Sterblichkeitsziffern bald zurückgehen, ebenso die Prostitution, die Hauptursache der Syphilis. Nachdem Redner noch die Erziehungsfrage besprochen, schloß er mit der Aufforderung, sich einmütig um die Fühne des Sozialismus zu scharen, der allein die Menschheit erlösen könne. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde Genosse Hundt in den Bildungsausschuss gewählt. Ferner wurde Beschwerde geführt, daß hier viele Schulkinder noch abends von 6—7 Uhr zum Turnen gehen müssen. Die Versammlung beauftragt unsere Genossen, im Rathaus hiergegen vorstellig zu werden; Genosse Doh sagt dies zu mit dem Hinzufügen, daß unsere Fraktion auch bezüglich der Leuerung Anträge stellen wolle.

Friedrichshagen.

Die Erziehung zur Gemeindevorstellung finden für die 8. Abteilung am Sonntag, den 12. November, mittags 12 Uhr, im Restaurant Gieseler, Friedrichstr. 97, statt. Zu wählen hat der 2. Wahlbezirk. Für die 1. Abteilung ist die Wahl am Mittwoch, den 15. November, abends 6—7 Uhr, im Restaurant Scholz, Friedrichstraße 81, anberaumt.

Potsdam.

Eine Leuerung besteht nach Ansicht der zur Bekämpfung des Rotstandes eingesetzten Kommission nicht. In ihrem schriftlich erstatteten Bericht drachte die Kommission zwar zum Ausdruck, daß die Butter, das Gemüse und die Kartoffeln im Preise gestiegen seien, daß diese Preissteigerung allgemeine Maßnahmen gegen die Lebensmittelverknappung aber nicht notwendig mache. Auch sollen die Löhne der städtischen Arbeiter nicht erhöht werden, da dieselben im vorigen Jahre erst aufgebessert sind. Den Tagelohn für Rotstandsarbeiter will man von 1,75 M. auf 2 M. erhöhen. In der Diskussion, die sich in der letzten Stadtverordnetenversammlung hierüber entspann, wandten sich einzelne Redner gegen diese welfremde Auffassung der Kommission und forderten Maßnahmen gegen die Leuerung. Die Debatte verlief indes völlig resultatlos.

Die Versammlung beschloß hierauf u. a. die Weiterführung der elektrischen Straßenbahn in der Neuen Luisenstraße bis zur Ortschaft (Luisenpark). Die Summe von 870 000 M. wurde nach einem langen Streit über die Anlegung der Straßen bewilligt. Der Stadt ist von dem Rentier Georg Duschardt eine Stiftung von 488 000 M. sowie verschiedene Sammlungen zugefallen ohne besondere Verwendungsbestimmung. Um eine Steuerermäßigung herbeizuführen, soll die Stiftung für gemeinnützige Zwecke bestimmt werden. Als solchen schlägt der Magistrat die Errichtung eines Grundstücksverzeichnisses vor. Von den Stadtverordneten wurden verschiedene Vorschläge gemacht: Asyl, Badeanstalt. Die Errichtung einer Warmbadeanstalt wird nun schon seit circa 25 Jahren projektiert. Der Magistrat hat die Ausführung immer mit der Begründung hinausgeschoben, daß städtische Mittel nicht vorhanden sind, man vielmehr einmal auf einen reichen Mann warten müsse. Nachdem der Oberbürgermeister die Anlegung der Badeanstalt von dritter Seite in nächster Zeit in Aussicht gestellt hat, erklärte sich die Versammlung für die Errichtung des Fonds, vorausgesetzt, daß die Steuerermäßigung garantiert wird.

Die passive Resistenz der Potsdamer freiwilligen Feuerwehr. Einen weittragenden Beschluß faßte in ihrer Generalversammlung die Potsdamer freiwillige Feuerwehr, die im 28. Jahre ihres Bestehens sich zur Latenzlosigkeit beurteilt fühlte. Der einstimmig gefaßte Beschluß ist ein Protest gegen den Magistrat, der dem immer dringender vorgebrachten Wunsch kein Gehör schenkte. Als die städtische Berufsfeuerwehr eine neue Dampfpräge erhielt, hoffte die freiwillige Feuerwehr, daß ihr die alte Dampfpräge überlassen würde. Diesbezügliche Bemühungen fanden keine Berücksichtigung. Bei der Unzulänglichkeit einer Handdruckpräge konnte weiter die Aktion der Freiwilligen nicht vollwirksam sein. Die Mitglieder beschloßen darum, am 30. November d. J. um 12 Uhr nachts ihre Tätigkeit einzustellen.

Aus der Frauenbewegung.

Konfession und Geburtshilfe.

Bezugnehmend auf den von uns gebrachten Artikel mit obiger Überschrift wird uns heute mitgeteilt, daß auch von evangelisch-orthodoxer Seite in etwas gegen moderne Geburtshilfe geeizert wird. Ein Fall möge das dartun. Bekanntlich versteht neuerdings der Universitätsprofessor Krönig in Freiburg i. B. der seinerzeit als Ausnahmefall den Ruf nach Berlin ablehnte, die Frauen während der Entbindung in den sogenannten „Dämmer Schlaf“. Es geschieht dies durch Einspritzung von Scopolamin, einem neu bewährten Arzneimittel, das im Gegensatz zu den bisher gebräuchlichen Betäubungsmitteln, wie Chloroform, Aether, & Co. die Eigenschaft besitzt, zwar das Bewußtsein zu betäuben, ohne jedoch die für den Geburtsakt so notwendige Wehentätigkeit auszuschalten. Auf diese Weise werden bereits täglich viele Frauen schmerzlos entbunden. Ohne Schaden für Mutter und Kind, soweit bisher bekannt. Selbstverständlich soll hier diese Materie nicht medizinisch beleuchtet werden. Aus allen Ländern, ganz besonders aber aus England und Amerika, strömen die reichen Frauen, die sich solche eine schmerzlose Entbindung leisten können, und die Ärzte, die diese neue Methode erlernen wollen, nach Freiburg. Auch eine reiche deutsche evangelische Dame hatte von Krönigs Erfolgen gehört und wollte sich ihre schwere Stunde durch seine Hand leicht machen lassen. Aber ihrem Wunsch stellte sich nicht etwa das Bedenken des Hausarztes entgegen, sondern der schwarze Kirchen-glaube des Vaters, der sich kategorisch gegen diese Neuerung auflehnte, auf dem Tüschelwort: „Mit Schmerzen sollst Du Deine Kinder gebären!“

Eine eigenartige Beleuchtung der von uns besprochenen katholischen Notauflage (Intra-Uterin-Taufe) gibt eine Mitteilung des Freiberrn von Egloffstein, die er im „Archiv für Kriminal-Anthropologie“ unter der Überschrift: „Religiöse Form und Verbrechenssinn“ veröffentlicht. Er schreibt: „Margarete Hweil sagt auf die Anfrage wegen Kindesmord aus: „Ja, ich habe mein Kind gleich nach der Geburt umgebracht. Ich habe ihm noch geschwind die Nottaufe gegeben, dann habe ich's in eine wollene Decke gewickelt und in meinen Koffer gesteckt!“ Christlicher läßt sich doch nicht morden.

Die Damenrechtlerinnen als Hilfstruppen der Reaktion.

London, 31. Oktober 1911. (Fig. Ver.) Wenn die Stimmentrechtsvorlage, die von den englischen Damenrechtlerinnen befürwortet wird, je Gesetz werden sollte, so kann man sicher sein, daß dies eine beträchtliche Verstärkung der sozialpolitischen Reaktionskräfte bedeuten wird. Augenblicklich sind die Damen bei der Arbeit, um die Bestimmung in der Vergesetzvorlage, die von der Abschaffung der Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie handelt, zu Fall zu bringen. Für heute abend haben sie eine große Versammlung in der Memorial Hall einberufen, die gegen die Abschaffung der Frauenarbeit in Grubenbetrieben protestieren soll.

In der letzten Parlamentssession gelang es den Bergarbeitervertretern, eine Bestimmung in die große Vergesetzvorlage, die in der laufenden Session erledigt werden soll, zu bringen, nach der es den Frauen in Zukunft nicht gestattet werden soll, weitere weibliche Arbeitskräfte auf den Grubenplätzen anzustellen. Der Antrag kam von einem weitläufigen liberalen Bergwerksbesitzer, Sir Arthur MacLellan, und wurde von den Bergarbeitervertretern mit einer Ausnahme warm unterstützt. Die Bergarbeiter haben sich auf internationalen wie nationalen Kongressen einstimmig für die Abschaffung der Frauenarbeit in der Bergwerksindustrie ausgesprochen. Auf der letzten Generalversammlung der Bergarbeiterkonföderation wurde die Frage wieder erörtert. Der Genosse Smilie, der Vizepräsident der Konföderation, führte damals aus, daß der Minister MacLellan, den die Liberalen als eine Art sozialpolitisches Wunderkind vorschrieben, entschlossen sei, die Bestimmung über die Abschaffung der Frauenarbeit, die gegen den Willen der Regierung der Vorlage eingebracht wurde, wieder auszumergen. Er wie auch ein anderer schottischer Redner griffen besonders scharf die Suffragettes an, die mit unehelichen Argumenten gegen die Klausel der Vorlage operierten, und bezeichneten die ganze Agitation der Grubenarbeiterinnen als eine von den Kapitalisten inszenierte künstliche Sache, eine Wiederholung des Humbly'schen, den man vor 67 Jahren auführte, als das Verbot der Frauenarbeit in unterirdischen Betrieben erfolgte.

Dieser Angriff, der in nicht gerade schmeichelhaften Formen geäußert war, scheint die Damen gereizt zu haben. Die von den Grubenunternehmern Lancashire eingeschlechte Agitation unter den auf den Gruben dieser Provinz noch zahlreich beschäftigten Frauen und Mädchen, ist jetzt von den Suffragettes energisch in die Hand genommen worden. Eine Rednerin der Women's Social and Political Union weiß schon seit Wochen in dem Kohlenfeld um Wigan und reißt den Mädchen ein, sie würden ihre Arbeit verlieren, sobald die Vorlage zur Annahme gelange. Das ist aber offenbar unwise; denn der beanstandete Passus der Vorlage bestimmt nur, daß keine weiteren weiblichen Arbeitskräfte in der Bergwerksindustrie angestellt werden dürfen. Die Absichten der Damenrechtlerinnen in dieser Agitation sind natürlich klar. Sie wollen der Welt wieder einmal zu verstehen geben, daß ein von Männern gewähltes Parlament kein Recht hat, Gesetze zu erlassen, die das weibliche Geschlecht angehen. Nach dieser hanebüchernen Logik sollten sich die Suffragettes auch entschieden weigern, das Stimmrecht aus den Händen der Männer zu empfangen. Das Volk schüttelt über solche Geschichten den Kopf und gelangt durch sie immer mehr zu der Überzeugung, daß die Damenrechtlerinnen mehr Männerfeinde als Frauenfreunde sind.

Versammlungen - Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen. Montag, den 6. November, in Kellers „Neue Philharmonie“, Köpenickerstr. 66/67, Vortrag: Weibliche Fabrikinspektion; Referentin: Luise Fleh.

Sonntag, den 26. November, nachmittags 4 Uhr, Blüthnersaal, Bülowstr. 76: Zweites Licht-Konzert. Vilets 4 50 Pf. sind zu haben im Verein, bei Dorch, Engelauer 15, Gottfried Schulz, Admiralstr. 40, Frau Klotz, Pichlerstr. 1, Frau Jordan, Lübeckerstr. 43, Frau Kullide, Prinzenstr. 102, Frau Köhler, Schreinerstr. 58, Frau Panzeram, Pappelallee 76, Frau Wuhn, Zorndorferstr. 30, Frau Döring, Steinmehlerstr. 23, Frau Hannemann, Nixdorf, Fontane-str. 25, Frau Jakob, Wiesenstr. 10, Frau Pohl, Kottboderstr. 27, Frau Behrenwald, Küstlerstr. 77.

Eingegangene Druckschriften.

Die gegenwärtige gespannte Weltlage, veranlaßt durch die imperialistische Politik aller kapitalistischen Staaten, zwingt jeden, der sich für die politischen Ereignisse interessiert, sich über die Machtverhältnisse der Länder zu orientieren. Ein sehr wertvolles Hilfsmittel hierfür ist die von der Geographischen Verlags-handlung Dietrich Reimer (Ernst Kohlen), Berlin SW. 48, herausgegebene Militär-geographische Karte zur Uebersicht der gegenwärtigen politischen Lage in Europa. (Preis 2 M.)

Der Maßstab der Karte ist groß genug, um ein klares Bild der Topographie der einzelnen europäischen Staaten zu geben. Die Verkehrsverhältnisse betreffend, kommen neben den Eisenbahnen die hauptsächlichsten Schiffsfahrtslinien und die bedeutendsten Seehäfen zur Darstellung. Die Karte enthält ferner nach Möglichkeit genaue, meist nach authentischem Material zusammen-

gestellte, statistische Mitteilungen über die Seefleetsverhältnisse der einzelnen Staaten zu Lande und zur See, über die Verteilung ihrer Seestreitkräfte in den europäischen Gewässern, sowie ihre Größe und Vervollständigung. Sie gibt ferner die Werte ihres auswärtigen Handels, ihrer Handelsmarine und des Seeverkehrs an. Auch die Marine-Kriegshäfen und Flottenstützpunkte, sowie die Telefunkenstationen sind aufgenommen. Man erhält so ein Gesamtbild der wirtschaftlichen und militärischen Bedeutung und Beziehung der europäischen Staaten unter einander auf Grundlage ihrer geographischen Lage.

Von der „Neuen Zeit“, ist heute das 5. Heft des 30. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der Vortag von Modena. Von Odo Oberg. — Einluberscheine. Von R. Kautsky. — Das englische Parteienystem und die Arbeiterpartei. Von B. Sadleir (London). — Der ärztliche Antimodernismus. Von Dr. Karl Gumpert (Berlin-Silberstadt).

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Sonntag, den 5. November: Wanderversammlungen für diejenigen Parteigenossen, welche nicht an der Stadtverordnetenwahl beteiligt sind: I. Nach Grünau, Forsthaus Büttelmark, Jentsch. Abfahrt 7.40 Uhr ab Bahnhof. II. Strausberg, Epilmühle, Strausberg. Abfahrt 7.20 Uhr ab Bahnhof. Gäfte willkommen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Sonntag, den 5. November: Wanderung von Strausberg nach dem Brand- und Großen Kottbus, Zeesberg, Tietzen. I. Abfahrt nach Strausberg ab Alexanderplatz 6.25; Schlef. Bahn. 6.33 früh. — II. Kleinbahn bis Zeesmühle. Gäfte willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen — Rechts 1. — wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Monumentshaltung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. S. 20. Mit Beginn. — **Alfred Siebert.** In der Regel nicht die Entscheidung liegt beim Kompanieführer. — **S. 72.** Am liebsten werden Sie beraten, wenn Sie sich an den Deutschen Transportarbeiterverband, Engelauer 15, wenden. — **S. 3. 105.** Rüstengeld ist ein eigener Stadtbreis und gehört nicht zu Kummelberg. — **M. W. 32-34.** Ummeldungen Brunnstr. 186 bei Herrn Rektor Buchs von 5-6 Uhr. — **S. 24. 101.** 1. u. 2. Bei der Konjunktionsentscheidung anfragen. 3. Je nach Umständen bei einem Pfleger oder dem Letzterem. 4. Das Wasser kann bleiben, darf aber die Arbeit nicht behindern. 5. Ausnahmeweise, gemäß. — **Otto Berlin.** Daria, Charlottenstr. 73. — **M. Koch.** Leider so oft, wie es sich das Volk gefallen läßt. — **M. W. Klein.** — **M. S. 100.** Sie können von dem Vermieter verlangen, daß er für Unterhaltung Sorge trägt, eventuell auf Vertragslösung klagen. — **T. W. 23.** Die Frage läßt sich nur nach Einmütigkeit in den Niederschlag beantworten. **R. W. 101.** 1. Wenn die Arbeit aus dem Rahmen der übernommenen Verpflichtungen herausfällt, nein, sonst ja. 2. Nein. 3. Falls Sie ohne geschäftlichen Grund entlassen werden, für die Rindigungsdauer. Die geschäftliche Rindigungsfrist beträgt sechs Wochen zum Quartale, kann aber durch Vereinbarung auf einen Monat verkürzt werden. — **Nieder-Schöndorfer 500.** 1. Wenn die Arbeit nicht übermäßig für den Wohnhaushalt geeignet wird, ja, andernfalls nicht. 2. Fragen Sie beim Transportarbeiterverband, Engelauer 15, an. — **S. 2.** Spandan 07. Nach unserer Auffassung ja. Jedoch ist eine Bestrafung nicht ausgeschlossen. — **S. G. 7782.** Nicht verjährt. Das Schriftstück stellt eine Geburtsurkunde dar.

Marktpreise von Berlin am 1. November 1911, nach Ermittlung des Reichlichen Polizeipräsidenten. Marktpreise (Kleinhandel), 100 Kilogramm Erdbeeren, gelbe, zum Kochen 36,00—50,00. Spießobstweisse, 40,00—60,00. Äpfel 40,00—50,00. Apfelsinen 7,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Aule 1,00—2,40. Rindfleisch, Bandfleisch 1,30 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,80. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,20—2,00. Butter 2,60—3,20. 60 Stück Eier 3,80—6,40. 1 Kilogramm Karpfen 1,00—2,40. Halm 1,20—2,80. Jander 1,40—3,60. Heide 1,10 bis 2,50. Parische 0,80—2,00. Schale 1,40—3,00. Meie 0,80—1,00. 60 Stück Krebse 2,40—24,00.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	1. 11.	31. 10.		1. 11.	31. 10.
Remel, Mühl	83	+2	Saale, Großh.	50	-6
Regel, Jüterburg	42	+2	Saale, Spandau	31	+2
Reichel, Born	10	+2	Saale, Radenow	4	-1
Ober, Randow	60	+1	Spree, Erdmberg	63	-4
Proffen	21	-1	Spree, Beetzow	84	+2
Pranitz	87	0	Spree, Witten	91	-1
Barthe, Schrum	30	-1	Havel, Hinder	150	+3
Barthe, Sandberg	50	0	Havel, Maximilianen	339	+3
Rehe, Bornamn	34	-4	Havel, Rand	125	0
Eide, Zeimern	84	0	Havel, Röll	98	+0
Dresden	211	-3	Elbe, Heildrom	26	-1
Barde	4	-2	Havel, Wertheim	90	+4
Magdeburg	12	-4	Havel, Lietz	63	-10

+ bedeutet Hoch, - Niedr. — *) Unterbezel.

Extra billige Joppen-Tage

Ganz besonders günstige Kaufgelegenheit

Pelz-Joppen

in vielen Fellarten, guter kräftiger Stoffbezug von **15 M.** an

Loden-Pelerinen

für Herren und Damen

gute imprägnierte Loden, bis 130 cm lang von **7⁵⁰** an

Loden-Pelerinen

für Knaben und Mädchen

gute imprägnierte Loden, bis 90 cm lang von **4⁵⁰** an

Posten I Winter-Joppen

Posten II Winter-Joppen

Posten III Winter-Joppen

Posten IV Winter-Joppen

Posten V Winter-Joppen

Posten VI

Posten VII

Graue oder grünliche Loden, durchweg warm gefüttert **7⁵⁰** M.

Schwerer Loden in vielen Farben, extra gutes warmes Futter **9** M.

Extra schwerer Loden oder glatter Bezug, durchweg warmes Futter **11** M.

Kräftiger Kern-Loden oder Döfel, in vielen Farben, warm gefüttert **13⁵⁰** M.

Marke „Kern und Kraft“, prima Loden, extra schweres warmes Futter **18** M.

Graue oder grünliche Loden, durchweg warm gefüttert; für das Alter von 3-8 Jahr durchweg **3⁵⁰** M.

Kräftiger Loden in vielen Farben, durchweg warm gefüttert; für das Alter von 9-15 Jahr . . . durchweg **4⁵⁰** M.



BaerSohn

Kleider-Werke, Deutschlands größte Fabrik dieser Art
Chausseestraße 39-50 □ 11 Brückenstraße 11
Oroffe Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg Hauptstraße 10

Der Haupt-Katalog No 43 (Winter-Moden 1911-12) postfrei.



Leineweber

Köllnischer Fischmarkt 4, 5, 6, gegenüber der Breite Straße

Für jede Körperform passend!

Anzüge ≡ Ulster ≡ Paletots

25 28 32 36 39 42 48 54 60 68 75 Mark

Für Knaben und Jünglinge:

10 12 15 18 21 25 28 32 36 40 45 Mark

Meine Fabrikate, in eigenen Betriebswerkstätten gediegen verarbeitet, sind preiswert und unübertroffen in Sitz und Haltbarkeit.

Moderner Schnitt ≡ Grosse Auswahl ≡ Billige Preise

Theater und Vergnügungen

Freitag, 3. Novbr. 1911.
Anfang 7 1/2 Uhr.

S. Cyrenhaus, Tanzhaus.
S. Schauspielhaus, Penthesilea.
Deutsches, Penthesilea.
Kontinente Ober, Schürzen.
Haberland, Spezialitäten.
Zirkus Busch, Gala-Vorstellung.
Zirkus Schumann, Gala-Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.

Urania, Lindenstraße 48/49.
Von Meran zum Orler.
Anwaltsstraße 57-62. Prof. Schmidt: Bewegungen der Himmelskörper.
Neues S. Cyrenhaus, Hamlet.
Kammerstücke. Der Kriemhild am Scheideweg.

Seiffing, Einmalige Menschen.
Berliner, Coeur Ab.
Neues, Das Mädel von Montmartre.

Spieltheater, Die Vergnügungsreise.

Alteins, Nimm's erstes Stück.
Rehders, Ein Walzer von Chopin.
Neues Cyrenhaus, Die moderne Eva.

Königsgräber Straße, Spielereien einer Kaiserin.

Schiller, O. Madame Sans-Gêne.
Scha, Charlotte Corday.
Antigone.

Friedr. Wilsch, Schauspielhaus.
Die Hochzeit von Valenti.
Neues Volkstheater, Das Vermächtnis.

Metropol, Die Nacht von Berlin.

Westen, Die Dame in Rot.
Trianon, Mein Baby.
Talia, Polnische Wirtschaft.
Luisen, Die Nacht der Liebe.

Rose, Ein feste Burg ist unser Gott.

Galles, Der selbige Hellsicht.

Wintergarten, Spezialitäten.

Apollo, Spezialitäten.

Wagner, Spezialitäten.

Serravallo, Schmerzlose Behandlung.

Das Kind der Juma.

Königsgräber-Rakino, Spezialitäten.

Reichshallen, Stettiner Sänger.

Schiller-Theater O. Bärner-Theater
Freitag, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Geizige.
Alexand, Der eingebildete Kranke.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Madame Sans-Gêne.

Schiller-Theater
Freitag, abends 8 Uhr:
Antigone.
Sonnabend, nachm. 3 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zopf und Schwert.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld

Neues Theater.
Abends 8 Uhr:
Das Mädel von Montmartre.
Gedichte: **Frital Massary.**
Sonnt. 3 1/2 Uhr: **Der idole Bauer.**

Berliner Theater.
Anfang 8 Uhr.

Coeur-Ab.

Theater in der Königsgräber Straße

8 Uhr:
Spielereien einer Kaiserin.

Neues königl. Opern-Theater.

8 Uhr:
Hamlet

(Sandros). Abonnements-Vorst.

Theater des Westens.

8 Uhr: **Die Dame in Rot.**
Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr:
Ein Walzertraum.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.

Ein Walzer von Chopin.

Schwan in 3 Akte u. 4 Scenen u. Ballet.
Für die deutsche Bühne bearbeitet von
Sollen-Hochberg.

Friedrich-Wilhelmstadt.

Schauspielhaus.
Abends 8 Uhr:

Die Hochzeit von Valenti.

Belle-Alliance-Theater

Novität: **Abends 8 1/2 Uhr:**

Der Sittenspiegel.

Luisen-Theater.

Heute und folgende Tage:
Die Nacht der Liebe.

Sonnabend nachm. 4 Uhr: **Das**

Haus und Hof im Zauberwald

erlebten.

Metropol-Theater.

Die Nacht von Berlin!

Große Jahresrevue in 7 Bildern von
Jul. Freund. Musik von H. Holländer.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schuly.
Abends 8 Uhr. **Ausgang gestattet.**

Herrnfeld

Theater

Noch nie dagewesener Lachertolg!

Das Kind

der Firma

mit Anton und Donat Herrnfeld in den
Gauptrollen. Vorher:

Schmerzlose Behandlung.

Ans. 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger

Gastspiel

Robert

Steidl.
Ans. wochent. 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Der größte Erfolg der Saison!
WINZER-FEST
im **SPORTPALAST**, Potsdamer Straße 72
Grandiose Revue: **WINZERTRAUME**
Bunter Teil: Sport und Humor
Sein Liebesabenteuer — Pferderennen auf dem Eise
::: **Meisterschaftsboxkampf** :::
Im ganzen Hause: Frischer Most, Stimmung, Humor
Eintritt: 1 M., bis 6 Uhr nachm. 50 Pf., Sperrsitz 2 M.

Urania.
Wissenschaftliches Theater
8 Uhr:
Von Meran zum Orler.
Invalidenstraße 57-62
Prof. Schwahn 8 Uhr:
Bewegungen der Himmelskörper.
Am 8. November beginnt ein
Zyklus: Antriebsmaschinen im
Gewerbebetriebe. Prosp. kostenlos.



Ausstellung Nordland
Kurfürstendamm 151
nahe Bahnhof Halensee und Char-
lottenburg.
Geöffnet ab 10 Uhr vorm.
125 Polarbewohner
bei Arbeit, Sport und Spiel.
Reintierherde, Polarbären.
Eintritt für Ausstellungen 50 Pf.
Vorführungen:
Wochentags 4 1/2, 6 1/2, 9 Uhr.
Sonntags 12, 3, 4 1/2, 6, 7, 9 Uhr.
Letzte Hauptvorführung abends 9 Uhr.
Eintrittspreis 30 Pf.

Roach's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Brunnstraße 16.
Gastspiel im Wobitzer
Winter-Garten, früher
Artushof, Perleberger Str. 20.
Der Glockenguß zu Breslau.
Historisches Drama in 3 Akten.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Königstadt-Kasino.
Ecke Holzmarkt- u. Alexanderstraße
nahe Jannowbrücke.
Vom 1. bis 16. November,
abends 1/8 Uhr: **Das Nieren-**
Weltstadt-Programm.
Buntes Sommerreise
u. die erfolgreichsten Spezialitäten.
Sonntags 2 Vorstellungen: nach-
mittags 1/4 u. abends 1/7 Uhr.

Apollo
Theater
Ab 8 Uhr:
Neues sensationelles Programm.
10 Attraktionen, Novitäten!
10 Uhr:
Der Gipfel der Komik!
Ein Abend in einem amerikanischen
Tingel Tangel.
New Yorker Origin. Vaudeville Co.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Das beste Programm
der Berliner Varieté-Saison!
Claire Waldoff
mit neuen Schlagern.
Mené
Telepat. Phänome.
The Black cats
engl. Backfisch-Eins.
und die 10 glänzenden
Varieté-Nummern.

PASSAGE ::::
PANOPTIKUM
Die wilden Lebend!
Heul-Derwische
aus Ceylon
mit ihren fanatisch. Produk-
tionen. **Herino**, der lebende
Ambo. **AGA**, die schwebende
Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

Castans Panoptikum.
Corso-Varieté.
Friedrichstr. 165.
Heitere Künstler-Abende.
12 Attraktionen 12
U. a.:
Das urkom. Zwerginnen-Duett.
Entree 50 Pf.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Zum
No. 14.
Robi Krach.

Zirkus A. Schumann
Heute abends 7 1/2 Uhr:
Luis Hardt
Gentlemen-Athlet. Neu!
neuer, athletischer Akt; glän-
zende Vorführungen.
De Marlos american wonders:
das Froschparadies. A u s e r d e m
die übrig. Spezialitäten.
9 1/2 Uhr: Die große Feeis
1000 Jahre
auf dem
Meeresgrund
Sonntag, 5. November,
3 1/2 Uhr: Extra-Nachmittags-
Vorstellung mit Galaprogramm
und ungekürzter Aufführung
von 1000 Jahre auf dem
Meeresgrund.

Union-Theater
Direktion: Willy Cromer.
letzter Tag des
glänzenden
Heute Wochen-Repertoires.
Morgen Premiere!
Die
vier Teufel!
Eine Zirkus-Tragödie in zwei
Akten mit der ergreifenden
Schlussszene
Der Todessturz

Casino-Theater
Polbringer Str. 57. Täglich 8 Uhr
Trotz des enormen Andranges
Besten Monat
Berliner Vossen-Schlager
Der selige Hellsicht.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Ein Wolf a. d. Volke.
Kreuzberg-Festsäle.
SW., Kreuzbergstr. 48.
Jeden Freitag:
Hoffmanns Sänger.
Ans. 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Gastpartoutis u. Vorkug-
arten gültig.
Nach der Vorstellung:
Frei-Tanztränchen.
Jeden Mittwoch:
Gr. Frei-Tanz. Anf. 8 1/2 Uhr.
Für Vereine Sonnabende noch zuverg.

Zirkus Busch
Heute abends 7 1/2 Uhr:
Humoristischer Gala-Abend.
Die gr. Sensation
der Neuheit!
Pignol
der tollkühne Springer!
Nur noch ganz kurze Zeit!
Fr. Anna Stannis, Schullehrerin.
Um 9 1/2 Uhr zum 21. Male!
Origin-
Aus-
stattungs-
stück des
Zirkus
Busch
in
5 Bildern.

Volks-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 20.
Sonntag, 5. Nov: **Die wilde**
Katze. Pöste mit Gesang in
4 Akten von Rammler u. Heller.
Montag, 6. Nov.: **Maria Stuart.**
Trauerspiel in 5 Akten von Friedr.
v. Schiller.

Voigt-Theater.
Belundbrunnen Badstr. 55.
Freitag, den 3. November 1911:
Der Fluch des
alten Geigers.
Original-Charaktergemälde in 4 Akten
von Emil Gallert. Musik u. Bühler
Koffenerstr. 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Mein Baby.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena
Nachmittags:
Militär-Konzert.
Allabendlich: Das prach-
volle Eis-Ballett in un-
übertroffener Ausstattung
„Alpenzauber“
Die kleine Charlotte
mit ihrer Novität:
„Der Lichtertanz“
Bänder-Reigen — Apachen-
Tänze — Pushballspiel.
Einödhofer-Konzert.
Restaurant l. Rangos
Soupers a la Carte.
Bis 6 Uhr u. von 10 1/2 Uhr
abds. halbe Kassenpreise.
Für den Inhalt der Interzess
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Die Stadtverordnetenwahlen

finden für die dritte Abteilung statt am

Sonntag, 5. November,

vormittags 10 Uhr bis 6 Uhr abends,

in folgenden Wahlbezirken und Wahllokalen:

1. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu den Reichstags-Wahlkreisen I und V, mit einem einzelnen Grundstück zu IV.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Kaufmann Robert Drescher, Gartenstr. 58.

Der 1. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 1 bis 10, 210-217; er ist zerlegt in drei Teile mit drei Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 1-4, 6-10, nämlich: Adlerstraße, Alexanderstr. 18, Altköpenickerstr. 1-11, 13-28, Breite Straße, Bräderstraße, Burgstr. 1-11, Dorochowstr. 83-85 (neu nummeriert), Giergasse, Halkonberggasse, Am Festungsgraben, An der Fährbrücke, Fährstraße, Französischestr. 33b-33c, Friedrichsgracht, Neue Friedrichstr. 1 bis 42, 65-109, Gertraudenstraße, Kleine Gertraudenstraße, Hinter dem Gleichhaus, Gontardstraße, Grünstraße, Grunerstraße von Stadtbahn bis Neue Friedrichstraße, Hausvogtelplatz, Hellwegstr. 23-33, Hoher Steinweg, Holzgartenstraße, Jägerstr. 32-44, Kleine Jägerstraße, Jerusalemstraße 23-24, Großer Jüdenhof, Jüdenstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 10 bis 15, 22-32, Kalanitzgasse, Klosterstr. 1-2, 4-101, Köpenicker Fischmarkt, Köpenicker Straße, Königstraße, An der Kommandantur, Kreuzstraße, Am Krügel, Kurstr. 1-26, 30-51, Kleine Kurstraße 1-8, 10-12, Alte Leipziger Straße, Am Lustgarten, Marienkirchhof 5-23, Rohrenstraße 71a-40, Rolfsenmarkt, Rolfsenstraße, Röllergasse, Ronbifoultstr. 3, Rühlendamm (einschl. Schleifengraben), Am Rühlengraben, Neuer Rühlendamm, Rühlengasse, Kleine Rühlengasse, Neue Gasse, Reumannsgasse, Niederlagstraße, Riedersdorfstr. 1-23, 26-39, Rikolaiskirchplatz, Oberwallstraße, Oberwallstr. 10-14, Panoramastraße, Parochialstraße, Petriplatz, Petristraße, Poststraße, Kleine Poststraße, Probststraße, Rathausstraße, Rauten Hof, Rittergasse, Rognerstr. 1-14, Rolandufer, Rognerstr. 3, Scharenstraße, Schillerstr. 4-11, Schinkelplatz, An der Schlempe, Schloßfreiheit, Schloßplatz, Schornsteinfegergasse, Sieberstraße, An der Spandauer Brücke 1 bis 3, 10-16, Spandauer Str. 18-63a, Spreerstraße, Stadtbahndbogen 169 bis 176, Stadtbahnhof, Alexanderplatz, An der Stadtbahn, An der Stralauer Brücke, Stralauer Straße, Kleine Stralauer Straße, Laubensstraße 23b, Unterwallstraße, Voltairerstraße von Stadtbahn bis Neue Friedrichstraße, Wallenstr. 1, Werderstraße, Werderischer Markt, Werderische Hofstraße, Am Zeughaus, Hinter dem Zeughaus, Platz am Zeughaus.

Wahllokal: Hinter der Garnisonkirche 2, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 5, 210-213, nämlich: Kaserstr. 1 und 1a, Kriegerstr. 18-19, Auguststr. 28-40, 48-53, Kleine Auguststr. 8-14a, Altköpenickerstr. 12, Burgstr. 12-30, Dirschenstr. 41-51, Elsterstraße 82-97, Neue Friedrichstr. 43-54, Hinter der Garnisonkirche, Gipsstraße 1-18 (ohne 18a), 19-33, Gadescher Markt, Große Hamburger Straße, Heiderstraße, Hellwegstr. 1-22, 34-52, Joachimstraße, Kaiser-Wilhelm-Str. 1-9, 33-49, Klosterstr. 3, Krausnickstraße, Linienstr. 76-89, 193-202, Marienkirchhof 1-4, Ronbifoultstr. 1, 2, 4, 5, Neuer Markt, Neue Promenade, Oranienburger Straße 1-33, 70-92, Große Präsidentenstraße, Kleine Präsidentenstraße, Pöfenerstraße, Rosenkranzstr. 23-53, Neue Spandauer Str. 2-31, Sophienstraße, An der Spandauer Brücke 4-9, Spandauer Str. 1-17, 64-81, Stadtbahndbogen 132-168, Stadtbahnhof, Börse, Ueberfahrtgasse, Weinmüllerstr. 1 und 2a, St. Wolfgangstraße, Siegelstr. 14-23, Am Zwirngarten.

Wahllokal: Gipsstr. 23a, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 214-217, nämlich: Kaserstr. 172-174, Kriegerstr. 1-17, 20-36, Auguststr. 1-27, 54-93, Kleine Auguststr. 1-7a, Elster Str. 41-81, Friedrichstr. 105-131d, 133-136, Kleine Hamburger Straße, Dammstraße 27-30, Kobanitzstraße, Kalkhennestraße, Koppelpark, Linienstr. 93-194, Oranienburger Straße 81-69, Schiffbauerdamm 1, Siegelstr. 1-13, 24-32, Am Jüden 7.

Wahllokal: Auguststr. 67, Gemeindefschule.

2. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu den Reichstags-Wahlkreisen I, II, III)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Geschäftsführer Johannes Zassbach, Engelauer 15.

Der 2. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 11 bis 30, 118, 120; er ist zerlegt in drei Teile mit drei Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 11-20, 22, nämlich: Bauhoffstraße, Beilkenstraße, Bunsenstr. 1, Charlottenstr. 22a-72, Dorochowstraße 1-82 (neu nummeriert), Französischestr. 1-33a (ohne 33b-33c), 34-68, Friedrichstr. 44-104a, 137-208, Gendarmenmarkt, Georgenstraße, Hedwigstraße, Hegelplatz, Jägerstr. 1-31, 45-76, Jerusalemstr. 14 bis 22, 25-41, Kaspergasse, Kaiserhofstraße, Kanonenstraße, Hinter der Katholischen Kirche, Kleine Kirchstraße, Köpenicker Str. 126-141, Krausenstraße 1-33, 44-77, Kronenstraße, Am Kupfergraben, Leipziger Platz, Leipziger Str. 1-50a, 80-137, Unter den Linden, Vindogasse, Wartburgstr. 31-65, Wauerstraße, Kleine Wauerstraße, Mittelstraße, Rohrenstraße 1-37, 41-66, Rembrandtstraße, Platz vor dem Brandenburger Tor, Platz am Opernhaus, Pariser Platz, Prinz-Friedrich-Karl-Straße, Prinz-Louis-Ferdinand-Straße, Reichstagsplatz, Reichstagsufer 4-19, Rosmarinstraße, Schadowstraße, Schaperstr. 1-5, 70-79, Sommerstraße, Stadtbahndbogen 177-205, Stadtbahnhof, Friedrichstraße, Landwehr 1-22a (ohne 23b), 24-54, Unterjüdenstraße, Wobbestraße, Am Weidendamm, Wilhelmplatz, Wilhelmstr. 42a, 42b, 57-81, Neue Wilhelmstraße, Zimmerstraße 1-24, 78-100.

Wahllokal: Niederwallstr. 6/7, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 21, 23-26, 120, nämlich: Anhaltstraße, Charlottenstr. 2-32, 73-98, Am Dönhofsplatz, Feilnerstraße, Fiedrichstr. 90-43, 209-223, Alte Jakobstr. 2-33, 118-136, An der Jerusalemischen Kirche, Jerusalemstr. 1-11a, 42-66, Junckerstr. 2-21, Kochstr. 1-39, 43-75, Köpenicker Str. 117a-123, Kommandantenstr. 1-4, 60-89, Kronenstr. 34-43, Leipziger Str. 51-55, 69-79, Lindenstr. 20 bis 88, Marzianstr. 17-30, 66-84, Oranienstr. 93a-99, Prinz-Albrecht-Straße, Wustmannstr. 2-22, Ritterstr. 52-92, Schützenstr. 6-69, Simeonstr. 15-17, Wilhelmstr. 28-42 (ohne 42a und b), 43-56, 82-115, Zimmerstr. 25-77.

Wahllokal: Alte Jakobstr. 127, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 27-30, 118, nämlich: Belle-Alliance-Platz, Besseltstraße, Charlottenstr. 1 und 99, Endeplatz, Friedrichstr. 1-29, 224-251, Götlicher Str. 109-113, Hedemastraße, Hollmannstr. 13-23, Alte Jakobstr. 1-1c, 137-147, 166-175, Junckerstr. 1, Köpenicker Str. 71-117, Lindenstr. 1-19, 89-106, Marzianstr. 1-16, 85-107, Reuenburger Str. 1-20, 22-42, Pankamerstr. 1 und 23, Wilhelmstraße 1-27, 116-148.

Wahllokal: Wilhelmstr. 117, Gemeindefschule.

3. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu dem Reichstags-Wahlkreis Berlin II, teilweise zu dem Reichstags-Wahlkreis Tellow.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Redakteur Hugo Wölsch, Valtersstr. 55.

Der 3. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 31 bis 42, 50-53, 56A; er ist zerlegt in drei Teile mit drei Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 31-38, nämlich: Bellevuestraße, Bendlerstraße, Bogenstraße, Burggrafenstraße, Cornusstraße, Dessingstraße, Dörverbergstraße, Drallestraße, Eichhornstr. 1-5, 8-12, Friedrich-Wilhelm-Straße, Gartenstraße, Götlicher Straße, Hausmannstraße, Händelstr. 29a-29c, Heroldstr. a, b, Dendstraße, Hildebrandstraße, Hühnerstraße, Hübnerstraße, Kaiser-Wilhelm-Straße 54-82, Reichstraße, Königsgracht Str. 1-12, Köpenicker-Angula-Straße 6-53a, Kurfürstendamm 1-9, 246-264, Kurfürststr. 47-99, Landgrafenstraße, Lemnitzer, Lichtentramble, Linienstr. 45 und 46, Lützowplatz, Lützowstr. 33-78, Lützowstr. 1-4, 31 und 37, Magdeburger Platz, Magdeburger Str. 9 bis 27, Margaretenstraße, Matthäikirchstraße, Nürnberger Str. 70 und 71, Potsdamer Platz 1-2, Potsdamer Str. 1a, 1-23a, 35-48, 104-115a, 124-141, Raupstraße, Regentenstraße, Schellingstraße, Schillingstraße, Sigismundstraße, Stadtbahndbogen 488-530, Steglitzer Str. 25-63, Sülberstraße,

Wahllokal: Götlicher Str. 55, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 39-42, 50, nämlich: Bernburger Str. 18, Blumenhaldtr. 20, Blumeshof, Demewitzstr. 1-3, 33-38, Eichhornstr. 6 und 7, Fichtelstraße, Hofenplatz 10, Am Karlsbad, Köpenicker Str. 13-17, Köpenicker-Angula-Straße 1-5, Körnerstraße, Köpenicker Straße, Kurfürststr. 1-28, 153-173a, Linienstr. 1-44, Lützowstr. 1-32, 79-113, Magdeburger Str. 1-8, 28-36, Potsdamer Platz 3 bis 6, Potsdamer Str. 24-34, 116-121, 121a-121k, 122-123b, Schönberger Ufer 5-48, Steglitzer Str. 1-24, 64-94.

Wahllokal: Steglitzer Str. 5a, Realschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 51-53, 56A, nämlich: Anhalter Bahnhof, Köpenicker Platz, Bahnhofsstraße, Bernburger Str. 1-17, 19-55, Dessauer Straße, Grobberrenstr. 1-9, 89-96, Hofenplatz 1-9, Hufeisenstraße, Hufeisen Ufer, Hornstr. 14, Kleinberrenstraße, Köpenicker Str. 13-70, Ludendorfer Straße, Mödernerstr. 1-52, 93-147, Schöneberger Straße, Schöneberger Ufer 1-4, Teltower Str. 38, Tempelhofer Ufer 25-37, Trebbiner Straße, Wartenburger Str. 15 und 15a, Wobbestraße 24-35.

Wahllokal: Kleinberrenstr. 2, Gymnasium.

Der vierte Teil umfasst die Stadtbezirke 43 bis 49; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 43-45, nämlich: An der Kropsteckstraße, Blumenhaldtr. 1-19, Blumstr. 23-43, 60-83, Demewitzplatz, Demewitzstr. 10-32, Frobenerstr. 1-4, 23-31, Kurfürststr. 29-46, 139-152, Potsdamer Str. 49-56, 97-103a, Steinmühlstr. 1-17, 62-79, Zietenstr. 15-28.

Wahllokal: Steinmühlstr. 79, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 46, 47A, 47B, nämlich: Alvenslebenstr. 1, 26, 26a, Blumstr. 8-25, 84-100, Eichholzstraße, Frobenerstraße 5-23, Gleditschstr. 22-53, Goebenstr. 31, Grunewaldstr. 1-11, Vallasstr. 1-17, 24-26, Potsdamer Str. 57-96b, Scherwinstr. 1-19, Winterfeldtstr. 1, 17, 22-37, Zietenstraße 17-24.

Wahllokal: Winterfeldtstr. 16, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 48A und 48B, nämlich: Alvenslebenstr. 2-13, 14-25, Goebenstr. 1-10a, 19-30, Grobberrenstraße 35-42, Kirchhofstraße, Steinmühlstr. 18-61.

Wahllokal: Vallasstr. 15, Gemeindefschule.

Der vierte Teil umfasst den Stadtbezirk 49, nämlich: Alvenslebenstraße 12a und 13, Blumstr. 44-59, Culmburgstr. Goebenstr. 11-18, Gohrdorferstr. 30-34, Kammerstraße, Nordstr. 43-48.

Wahllokal: Culmburgstr. 15, Gemeindefschule.

Der fünfte Teil umfasst die Stadtbezirke 50, 51, nämlich: Bauener Straße, Grobberrenstr. 21-29, Rappstraße, Kreuzbergstr. 21-14 und ihre Ostseite von Monumentenstraße bis Nr. 39, Rappstraße, Kreuzbergstr. 29-42b, 42f-59, Mödernerstr. 63-73, Nordstr. 36-42, 49-65.

Wahllokal: Hagelberger Str. 34, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 59 und 60, nämlich: Belle-Alliance-Str. 13-26, Grobberrenstr. 28-41, 43-62, Hagelberger Straße, Mödernerstr. 73a-92, Nordstr. 15-22, 66-79.

Wahllokal: Wartenburger Str. 12, Fortbildungsschule.

Der vierte Teil umfasst die Stadtbezirke 61B und 62, nämlich: Belle-Alliance-Str. 27-50, Dreilindstraße, Elsäuer Straße, Grobberrenstraße 42, Rappstraße 15-28 und ihre Ostseite von Dreilindstraße bis Monumentenstraße, Kreuzbergstr. 1-25, 42a, 60-78, Am Kreuzberg, Richterfelder Straße, Monumentenstr. 15-30, Kleine Pariserstraße, Victoria-Part, Wilhelmshöhe.

Wahllokal: Belle-Alliance-Str. 80, Realschule.

Hiergarten (Hälfte südlich der Charlottenburger Chaussee), Hiergartenstraße, Hiergartenufer, Ulmenstraße, Viktoriasstraße, Wichmannstraße, Zoologischer Garten.

Wahllokal: Götlicher Str. 4, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 39-42, 50, nämlich: Bernburger Str. 18, Blumenhaldtr. 20, Blumeshof, Demewitzstr. 1-3, 33-38, Eichhornstr. 6 und 7, Fichtelstraße, Hofenplatz 10, Am Karlsbad, Köpenicker Str. 13-17, Köpenicker-Angula-Straße 1-5, Körnerstraße, Köpenicker Straße, Kurfürststr. 1-28, 153-173a, Linienstr. 1-44, Lützowstr. 1-32, 79-113, Magdeburger Str. 1-8, 28-36, Potsdamer Platz 3 bis 6, Potsdamer Str. 24-34, 116-121, 121a-121k, 122-123b, Schönberger Ufer 5-48, Steglitzer Str. 1-24, 64-94.

Wahllokal: Steglitzer Str. 5a, Realschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 51-53, 56A, nämlich: Anhalter Bahnhof, Köpenicker Platz, Bahnhofsstraße, Bernburger Str. 1-17, 19-55, Dessauer Straße, Grobberrenstr. 1-9, 89-96, Hofenplatz 1-9, Hufeisenstraße, Hufeisen Ufer, Hornstr. 14, Kleinberrenstraße, Köpenicker Str. 13-70, Ludendorfer Straße, Mödernerstr. 1-52, 93-147, Schöneberger Straße, Schöneberger Ufer 1-4, Teltower Str. 38, Tempelhofer Ufer 25-37, Trebbiner Straße, Wartenburger Str. 15 und 15a, Wobbestraße 24-35.

Wahllokal: Kleinberrenstr. 2, Gymnasium.

4. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu dem Reichstags-Wahlkreis II.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Bürgerdeputierter Hugo Wolberoff, Brädemalke 3.

Der 4. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 43 bis 49; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 43-45, nämlich: An der Kropsteckstraße, Blumenhaldtr. 1-19, Blumstr. 23-43, 60-83, Demewitzplatz, Demewitzstr. 10-32, Frobenerstr. 1-4, 23-31, Kurfürststr. 29-46, 139-152, Potsdamer Str. 49-56, 97-103a, Steinmühlstr. 1-17, 62-79, Zietenstr. 15-28.

Wahllokal: Steinmühlstr. 79, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 46, 47A, 47B, nämlich: Alvenslebenstr. 1, 26, 26a, Blumstr. 8-25, 84-100, Eichholzstraße, Frobenerstraße 5-23, Gleditschstr. 22-53, Goebenstr. 31, Grunewaldstr. 1-11, Vallasstr. 1-17, 24-26, Potsdamer Str. 57-96b, Scherwinstr. 1-19, Winterfeldtstr. 1, 17, 22-37, Zietenstraße 17-24.

Wahllokal: Winterfeldtstr. 16, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 48A und 48B, nämlich: Alvenslebenstr. 2-13, 14-25, Goebenstr. 1-10a, 19-30, Grobberrenstraße 35-42, Kirchhofstraße, Steinmühlstr. 18-61.

Wahllokal: Vallasstr. 15, Gemeindefschule.

Der vierte Teil umfasst den Stadtbezirk 49, nämlich: Alvenslebenstraße 12a und 13, Blumstr. 44-59, Culmburgstr. Goebenstr. 11-18, Gohrdorferstr. 30-34, Kammerstraße, Nordstr. 43-48.

Wahllokal: Culmburgstr. 15, Gemeindefschule.

5. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu dem Reichstags-Wahlkreis II.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Restaurateur Julius Meyer, Oranienstr. 103.

Der 5. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 55, 56B-62; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 55, 57, 58, nämlich: Grobberrenstr. 10-27a, 63-85, Hornstr. 1-13, 15-23, Teltower Str. 12-37, 38a-62, Tempelhofer Ufer 7-24, Wartenburger Str. 1-14, 16-29, Nordstr. 1 bis 14, 80-90.

Wahllokal: Tempelhofer Ufer 20, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 56B und 61A, nämlich: Bauener Straße, Grobberrenstr. 21-29, Rappstraße, Kreuzbergstr. 21-14 und ihre Ostseite von Monumentenstraße bis Nr. 39, Rappstraße, Kreuzbergstr. 29-42b, 42f-59, Mödernerstr. 63-73, Nordstr. 36-42, 49-65.

Wahllokal: Hagelberger Str. 34, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 59 und 60, nämlich: Belle-Alliance-Str. 13-26, Grobberrenstr. 28-41, 43-62, Hagelberger Straße, Mödernerstr. 73a-92, Nordstr. 15-22, 66-79.

Wahllokal: Wartenburger Str. 12, Fortbildungsschule.

Der vierte Teil umfasst die Stadtbezirke 61B und 62, nämlich: Belle-Alliance-Str. 27-50, Dreilindstraße, Elsäuer Straße, Grobberrenstraße 42, Rappstraße 15-28 und ihre Ostseite von Dreilindstraße bis Monumentenstraße, Kreuzbergstr. 1-25, 42a, 60-78, Am Kreuzberg, Richterfelder Straße, Monumentenstr. 15-30, Kleine Pariserstraße, Victoria-Part, Wilhelmshöhe.

Wahllokal: Belle-Alliance-Str. 80, Realschule.

10. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu dem Reichstags-Wahlkreis IV.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Stadtverordneter Ludwig Tolkdorf, Götlicher Str. 58.

Der 10. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 93 bis 98, 110-113B; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 93-96, nämlich: Kottbuser Ufer 29-30, Kaufherr Platz 1-5, 14-18, Kaufherr Straße, Rantenerstraße 32-43, 84-100, Rantenerstr. 1 und 91, Oranienstr. 1, Götlicher Str. 27, Reichender Str. 63-84, 127-138, Steglitzer Str. 80-46a, 96-107, Waldemarstr. 2-9, 71-78, Wiener Str. 1-15, 63-69.

Wahllokal: Waldemarstr. 77, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 110 und 111, nämlich: Götlicher Bahnhof, Glogauer Str. 1 und 34, Götlicher Str. 1-28, Götlicher Ufer 17-20, Grünerauer Straße, Kottbuser Ufer 18-28, Liegnitzer Str. 43, Kottbuser Str. 1 und 21, Reichender Str. 55-63a, 127-138, Steglitzer Straße 46b, Spreewaldplatz, Wendenstraße, Wiener Str. 16-33, 33b-39, 41-62.

Wahllokal: Reichender Str. 131/132, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 112A und 112B, nämlich: Forster Straße, Kottbuser Ufer 12-17a, Liegnitzer Str. 12-14, Reichender Str. 64-76, 111-126, Wiener Str. 33a.

Wahllokal: Reichender Str. 67-70, Gemeindefschule (Eingang Forsterstr. 15).

Der vierte Teil umfasst die Stadtbezirke 113A und 113B, nämlich: Glogauer Str. 2-33, Götlicher Ufer 21-26, Kottbuser Ufer 1-11, Liegnitzer Straße 1-11, 15-42, Kottbuser Str. 2-20, Reichender Str. 77-110, Wiener Straße 40.

Wahllokal: Glogauer Str. 12-16, Gemeindefschule.

13. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu den Reichstags-Wahlkreisen II und III.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Stadtverordneter Dr. Ignaz Jodet, Dresdener Str. 109.

Der 13. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 114-117, 119, 121-126, 131-134; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 114, 115, 117, nämlich: Alexandrinenstr. 1-13, 117a-123, 134-137, Brandenburger Str. 1-2 und 82, Fährstr. 1 und 24, Götlicher Str. 1-108, Alte Jakobstr. 148-165, Lützowstr. 47-57, Rantenerstr. 1-11, 14-24, Reuenburger Str. 30a-81, Weinstr. 1-16, 103-119, Zedauer, Wobbestr. 1-17, 56-76.

Wahllokal: Brandenburger Str. 78/79, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 116, 119, 121, 122, nämlich: Alexandrinenstr. 14-37a, 92-117, Brandenburger Str. 3-82, 47 bis 81, Hofmannstr. 1-12, 29-43, Jakobikirchstraße, Rathenstraße, Vorhölzerstraße 12-13, Ritterstr. 30-51, 70-85, Simeonstr. 1-14, 18-32, Wobbestr. 18-55.

Wahllokal: Wobbestr. 31, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 123-126, nämlich: Brandenburger Str. 37-46, Fährstr. 2-23, Ludauer Str. 17, Lützowstr. 23 bis 46, Wobbeplatz, Drantienplatz westlicher Teil, Drantienstr. 42-69, 137-165, Prinzengr. 17-39, 82-102, Prinzessinnenstraße, Ritterstr. 1-29, 96-126, Stallgassestr. 3-16, 52-64.

Wahllokal: Prinzengr. 51, Viktoriaschule.

Der vierte Teil umfasst die Stadtbezirke 131-134, nämlich: Alexandrinenstr. 44-86, Ammenstr. 1-10, 41-63, Budower Straße, Dresdener Str. 21-54, 93-118, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz, Ludauer Straße 1-16, Lützowstr. 1-23, Reuenburger Str. 17-18, Weinstr. 39-81, Sebastianstr. 1-24, 63-88, Stallgassestr. 1-2, 16, 48-51.

Wahllokal: Prinzengr. 70, Turnhalle.

14. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu dem Reichstags-Wahlkreis III, mit einigen Grundstücken zu I.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Kaufmann Alexander Großlich, Götlicher Str. 48a.

Der 14. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 127-130, 135-144; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

24. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu dem Reichstags-Wahlkreis V, teilweise zu IV.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Arbeitersekretär Eugen Brückner, Rüdersdorfer Str. 64.

Der 24. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 192 bis 193B, 193E, F, 194A-C; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 192 und 193E, nämlich: Bessower Straße, Garmen-Silva-Straße und Greifswalder Straße bis Prenzlauer Allee ohne die Eden an dieser, Ghodowischstr. 1-10, 33-42, Danziger Str. 43-61, Albiner Str. 62 und 69 (neu nummeriert), Greifswalder Str. 43-194, Gubitzstraße, Hofmannstraße, Jablonstr. 1-10, 31-33, Ringplatz, Raugarder Straße, Vahrenstr. 45, Blay O, Ringbahnbesitz "Weihen", Stargarder Straße Südseite von Greifswalder Straße bis Windstraße und Nordseite von Greifswalder Straße bis Prenzlauer Allee ohne die Eden an dieser, Storkower Straße, von Straßen 7 und 9 die Eden an der Greifswalder Straße, Straße 7a Nr. 1 und 23, Straße 10a, Straße 13, Straße 14a, Straße 15a Südseite von Greifswalder Straße bis Ringbahnstraße, Straße 16b von Prenzlauer Allee bis Greifswalder Straße, Straße 22b, Straße 23b, Straße 40a von der Greifswalder Straße bis Ringbahnstraße, Wäckerstraße zwischen Prenzlauer Allee und Greifswalder Straße, Windstraße Südseite von Nr. 31 bis Stargarder Straße, Wäcker Straße von Greifswalder Straße bis Prenzlauer Allee ohne die Eden an dieser, Woldenberger Str. 1 und 32, Jettierstraße von Prenzlauer Allee bis Raugarder Straße.

Wahllokal: Christburger Str. 7, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 193A und 194B, nämlich: Greifswalder Str. 12-32, 204-219, Hufelandstr. 1-3, Immanuel-Kirchstraße 10-27, Lippehner Str. 1 und 37-40, Marienburger Str. 2-28, Wilsdr. 20-21, 54-55.

Wahllokal: Christburger Str. 14, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 193B und 193F, nämlich: Ghodowischstr. 11-20, 23-32, Christburger Str. 4-19, Danziger Str. 32 bis 42, 62-64, Döberingstraße, Fiedlerstraße, Greifswalder Str. 33-42, 195-203, Hufelandstr. 49 und 50, Jablonstr. 11-20, 23-30, Kaiserstraße 1, Blay G, Stargarder Straße, Südseite von Windstraße bis Prenzlauer Allee, Wilsdr. 22-30 und ihre Westseite von Stargarder Straße an bis Wilsdr. 58.

Wahllokal: Fiedlerstr. 17, Siedehaus.

Der vierte Teil umfasst die Stadtbezirke 194A und 194C, nämlich: Am Friedländer Heil, Greifswalder Str. 1-11, 230-231, Heinerdorfer Straße 3-27, Immanuelkirchstr. 2-8, 28-37, Raabstr. 2-16, Wilsdr. 1 bis 19, 56-72.

Wahllokal: Heinerdorfer Str. 18, Gemeindefschule.

25. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu den Reichstags-Wahlkreisen IV und V.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Stadtverordneter Adolf Hoffmann, Blumenstr. 22.

Der 25. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 182-188, 195-201; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 182, 183, 197, 201, nämlich: Alexanderplatz Alexanderstr. 1-7, 37-52, 69-71, Büchlingplatz, Büchlingstr. 17, Döberingstr. 16-23, Ghodowischstr. 2-64, Fiedlerstr. 2-16, Kleine Frankfurter Str. 10-19, Georgenkirchplatz 1-14, 33-34, Hohnstr. 9-38, Gauerstraße vom Alexanderplatz bis Döberingstraße, Kaiserstraße 25 und 29a, Rathenowstr. 1-4, 6-12, Am Königsgraben 1-3, 20-23, Neue Königstraße 44-49, Kurze Straße, Landsberger Str. 20-100, Landwehrstraße, Neumannstr. 6-23, Reichenstraße, Wallandenstr. 104-106, Prenzlauer Straße 32 und 32a, Alte Schützenstr. 8-15, Stadtbahndogen 93-117, Wagemannstr. 1-6, 9, 9a, Weberstr. 36 und 37, Weinstr. 20-21.

Wahllokal: Georgenkirchstr. 43, Mädchenschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 184-187, nämlich: Barnimstr. 1-10, 41a-50, Ghodowischstr. 1-16, 18-35, Fiedlerstr. 14-35, Fiedlerstr. 9-16, Landsberger Str. 1-19, 101-120a, Schützenberger Str. 1 bis 9, 12-23, Weinstr. 1-10, 22-32.

Wahllokal: Fiedlerstr. 36/37, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 189, 195, 199, nämlich: Barnimstr. 11-41, An der Bartholomäuskirche, Alleebr. 1 und 17, Fiedlerstraße 1-13, 103-112, Georgenkirchstr. 1-9, 29-70, Hohnstr. 1 und 48, Ghodowischstr. 1-8, 47-51, Nollstraße, Reibestr. 1 und 43-44, Neue Königstr. 1-19c, 76-93, Vinkenstr. 1-12, 240-249, Volbringstr. Str. 111 bis 112, Wendelsdorfstraße, Reinerdestraße, Prenzlauer Allee 1, Prenzlauer Straße 1-5, 57-62, Weddingstraße östliche Eden an der Volbringstr. Straße.

Wahllokal: Georgenkirchstr. 8, Gemeindefschule.

Der vierte Teil umfasst die Stadtbezirke 196, 198, 200, nämlich: Georgenkirchplatz 15 und 18-32, Georgenkirchstr. 10-58, Hohnstr. 2-8, 39-45, Hufelandstr. 1-2, 20-23, Kaiserinestr. 5-7, Reibestr. 2-42, Neue Königstr. 20-43, 60-75, Neumannstr. 1-7, 24-26, Vinkenstr. 250, Prenzlauer Str. 6-29, 33-56, Alte Schützenstr. 1-7, Wadegaststraße.

Wahllokal: Reibestr. 31/32, Gemeindefschule.

28. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu dem Reichstags-Wahlkreis VI.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Stadtverordneter Karl Köhler, Stolpische Str. 35.

Der 28. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 237 bis 241, 242B, 243A-245; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 237-239, nämlich: Bessower Straße, Garmen-Silva-Straße, Döberingstraße, Heinerdorfer Straße Straße 1-2, 24, Immanuelkirchstr. 1 und 38, Kaiserinestr. 5-7, Prenzlauer Allee 17-32, 224-238, Raabstr. 1 und 17, Reibestr. 1 und 54, Stralburger Str. 24-33, Treßowstr. 19-33, Weihenburger Straße 8-24, 63-84.

Wahllokal: Weihenburger Str. 4a, Realschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 240, 241, 242B, nämlich: Frankfurter Str. 2-21, 41-54, Hagenauer Str. 1-1b und 18, Hofmeisterstraße 1-10, 23-32, Marienburger Str. 1, Prenzlauer Allee 33-40, 245-253, Reibestr. 2-11, 45-53, Treßowstr. 1-18, 39-50, Weihenburger Straße 25-31 und 62, Wäcker Straße, Wäcker Str. 2-24, 26-49.

Wahllokal: Danziger Str. 23, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 243A und 243B, nämlich: Choriner Str. 21 und 22-24 (ohne 21a), Danziger Str. 1, Oberwalder Straße 24, Frankfurter Str. 1-8 und 53, Kasanienallee 1 und 93-103, Oberberger Str. 1-7 und 61-63, Schönhauser Allee 19-45, 145-172a, Treßowstr. 2-8, Wäcker Str. 1 und 50.

Wahllokal: Schönhauser Allee 166a, Gemeindefschule.

Der vierte Teil umfasst die Stadtbezirke 244 und 245, nämlich: Oberwalder Str. 1-23, 27-52, Kasanienallee 2-35, 71-92, Oberberger Straße 8-31, 34-60.

Wahllokal: Oberberger Str. 57, Gemeindefschule.

35. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu dem Reichstags-Wahlkreis VI.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Stadtverordneter Karl Marx, Greifswalder Str. 34.

Der 35. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 261A-264, 276-278; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 261A, nämlich: Brunnenstraße 66-76, 112-122, Nollmunder Str. 5 und 6, Vorkingstr. 1, Utebomstraße 1-13a, 23-35, Vorkingstr. 53, Wäcker Str. 2-12, 15-21.

Wahllokal: Wäcker Str. 16, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 261B und 264, nämlich: Wäckerstr. 71-76, Fiedlerstr. 10-17, Hermsdorfer Str. 1-11, Quälitenstr. 15 bis 63, Nollmunder Str. 2-4, 7-21, Scheringstr. 12, Utebomstr. 14-22, Vorkingstr. 19-36, Wäcker Str. 22-34.

Wahllokal: Wäcker Str. 67, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 261C, 262, 263, nämlich: Wäckerstr. 77-116, Blochstraße, Brunnenstr. 77-111a, Gartenplatz, Gartenstraße 55-74, Gubitzstr. 7-10, Gustav-Weber-Allee, Hermsdorfer Str. 12, Humboldtstr., Luftlinienstraße von Schering- bis Gubitzstraße, Vorkingstr. 43, Kammerstr. 1 und 38, Käerner Str. 1 und 27, Scheringstr. 1-11, 13-28, Vorkingstr. 1-18, 37-52, Wäcker Str. 13 und 14.

Wahllokal: Weienstr. 66, Gemeindefschule.

Der vierte Teil umfasst die Stadtbezirke 276, 277, 278, nämlich: Bohrenstr. 46, Chausseestr. 63-67, Gartenstr. 75-83, Gerichtstr. 1-16, 71-86, Grenzstr. 1-8, 11-21, Kochstr. 47-49, Neue Hochstraße, Lenzener Weg, Reichenstraße, Schönhauser Str. 1-8, 27-30, Schützenborger Straße 9-19.

Wahllokal: Rabenstr. 12, Gemeindefschule.

42. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu dem Reichstags-Wahlkreis VI.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Stadtverordneter Dr. Leo Kronz, Brückenallee 3.

Der 42. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 305, 308A-E; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst den Stadtbezirk 305, nämlich: Fennstr. 4a bis 61, Wäckerstr. 159-185, Am Nordhafen 1-8, Nordufer von Ringbahn bis Nordhafen, Seefischerstr., Tegeler Str. 1-7, 55-56.

Wahllokal: Seefischerstr. 3, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 308A und 308C, nämlich: Burgdorfer Str. 3-16, Lohmstr. 1-15, 30 bis Ende, Wäckerstr. 163a-168, Sparplatz, Sparstr. 1-13 (ohne 13a), 14-29, Sprengelstr. 1-7, 43-46, Wilsdenowstr. 1-5, 26 bis Ende.

Wahllokal: Wäckerstr. 158, Gemeindefschule (Eingang: Wilsdenowstr. 14/15).

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 308B und 308E, nämlich: Antwerpener Str. 24-28, Burgdorfer Str. 1 und 2, Genter Straße von Triftstraße bis Lugenburger Straße, Wäckerstr. 159-163, Samsowstraße von Triftstraße bis Sprengelstraße ohne die Eden an dieser, Sparstr. 13a, Triftstr. 1-56, 59-73, Wilsdenowstr. 6-25.

Wahllokal: Rütticher Str. 37/39, Gemeindefschule (Eingang: Okerer Str. 39/40).

Der vierte Teil umfasst den Stadtbezirk 308D, nämlich: Knauffstr. 16-29, Nordufer von Ringbahn bis Lorstraße, Feningstr., Samsowstraße von Nordufer bis Sprengelstraße, einseitig deren östliche Sprengelstr. 8-42, Tegeler Str. 8-54, Lorstr. 9-16, Triftstr. 57/58.

Wahllokal: Tegeler Str. 18/20, Gemeindefschule.

46. Kommunal-Wahlbezirk.

(Gehört zu dem Reichstags-Wahlkreis VI.)

Kandidat der Sozialdemokratie:

Stadtverordneter August Ginge, Panstr. 57.

Der 46. Kommunal-Wahlbezirk umfasst die Stadtbezirke 307, 314A-317; er ist zerlegt in vier Teile mit vier Wahllokalen.

Der erste Teil umfasst die Stadtbezirke 307 und 316, nämlich: Wollstraße 10-27a und westliche Seite von Gericht- bis Planlagenstraße, Antonstraße, Courbillonplatz, Am Courbillonplatz, Gerichtstr. 37-57, Rixstr. 1-12, 15-22, Wäckerstr. 12-25a, Planlagenstr. 9-37, Prinz-Eugen-Str. 1-13, 16-29, Radeplatzstraße, Schererstr. 2-11.

Wahllokal: Antonstr. 36-41, Gemeindefschule.

Der zweite Teil umfasst die Stadtbezirke 314A und 314C, nämlich: Hennigsdorfer Straße 1-2, 36-37, Hochstraße, Leopoldplatz, Liebenwalder Straße 1-34, 37-60, Wäckerstr. 1-4, Rixstr. 13-19a, 13g-14, Rogauerkirchstraße Südseite von Turiner Straße bis Rixstraße, Prinz-Eugen-Str. 14-15, Reimoldendorfer Str. 70, Schulstr. 14-32, 103-124, Utebomstr. 21.

Wahllokal: Radeplatzstr. 5-7, Gemeindefschule.

Der dritte Teil umfasst die Stadtbezirke 314B und 314D, nämlich: Amsterdamer Str. 11-16, Hennigsdorfer Str. 10-20, 25-35, Liebenwalder Str. 34a-39, Wäckerstr. 5-20, 23-42, Rixstr. 13f, Rogauerkirchstraße Südseite von Turiner Straße bis Rixstraße, Döberingstraße, Turiner Str. 1, Wäckerstr. 11-20, 22-31.

Wahllokal: Schulstraße 99/100, Gemeindefschule (Eingang: Reimoldendorfer Straße 36).

Der vierte Teil umfasst die Stadtbezirke 315 und 317, nämlich: Adolfsstr. 1-9, Köhler Str. 10 und 11, Gerichtstr. 29-36, Panstr. 93 u. 94, Bismarckstraße, Planlagenstr. 1-8, 33-44, Reimoldendorfer Str. 16-54, 74-110, Schererstr. 1 und 12, Schulstr. 40, Wäckerstr. 18, Weddingstr. 3-6, Weienstr. 28-43.

Wahllokal: Panstr. 20-22, Gemeindefschule.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenwahlen

in der dritten Wählerklasse

finden gleichfalls am Sonntag, den 5. November, statt und zwar in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags.

Die Möglichkeit besteht, die Zahl unserer Mandate, die jetzt nur 10 beträgt, bedeutend zu vermehren. Aus diesem Grunde allein sind die diesmaligen Wahlen besonders wichtig. Weil sie aber auch für die kommenden Reichstagswahlen von symptomatischer Bedeutung sind, so muß unbedingt darauf hingearbeitet werden, daß auch eine möglichst große sozialistische Stimmenzahl abgegeben wird. Um das zu erreichen, sind die allergrößten Anstrengungen erforderlich. Wir müssen dieses Mal alles aufbieten, was überhaupt in unserer Kräfte steht; denn die Gegner sind besser gerüstet wie je zuvor. Ihre Rassen sind gefüllt - schon vor Wochen ist der Ringelbeutel bei ihnen umgegangen - und ihre Organisationen sind größer und straffer geworden.

Darum wäre es ganz falsch, wenn wir uns in Sicherheit wiegen würden. Vielmehr müssen alle Streitkräfte, die wir zur Verfügung haben, mobil gemacht werden. Besonders notwendig ist es, daß der Schlepptag gut organisiert wird. Da die Wahl dieses Mal auf einen Sonntag fällt, so ist auch jeder Genosse in den Stand gesetzt, seine Pflicht der Partei gegenüber zu erfüllen, und ein Schimpf wäre es für einen jeden, in dieser Stunde der Not seiner Partei die Hilfe zu verweigern. Kein klassenbewußter Arbeiter darf fehlen, wenn am nächsten Sonntag die werktätige Bevölkerung Charlottenburgs mit ihren Feinden Abrechnung hält.

- Als Wahllokale für die dritte Abteilung sind bestimmt: a) für den 1. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk A (Stadtbezirke Belsend und Spandauer Berg) Restaurant Klambude, Spandauer Chaussee, Ecke Kasanienallee, 1 Treppe, Eingang aus Kasanienallee. b) für den 1. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk B (Stadtbezirke Schloßviertel 4 u. 5) Restaurant Goleff, Potsdamer Str. 6 (Ecke Rehringstraße). c) für den 1. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk C (Stadtbezirke Schloßviertel 6, 8 und 9) Restaurant Erling, Am Bahnhof Belsend 2. d) für den 2. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk A (Stadtbezirke Schloßviertel 1 und Innere Stadt 5) Restaurant „Markt Brandenburg“ Kaiser-Friedrich-Str. 11 (Ecke Hebbelstraße). e) für den 2. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk B (Stadtbezirke Schloßviertel 2 und 3) Turmhalle der Oberrealschule, Schloßstr. 27. f) für den 2. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk C (Stadtbezirke Schloßviertel 7 und 10) Restaurant Stelle, Sophie-Charlotten-Str. 88. g) für den 3. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk A (Stadtbezirke Kolonnenröder, Sonnenbäum, Königsdamm nördlich und Königsdamm südlich) Turmhalle der Gemeindefschule V., Kaiserin-Augusta-Allee 74. h) für den 3. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk B (Stadtbezirke Maximilianstraße) Restaurant Elm, Reudnitzstr. 6. i) für den 3. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk C (Stadtbezirke Halbinsel 1 und 2) Restaurant „Gelmholtzquai“, Delmböhlstr. 21. k) für den 3. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk D (Stadtbezirke Löhweg 3 u. 4) Restaurant „Wilhelmshof“, Berliner Str. 77, Eingang Spreckstr. 8. l) für den 4. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk A (Stadtbezirk Viehener 1) Rest. „Schiller“, Kaiser-Friedrich-Str. 69 (Ecke Schillerstr. 51). m) für den 4. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk B (Stadtbezirk Viehener 2) Restaurant „Zum Rindfleisch“, Leonhardtstr. 22. n) für den 4. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk C (Stadtbezirk Viehener 3) Turmhalle der Gemeindefschule 21, Hildebrandstr. 35. o) für den 4. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk D (Stadtbezirk Innere Stadt 12 und 13) Restaurant Schmidt, Kamill. 33. p) für den 5. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk A (Stadtbezirke Löhweg 1 u. 2) Restaurant „Prinz-Vincent“, Berliner Str. 45 (Ecke Gauerstraße). q) für den 5. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk B (Stadtbezirke Innere Stadt 2, 3 und Hochschulviertel 7) Restaurant Panjein, Krumme Straße 65 (Ecke Schillerstraße). r) für den 5. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk C (Stadtbezirke Innere Stadt 4 und 5) Rest. „Zens“, Wilmersdorfer Str. 157 (Ecke Grünstr.). s) für den 6. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk A (Stadtbezirke Innere Stadt 1 u. 11) Restaurant „Einsporen“, Fehlabergstr. 26 (Ecke Rummelstraße). t) für den 6. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk B (Stadtbezirke Innere Stadt 6 u. 7) Restaurant „Reiner“, Wilmersdorfer Str. 21 (Ecke Kanalstraße). u) für den 6. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk C (Stadtbezirke Innere Stadt 9 und 10) Restaurant „Ebeniste“, Wilmersdorfer Str. 38 (Ecke Selenhämmerstr.). v) für den 7. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk A (Stadtbezirke Hochschulviertel 3, 4 u. 6) Restaurant „Häule“, Schillerstr. 72 (Ecke Goethestr.). w) für den 7. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk B (Stadtbezirke Hochschulviertel 5, Kurfürstendamm 3 und 4) Restaurant „Fellwig“, Fehlabergstr. 41 (Ecke Rummelstraße). x) für den 7. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk C (Stadtbezirke Kurfürstendamm 5 und 6) Restaurant „Stahl“, Wilmersdorfer Str. 106. y) für den 8. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk A (Stadtbezirke Ostviertel 1, 2 und 3) Restaurant „Schulz“, Lohstr. 11. z) für den 8. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk B (Stadtbezirke Ostviertel 4, 5, 6 und 7) Restaurant „Gerdes“, Augustburger Str. 23 (Ecke Parburger Straße). a1) für den 8. Wahlbezirk, Abstimmungsbezirk C (Stadtbezirke Ostviertel 8, Kurfürstendamm 1 und 2, Hochschulviertel 1 und 2) Restaurant „Weber“, Hardenbergstr. 15 (Ecke Salsanstraße).

- Die sozialdemokratischen Kandidaten sind im 1. Wahlbezirk Emil Stutz, Kaufmann. 2. Hermann Baade, Gastwirt. 3. Hugo Rüd, Stadtverordneter, und Dr. Bruno Vorkardt, Stadtverordneter. 4. Hugo Rüd, Stadtverordneter. 5. Paul Hirsch, Landtagsabgeordneter. 6. Hermann Baade, Gastwirt. 7. Isidor Rosenthal, Bezirksvorsteher (Ergänzungswahl), und Simon Rosenfeld, Schriftsteller (Ersatzwahl). 8. Hermann Baade, Gastwirt, und Dr. E. Rosenfeld, Rechtsanwalt.

Verfammlungen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Am Donnerstag fand in der Brauerei „Königstadt“ die Generalversammlung statt, die unter dem Delegiertenystem tagte. 47 Mitglieder sind erschienen. Ueber die gefürhten Lohnbewegung gab eine reichhaltige Tabelle Auskunft, die gedruckt vorlag. Bei 130 Firmen mit 10169 Beschäftigten wurden Forderungen eingereicht. Auf friedlichem Wege ist in 122 Betrieben mit 9701 Beschäftigten eine Lohnerhöhung von 24 232,30 M. pro Woche resp. 1 221 615 M. pro Jahr erzielt worden. In 70 Betrieben wurde außerdem eine Arbeitszeitverlängerung von 1583 Stunden pro Woche für 1376 Beschäftigte erreicht. Die Agitationsfähigkeit war ebenfalls eine sehr umfangreiche. Die 5 Sektionen hatten, infolge der Weiblichen und Jugendlichen, zusammen 1634 Verfammlungen, Besprechungen und Verhandlungen. 5780 Neuaufnahmen sind im verfloffenen Quartal gemacht worden, so daß die Mitgliederzahl für Groß-Berlin zurzeit 45 625 beträgt. Aus dem Massenbericht ist hervorzuheben, daß die Einnahmen 348 427,99 M., die Gesamtausgaben 260 399,53 M. betragen, so daß ein Bestand von 88 028,46 M. vorhanden ist. An Arbeitslose wurden allein 28 165,05 M. und an Krankenunterstützung 41 458,30 M. zur Auszahlung gebracht. Der Bericht des Arbeitsnachweises zeigt, daß sich 6123 Mitglieder, die sich auf die verschiedenen Branchen verteilen, arbeitslos meldebten. An Stellen wurden gemeldet: dauernd 4701 und zur Ausschilfe 6029. Davon konnten insgesamt besetzt werden 7032. Den Bericht folgte eine eingehende und sachliche Aussprache. - Widdam gelangte ein Antrag zu Annahme, daß bei Verlegung von Stellen, wo die organisierte Arbeiterschaft einen Einfluß ausüben könne, nur Mitglieder zu empfehlen seien, welche sich nachweislich um die Arbeiterbewegung verdient gemacht haben. - Eine längere Diskussion entspann sich über einen weiteren Antrag, der die Einführung des obligatorischen Ortsaufschlags von 10 Pf. durch Urabstimmung vorsah. Nachdem die Verfammlungen diesen Antrag abgelehnt hat, wurde ein Vorschlag, daß die ein-

zelnen Branchen, welche den 60-Pf.-Beitrag noch nicht zahlen, nochmals hierzu Stellung zu nehmen haben, mit großer Mehrheit angenommen. - Die Anregung, den Verbandsmitgliedern Gastkarten zu verabfolgen, fand ebenfalls nicht die Zustimmung der Verfammlungen. Verhand der Brauerei- und Mühlenarbeiter. In der Generalversammlung, die am Sonntagvormittag in Webers Lokal, Webersstraße, stattfand, grüßte Schluß die den Geschäftsbericht vom 3. Quartal 1911. Ein Bild der reichen Tätigkeit in der Bezirkszeit zeigt sich äußerlich in der Aufzählung der stattgefundenen Verfammlungen, Verhandlungen usw. Da sind anzuführen: 2 Mitglieder-, 5 Gruppen- und 65 Betriebsverfammlungen, 30 Sitzungen des Vorstands, der Vertrauensmänner usw., Verhandlungen und agitatorisches Vorgehen in Weibierbrauereien in 79 Fällen. - Auf die Bewegung der Mühlenarbeiter, die abgebrochen werden mußte, ging der Redner ein, und besprach dann einen wilden Streik, der in der Brauerei von Schulz, Schönleinstraße, von acht jugendlichen Mitschreibern inszeniert wurde, der sich nicht gegen die Firma, sondern gegen die Fäher richtete. Im Arbeitsnachweis wurden 50 Stellen mehr als im 2. Quartal vermittelt, im ganzen 449 Stellen, 70 feste und 379 „Tage“. Die Mitgliederbewegung zeigt 257 Neuaufnahmen und 46 Uebertritte oder Umschreibungen. Es gelang auch, eine Anzahl Frauen als Mitglieder zu gewinnen. Das Verbandsbureau, wo bereitwillig Auskunft in bezug auf die Berufsverhältnisse erteilt wird, hatte eine Frequenz von 6534 Besuchern. Die Bibliothek wurde nur 156mal in Anspruch genommen. Zum Schluß besprach der Redner noch verschiedene Streitigkeiten mit den anderen Verbänden in den Brauereien, besonders mit dem Transportarbeiterverband. Der Kassierer Kasper erläuterte den Massenbericht. In der Hauptkassenzahlung bilanzieren Einnahmen und Ausgaben mit 29 261,60 Mark. Unter den Ausgaben stehen verzeichnet für Krankenunterstützung 8400,20 M., Arbeitslosenunterstützung 2178,60 M., Arbeitslosenunterstützung 23 M., Sterbegeld 1295 M., außerordentliche Unterstützung 100 M. und Agitation und Lohnbewegung 429,95 M. Informativ veranm.: H. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Formaris

In der Lokalkasse betrug die Einnahme 7832,45 M., die Ausgabe 4234,64 M., mithin war ein Ueberschuß von 3597,81 M. vorhanden. Aus der Lokalkasse wurden als außerordentliche Unterstützung 70 M., als Sterbegeld 1430 M. und als Arbeitslosenunterstützung 1040 M. gezahlt. Das Reinerdmögen der Lokalkasse betrug am Schlusse des 2. Quartals 1911 47 640,96 M., der Ueberschuß im 3. Quartal 1911 8597,81 M., Ueberschuß am Schlusse des 3. Quartals 1911 ein Reinerdmögen der Lokalkasse von 51 238,77 M. Zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung, die Bierabstufungsfrage betreffend, berichtete H. D. Papp über die Verhandlungen mit der Bergschloßbrauerei und dem Verein der Brauereien. Der Verein lehnte es schließlich ab, bei der Regelung der Angelegenheit mitzuwirken, und die Verwaltung gelangte mit der Direktion der Bergschloßbrauerei zu einem Uebereinkommen, das der Verfammlungen zur Annahme empfohlen wurde. Das freizubehalten soll demnach mit 17 Pf. pro Liter bis zum Höchstmaß von 4 Litern pro Tag abgelehnt werden. Die Verfammlungen erklärten sich nach kurzer Diskussion damit einverstanden. In Anbetracht der gegenwärtigen Verteuerung aller Lebensmittel ist bei dem Verein der Brauereien eine Steuerzulage für alle Brauereiarbeiter beantragt worden. Die Entscheidung darüber steht noch aus, wie der Verfammlungen mitgeteilt wurde. Einstimmige Annahme fand die folgende Resolution: - Die am 28. Oktober 1911 bei Wecker zahlreich versammelten Mitglieder des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes beauftragten die Verwaltung, bei dem Verein der Brauereien Berlins und Umgebung sowie bei den übrigen Brauereien vorstellig zu werden, den Tag der Reichstagswahl freizugeben. Sollte sich eine allgemeine Freigabe für alle Arbeitnehmer nicht ermöglichen lassen, so soll dahin gewirkt werden, daß nur die durchaus nötigen Arbeiten verrichtet und alsdann die Betriebe geschlossen werden. Die Verwaltung wird weiter beauftragt, im Sinne des vorstehenden Antrages mit dem „Kartell“ in Verbindung zu treten, um die Aktion möglichst einseitig zu gestalten. -